

**Der Sächsische Ausländerbeauftragte  
Jahresbericht 2010  
Drucksache 5/4352  
barrierefreie Textversion**

## Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,

die "Welt am Sonntag" hat vor einiger Zeit mehrere Werbeagenturen gebeten, sich Gedanken zu machen, wie man ausländische Fachkräfte von der Attraktivität Deutschlands überzeugen könnte.

Einer der Slogans hat mich besonders beeindruckt. Er lautet: "Made in Germany does not mean Made by Germans". Übersetzt: In Deutschland hergestellt heißt nicht, von Deutschen hergestellt. Er hat mich beeindruckt, weil er zeigt, in welcher Realität wir bereits heute leben und weil er auf den Punkt bringt, was ein modernes Deutschland ausmacht: Das Interesse an Vielfalt und ein kreatives Miteinander für eine gemeinsame Zukunft.

Die Welt rückt zusammen und der Konkurrenzdruck unter den Ländern und Regionen nimmt stetig zu. Wir als Nation wollen weiterhin an der Spitze bleiben. Der Freistaat Sachsen war einmal die stärkste Wirtschaftsregion in Deutschland, und wir wollen - bei allem, was wir schon erreicht haben – unsere wirtschaftlichen Stärken weiter ausbauen, weil davon auch die Stärke unserer Solidargemeinschaft, unserer Kultur und unserer Wissenschaft abhängen.

Dafür brauchen wir jede und jeden aus unserem eigenen Land. Wir brauchen auch jene, die Sachsen verlassen haben und gern zurückkommen möchten. Aber angesichts des Bevölkerungsrückgangs in unserem Freistaat müssen wir gleichzeitig um Talente aus anderen Ländern werben, damit sie hier mit uns eine gemeinsame Zukunft gestalten.

Wir haben dabei schon einiges erreicht. Der Freistaat ist ein attraktiver Standort für Top-Talente und Top-Unternehmer aus aller Welt. Darauf können wir stolz sein. Aber wir werden es dabei nicht belassen können.

Wir müssen den alten und neuen Herausforderungen ins Auge sehen: Die Gewalt von Rechts gegen Ausländer und die scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber dieser Gewalt stehen der weltoffenen Entwicklung unseres Freistaates im Wege. Das hat dem Ruf des Freistaates in Deutschland und in der Welt schwer geschadet. Die Politik hat darauf schon bald nach der Neugründung des Freistaates reagiert und deshalb das Amt des Sächsischen Ausländerbeauftragten geschaffen.

Ich verstehe meine Aufgabe im Sinne einer Politik der „Drei W“: Weltoffenheit, Willkommensgesellschaft, Würde.

**Weltoffenheit** ist kein Status, den man auf die Schnelle erreicht und dann vergessen kann. Wir befinden uns auf einer Reise zu immer mehr Weltoffenheit. Als Ausländerbeauftragter sehe ich mich als Reisebegleiter. Meine Rolle ist es, zielgerichtete Initiativen in dieser Richtung zu unterstützen, neue Entwicklungen anzuregen, die uns auf dem Wege zu mehr Weltoffenheit ermutigen, aber auch zu ermahnen, wo es angebracht ist.

Wenn wir die Chance auf Zugewinn durch engagierte und starke Talente aus aller Welt nutzen wollen, dann wird sich unsere Gesellschaft zu einer gelebten

**Willkommensgesellschaft** weiterentwickeln. Menschen aus anderen Ländern, die Wissenschaftler, die Experten, die Facharbeiter, ihre Familien wollen und sollen sich bei uns willkommen heißen fühlen. Sie wollen nicht wegen ihres Aussehens komisch angesehen oder gar angepöbelt werden. Sie wollen ihre Kinder auch nicht von der Schule im Taxi nach Hause fahren lassen müssen, weil sie besorgt sind, dass ihnen auf dem Nachhauseweg etwas passiert. Sie wollen und sie sollen sich hier sicher und wohl fühlen.

Wir bekennen uns zur **Würde** aller Menschen, die bei uns leben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Asylbewerber und Geduldete, die bei uns im Freistaat leben, haben für die Dauer ihres Aufenthaltes ein Anrecht auf menschenwürdige Behandlung und Unterbringung. Unser Ruf in der Welt hängt auch davon ab, wie wir mit den Flüchtlingen umgehen. Das habe ich während eines Treffens mit Diplomaten aus verschiedenen Ländern in der Sächsischen Staatskanzlei im vergangenen Sommer gelernt.

Mein erstes Jahr begann mit der Erkundung der Aufgaben meiner Rolle. Als Neuling von außen hat das einige Zeit gedauert. Im März kamen dann meine Anregungen, die für mich die Orientierung für das Jahr darstellten und auf die dieser Jahresbericht eingehen wird. Ich bin ermutigt durch die vielen Akteure, die sich im Freistaat für die „Drei W“ einsetzen. Über all diese Dinge wird hier berichtet.

Das Jahr 2010 war auch das Jahr der zwanzigjährigen Jubiläen. Dieser Bericht wird dieses Jubiläum auch in Bezug auf unseren Weg zu mehr Weltoffenheit nachvollziehen. Dazu haben wir vier unterschiedliche Persönlichkeiten gewinnen können, die diesen langen und steinigen Weg selbst miterlebt haben und ihn aus ihrer eigenen individuellen Sicht kommentieren.

Viel Positives hat sich im vergangenen Jahr getan. Manche werden sich darüber einfach freuen können, andere werden zornig sein darüber, was noch nicht erreicht wurde. Wichtig ist, dass unsere gemeinsame Reise weiter geht. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den vielen Engagierten im Freistaat, die sich für mehr Weltoffenheit, eine gelebte Willkommensgesellschaft und die Würde aller Menschen im Freistaat eingesetzt haben. Unser Netzwerk wächst!

Liebe Leserinnen und Leser, haben Sie sich schon in eine der Initiativen für mehr Weltoffenheit eingebracht? Wenn nicht, dann lade ich Sie ein: Suchen Sie sich eine Initiative, die Ihre Seele anspricht, und werden Sie Mitglied des Netzwerkes. Wir brauchen Sie!

Ihr Martin Gillo

## Vorbemerkungen zum Sprachgebrauch

Im Jahresbericht 2010 werden die Begriffe Menschen mit Migrationshintergrund, Migrant, Zuwanderer und Ausländer verwendet.

Der Begriff Migrationshintergrund wurde mit dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2005 eingeführt und bezieht sich auf den gesamten Integrationsprozess, der generationenübergreifend stattfindet. Mit diesem Begriff sind nicht mehr nur Aussagen über Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit möglich. Der Begriff „Migrationshintergrund“ schließt vielmehr alle Menschen ein, die entweder selbst über eine Migrationserfahrung verfügen bzw. deren Eltern zugewandert sind. Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes zählen zu den Menschen mit Migrationshintergrund Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, (Spät-)Aussiedler sowie in Deutschland Eingebürgerte. Daneben bezieht der Begriff auch in Deutschland Geborene mit deutscher Staatsangehörigkeit ein, die zumindest einen zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil haben.<sup>1</sup>

Migranten sind Personen mit Migrationshintergrund, die selbst zugewandert sind.

Der Begriff Zuwanderer wird synonym zum Begriff Migrant verwendet, betont aber stärker den Prozess einer künftigen oder gerade erfolgten Zuwanderung.

Der Begriff Ausländer wird vor allem in rechtlicher und statistischer Hinsicht verwendet und bezieht sich auf alle Menschen, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Der Jahresbericht 2010 kann überwiegend nur Aussagen zu Ausländern vornehmen, da das Statistische Landesamt außer für den Bereich der Schulbildung noch nicht über Zahlen zu allen Personen mit Migrationshintergrund verfügt.

Soweit in diesem Bericht die männliche Form gebraucht wird, werden Männer und Frauen in gleicher Weise angesprochen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2007. Wiesbaden 2009, 6-7.

## Inhaltsverzeichnis

1.	Sachsen auf der Reise zu mehr Weltoffenheit	6
1.1.	Zwanzig Jahre Reise zu mehr Weltoffenheit	11
1.2.	Wolfgang Donsbach & Martin Degen: Dresden – weltoffene Metropole oder fremdenfeindliche Problemstadt?	25
2.	Mitmenschlichkeit als Zeichen für Weltoffenheit	29
2.1.	Die Sächsische Härtefallkommission	29
2.2.	Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften: Unsere Werte und der „Heim-TÜV“	31
2.3.	Aufenthalt ohne Perspektive? Eine etwas andere Sicht	36
2.4.	Die Grenzen unserer Menschlichkeit?	38
3.	Weichen stellen für Zugewinn	41
3.1.	Willkommengesellschaft in Sachsen - Leitbild der Ausländerbehörden	42
3.2.	Der Runde Tisch „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“	43
3.3.	Professor Sabine von Schorlemer, Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst: Kluge Köpfe – Willkommen!	45
3.4.	Sprache baut Brücken - 99 Wege zu gutem Deutsch	46
4.	Vernetzung und Mitwirkung	49
4.1.	Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten und den Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder	51
4.2.	Zusammenarbeit mit den kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten	52
4.3.	Mitwirkung am Sächsischen Zuwanderungs- und Integrationskonzept	55
4.4.	Politische Teilhabe im Freistaat Sachsen	57
5.	Öffentlichkeitsarbeit	60
5.1.	Presse- und Informationsarbeit, Beteiligung an der öffentlichen Debatte	61
5.1.1.	Pressearbeit	61
5.1.2.	Newsletter des Sächsischen Ausländerbeauftragten	62
5.1.3.	Internetauftritt <a href="http://www.offenes-sachsen.de">www.offenes-sachsen.de</a>	62
5.1.4.	Öffentlicher Diskurs	63
5.2.	Einbürgerungsfest im Sächsischen Landtag „In Sachsen zu Hause“	64
5.3.	„Zusammenhalten – Zukunft gewinnen“ – Die interkulturelle Woche in Sachsen	65
5.4.	Tag der offenen Tür am 3. Oktober	67
5.5.	Der Sächsischer Integrationspreis 2010	68
6.	Ausblick auf das Jahr 2011	73
7.	Statistik	76

## 1. Sachsen auf der Reise zu mehr Weltoffenheit

Der Begriff Weltoffenheit ist in aller Munde, doch jeder scheint seine eigene Vorstellung davon zu haben. Ganz allgemein meint er die Fähigkeit und die Bereitschaft des Menschen, sich der Welt in ihrer Vielfalt zu stellen. Konkreter verstehen wir darunter, dass wir uns der Vielfalt der Kulturen in unserem eigenen Land stellen und die Potentiale dieser Vielfalt erkennen wollen, um mit ihnen in Dialog und dann Kooperation zu treten.

Integration als „Einigkeit in Vielfalt“ ist das Ziel unserer Reise in die Zukunft.

Ein Blick in unsere eigene Geschichte macht deutlich, dass es oft der Mut zur Integration von Zugewanderten war, der uns in Sachsen voran gebracht hat. Mehr noch: Unsere sächsische Geschichte zeigt, dass wahrscheinlich der überwiegende Teil von uns einen Migrationshintergrund hat – zugegebenermaßen einen, der oft weit in die Vergangenheit reichen mag.

Nehmen wir die sächsische Universitätslandschaft – Leipzig ist eine der ältesten Universitäten Deutschlands: Sie ist undenkbar ohne ihre vielen Gelehrten und Geistesgrößen verschiedener Nationalitäten.

Das „Große Berggeschrey“ im 14. Jahrhundert führte zu einem enormen Zuzug von Menschen aus verschiedensten Regionen. Im 17. Jahrhundert finden viele evangelische Böhmen in Kursachsen Aufnahme und Aufenthalt. Ganze Städte im heutigen Erzgebirge wie Johanngeorgenstadt wurden neu erbaut und mit den Glaubensflüchtlern besiedelt. Mit großem Erfolg für den wirtschaftlichen Aufstieg Kursachsens. Die Herrnhuter Bruderschaft kam ebenso hierher.

Kunst- und Kulturschaffende, Bauleute und Architekten wurden ganz gezielt von den sächsischen Königen nach Sachsen geholt – und nicht Wenige blieben.

Sächsische Erfindungen? Johann Friedrich Böttger, Karl August Lingner, August Horch oder Manfred von Ardenne – sie alle waren keine Sachsen von Geburt.

Wenn immer sich die Sachsen Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen geöffnet haben, hat unser Sachsen als Land davon profitiert. Sachsen hat eine weltoffene Geschichte. Das „sächsische Manchester“, „Klein Paris“ und „Elbflorenz“ – allein die Beinamen der drei größten sächsischen Städte zeugen nicht nur vom Selbstbewusstsein unserer Vorfahren. Sie zeugen auch von ihrer Weltoffenheit.

Der Nationalsozialismus hat mit dieser Geschichte radikal gebrochen. Er hat aus individueller Fremdendistanz eine gesellschaftliche Todesmaschinerie gemacht, die Millionen Opfer gefordert hat – weil sie fremd waren, anders, ausländisch oder jüdisch. Diese Verbrechen wirken noch heute nach, und sie fordern uns heraus, genau hinzuschauen und zu handeln, wenn es um Fremdendistanz und Fremdenfeindlichkeit geht.

Noch einen Schritt weiter kommen wir allerdings, wenn wir uns darauf konzentrieren, für Fremdenfreundlichkeit zu werben und zeigen, wie gut ein friedliches, tolerantes und respektvolles Miteinander möglich ist.

Denn das bedeutet Weltoffenheit letztlich doch ganz konkret und auf den einzelnen Menschen bezogen: Es nicht nur auszuhalten, dass der ausländische Nachbar anders ist als man selbst, sondern ihn als Nachbarn zu respektieren und mit ihm gemeinsam die unmittelbare und gemeinsame Lebenswelt zu gestalten, ob bei der Arbeit, im Verein, in der Nachbarschaft oder den vielen anderen Gelegenheiten des Miteinander.

Weltoffenheit bedeutet auch, sich den Realitäten unserer globalen Welt zu stellen. Und zu diesen Realitäten gehören der globale Wettlauf um die besten Köpfe aus aller Welt ebenso wie die Flüchtlinge, die Sachsen gemäß der universellen Menschenrechte aufnimmt und denen wir eine menschliche und unseren eigenen Werten angemessene Behandlung zusichern, solange sie in Sachsen leben.

Eine Einengung der Weltoffenheit nur auf Menschen, die uns „nützlich“ sind, würde von der Welt nicht nachvollzogen werden und entspräche nicht unseren eigenen Grundwerten und Prinzipien.

### **Die Rolle als Sächsischer Ausländerbeauftragter**

Zu Beginn jeder Wahlperiode wählt der Landtag eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten aus seiner Mitte zum Beauftragten. Der Sächsische Ausländerbeauftragte kann damit unabhängig, weisungsfrei und überparteilich arbeiten, was wichtig für eine ausgewogene Arbeit im langfristigen Interesse des Freistaates ist.

Ich verstehe diese Rolle als Ermutiger und „Reisebegleiter“ auf Sachsens Weg zu mehr Weltoffenheit. Ein Ausländerbeauftragter gibt Anregungen, wie unser Land zu mehr Weltoffenheit kommt und was verbessert werden kann.

Dazu gehört es auch, die Taschenlampe auf Missstände zu halten, die dem Freistaat langfristig nicht gut zu Gesicht stehen. Ich sehe mich ebenfalls als Koordinator eines Netzwerks der integrationsorientierten und weltoffenen Kräfte in Sachsen – ihre Reise ist auch meine persönliche Reise.

Und auch meine Rolle als Begleiter der Öffentlichkeit, die ich ermutigen möchte, die Potentiale der Vielfalt zu entdecken, gehört dazu. Über die öffentliche Meinung verwirklichen wir am besten den überparteilichen Konsens für Verbesserungen im Umgang mit unseren Mitmenschen mit Migrationshintergrund.

### **Sieben Anregungen für mehr Weltoffenheit**

Nach den ersten 100 Tagen im Amt gab ich eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Sächsischen Staatsminister des Innern Markus Ulbig. Der Minister kündigte einen neuen Schwerpunkt in der Ausländerpolitik an, mit dem die Zuwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften nach Sachsen gefördert wird. Ich machte sieben Anregungen für ein weltoffeneres Sachsen, die ich hier noch einmal nennen und deren Umsetzung ich kurz kommentieren möchte:

1. Ausländische Fachkräfte sind für mittelständische Unternehmen nur schwer zu rekrutieren und integrieren. Sachsen ist Land des Mittelstands. Deshalb sind die Sozialpartner und die Staatsregierung gefragt. Um vom Potenzial ausländischer Fachkräfte zu profitieren, sollte der Freistaat eine konzertierte Aktion für Integration

und Arbeit Sachsen zusammen mit den Sozialpartnern ins Leben rufen, in der die verschiedenen Akteure ihre Stärken zusammen bringen und damit dem Mittelstand helfen, mehr ausländische Fachkräfte für Sachsen zu gewinnen als bisher.

Was ist bisher passiert?

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat eine Initiative für Gesetzesänderungen erarbeitet, die ausländischen Fachkräften die Einreise und den Aufenthalt in Deutschland erleichtern. Eine Bundesratsinitiative der Staatsregierung steht für 2011 an. Zentrale Punkte sind Erleichterungen für Erwerbstätige, Studenten und beim Familiennachzug. Auch in Berlin konnte für dieses Anliegen neue Unterstützung gewonnen werden. Auf eine Initiative der Staatsregierung hin wurde der Runde Tisch Anerkennung für ausländische Berufsabschlüsse ins Leben gerufen. Die fehlende Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist ein großes Hindernis bei der Integration vieler unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund. Der Runde Tisch wird vom Ausländerbeauftragten koordiniert und moderiert. Mehr dazu lesen Sie im Kapitel 3 „Weichen stellen für Zugewinn.“

2. Ausländische Studenten haben oft den falschen Eindruck, ein Verbleib in Deutschland nach Vollendung des Studiums sei nur bei einem Gehalt von über 66.000 € pro Jahr möglich. Das muss nicht so sein. Bei vielen Studenten sind die Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung nach dem Studium in bildungsentsprechender Arbeit trotz Beratungsangeboten noch nicht voll angekommen. Es wurde angeregt, die Beratungsangebote über Weiterbeschäftigung konsequent auszuweiten. Besonders die Ausländerbehörden können mehr Beratung über Möglichkeiten bieten, wie qualifizierte Ausländer hier in wenigen Jahren den unbefristeten Aufenthaltstitel erreichen können.

Was ist bisher passiert?

Das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst hat dankenswerterweise eine Initiative für den Verbleib ausländischer Studierender in Sachsen gestartet. Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat bei seiner Initiative für Gesetzesänderungen bei Erleichterungen für ausländische Studenten einen Schwerpunkt gesetzt. Wenn sich ausländische Studenten nach erfolgreichem Abschluss in unsere Gesellschaft einbringen wollen, stehen dem viele Hürden im Wege. Das soll anders werden. Weitere Informationen finden Sie im Kapitel 3 „Weichen stellen für Zugewinn.“

3. Die Leistungen für Asylbewerber sollen nach Bundesrecht zwar als Sachleistungen vergeben werden, doch profitieren davon nur die Hersteller auf Kosten der öffentlichen Hand. Auch sind Gutscheine teurer als Bargeldausteilung. Nachdem die Hälfte der sächsischen Landkreise schon die kostengünstige und bedarfsgerechte Bargeldausteilung nutzt, regt Gillo für alle verbleibenden Landkreise an, das ebenfalls schnellstmöglich einzuführen. Auch die Bundesregierung bewegt sich in diese Richtung.



Was ist bisher passiert?

Bis Jahresende 2010 hatten sich elf von dreizehn Landkreisen bzw. Kreisfreien Städten für die Einführung von Bargeld entschieden. Zwei stehen noch offen und ich werde die beiden verbleibenden Landkreise weiter ermutigen, sich letztendlich auch für eine Bargeldauszahlung zu entscheiden. Bargeldauszahlung sorgt für mehr Menschenwürde und weniger Beschaffungskriminalität. Das ist in unserem Interesse. Mehr dazu finden Sie im Kapitel 2 „Mitmenschlichkeit als Zeichen für Weltoffenheit“.

4. Geduldete Asylbewerber sind in ihrer Bewegungsfreiheit an einen Ort gebunden. Verwandtenbesuche oder ortsferne Ausbildung sind damit praktisch unmöglich. Gillo regt an, für straffreie Bewerber die Bewegungsfreiheit auf den gesamten Freistaat auszudehnen. Davon profitieren wir alle.

Was ist bisher passiert?

Am 6. Dezember 2010 fand zu diesem Thema eine öffentliche Anhörung im Sächsischen Landtag statt. Dort habe ich meine Argumente vorgetragen, die für eine sachsenweite Bewegungsfreiheit sprechen. Dazu gehören der Vereinssport, die freie Religionsausübung bei Religionen, die nur an wenigen oder wechselnden Orten Gottesdienste anbieten, das Studium, das oft nur in großen Städten möglich ist, sowie die Bewegung innerhalb der Kreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die meist nur über Kreisfreie Städte möglich ist und so zwangsläufig zur Verletzung der Auflagen führen muss. Ich bin zuversichtlich, dass wir im Jahre 2011 hier zu einer Verbesserung mit überparteilichem Konsens kommen werden.

5. Dezentrale Unterkünfte für Asylbewerber können kostengünstiger sein als Gemeinschaftsunterkünfte. Zwar sind schon viele Familien in individuellen Wohnungen untergebracht, doch sollten dezentrale Unterkünfte für alle Familien, deren Kinder in der Schule erfolgreich integriert sind, zur Verfügung gestellt werden. Das Gleiche sollte auch für alle diejenigen gelten, die Deutsch lesen und sprechen und sich hier ehrenamtlich engagieren. Dieser Geist entspricht unserem Verständnis von Solidarität.

Was ist bisher passiert?

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat gegenüber den Ausländerbehörden wiederholt klargestellt, dass auch die familiäre Situation der Flüchtlinge humanitäre Gründe darstellen können, die eine dezentrale Unterbringung rechtfertigen. Damit ist es den Kommunen möglich, dort, wo die Eltern sich zur Schulpflicht ihrer Kinder bekennen und das auch leben, die dezentrale Unterbringung zu ermöglichen. Eingeschlossen ist auch der Besuch von Kindertagesstätten. Die große Mehrheit der Familien wird von den Ausländerbehörden dezentral untergebracht. Wir werden uns im neuen Jahr dafür einsetzen, dass alle Familien, deren Kinder die Schulpflicht erfüllen, nach einer anfänglichen Übergangs- und

Eingewöhnungszeit im Freistaat Sachsen dezentral untergebracht werden. Weiteres dazu im Kapitel 2 „Mitmenschlichkeit als Zeichen für Weltoffenheit“.

6. Ausländer können Opfer von spezifischen Verbrechen, wie z. B. Menschenhandel und Zwangsprostitution werden. Nach Aufdeckung solcher Straftaten erhalten aussagebereite Opfer Identitätsschutz bis zum Abschluss der Verfahren, werden danach aber meist in ihr Ursprungsland zurückgesendet. Das kann verheerende Folgen für sie haben. Wir rieten dringend, ausländischen Kronzeugen nach Abschluss des Verfahrens bei uns das Bleiberecht zu erteilen. Das gibt ihnen auf Dauer effektiven Schutz und sollte zu mehr Bereitschaft führen, mögliche kriminelle Sümpfe trocken zu legen.

Was ist bisher passiert?

Staatsminister Markus Ulbig hat diese Initiative aufgegriffen und eine entsprechende Anleitung zur Verfahrensweise an die Ausländerbehörden gegeben. Bei Gesprächen mit den Ausländer- und Integrationsbeauftragten der anderen Bundesländer wurde klar, dass diese sinnvolle und richtungweisende Regelung bundesweit gelten sollte. Entsprechende Initiativen in anderen Ländern sind in Vorbereitung.

7. Die Arbeit für ein weltoffenes Sachsen wird von vielen Organisationen und Vereinen mitgetragen, die zumeist vom ehrenamtlichen Engagement leben, aber notwendigerweise auch eine faire staatliche Kofinanzierung brauchen. Der Ausländerbeauftragte regt an, bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen die faire Kofinanzierung der Arbeit für Weltoffenheit als eine der Grundleitlinien bewährter sächsischer Haushaltspolitik explizit aufrecht zu erhalten. „Bei aller Notwendigkeit, den Gürtel enger zu schnallen, dürfen Einsparungen weder einseitig zulasten unserer Solidarität noch unserer Reputation gehen.“

Was ist bisher passiert?

Die Landesregierung gewährt den Landkreisen und Kreisfreien Städten finanzielle Zuweisungen für die Unterbringung der Asylbewerber und Geduldeten im Freistaat. Diese Mittel sind seit mehr als sieben Jahren nicht angepasst worden, obwohl die Heiz-, Betriebs- und Personalkosten jedes Jahr kontinuierlich steigen. Im neuen Haushalt wurden diese Mittel nicht erhöht, aber auch nicht verringert.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurden auch die Mittel für den Integrationsbereich gekürzt. Wie sich das auf die Arbeit für ein weltoffeneres Sachsen auswirkt, ist derzeit noch nicht ersichtlich.

Meine Anregungen nach den ersten einhundert Tagen habe ich mit folgendem Satz beendet: „Sachsens Weltoffenheit und Ruf in der Welt ist auch davon abhängig, wie wir mit Ausländern und fremden Kulturen umgehen, den hoch qualifizierten wie den sozial schwachen. Die Umsetzung der Anregungen sind weitere wichtige Schritte auf Sachsens mutigem und erfolgreichem Weg zu mehr Weltoffenheit. Und die ist in

unser Aller Interesse.“ An der Gültigkeit dieses Satzes hat sich nichts geändert. Viel haben wir erreicht, mehr gilt es zu tun.

Wir haben unsere gemeinsame Reise zu mehr Weltoffenheit vor zwanzig Jahren begonnen. Das Datum ist eine Rückschau wert. Deshalb präsentieren wir in diesem Kapitel Interviews mit vier Menschen, die diese Zeit aktiv und engagiert begleitet haben.

Abschließend präsentieren wir Ihnen die kurze Zusammenfassung einer Studie des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Dresden, die aktuell das Thema Fremdenfeindlichkeit in Dresden untersucht hat. Das Fazit der Studie erscheint nur auf den ersten Blick paradox: Wir haben zu wenige Ausländer bei uns – in Dresden und auch im Freistaat. Denn Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit brauchen vor allem Möglichkeiten zum Kontakt, damit Vorurteile abgebaut werden können.

### ***1.1. Zwanzig Jahre Reise zu mehr Weltoffenheit***

Vor zwanzig Jahren erstand der Freistaat Sachsen wie Phoenix aus der Asche aus den Bezirksstrukturen der DDR.

Am Anfang stand eine unwahrscheinliche Turbulenz in der Gesellschaft. Das Rechtssystem, die Verwaltungsgesetze, die Wirtschaft – fast alles wurde praktisch über Nacht ausgetauscht. Das war mit vielen Umbrüchen verbunden, die aus der heutigen Sicht fast unreal anmuten müssen.

Auch das Thema der Weltoffenheit stellte sich anders als bisher. Waren Vertragsarbeiter in DDR-Zeiten in die Wirtschaft integriert, waren ausländische Studenten in die Universitäten eingebunden und wurden betreut, so mussten sich nach dem Umbruch erst neue Spielregeln finden, wie wir mit den Menschen aus aller Welt umgehen wollten.

Erschwerend kam hinzu, dass 1992 über 400 000 Asylbewerber nach Deutschland strömten. Auch über 200 000 Spätaussiedler kamen in diesem Jahr nach Deutschland. Nur zum Vergleich – heute sind es bei beiden Gruppen bis zu 90 Prozent weniger. <Fußnote 1992: Spätaussiedlerzuzug 230.565 Personen (Quelle: Bundesverwaltungsamt, BVA) Asylanträge: 438.191 (Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, BMA) 2009: Spätaussiedlerzuzug: 3.360 (BVA) (-> Rückgang um ca. 98 Prozent) Asyl(erst)anträge: 27.649 (BAMF) (-> Rückgang um ca. 93 Prozent) Fußnote Ende>

Fünf Prozent dieser Asylbewerber und Spätaussiedler wurden Sachsen zugewiesen – in ein Klima, das mehr von Unsicherheit, als von Weltoffenheit geprägt war. Das Resultat waren unerträgliche fremdenfeindliche Attacken, die unserem Ruf in der Welt extrem geschadet haben.

Der Start war also alles andere als leicht. Wie sind wir damit umgegangen? Wie weltoffen sind wir heute? Welche neuen Wege zu mehr Weltoffenheit sollten wir gehen?

In diesem Kapitel wollen wir die ersten 20 Jahre unserer Reise Revue passieren lassen. Wir haben vier wichtige Persönlichkeiten gebeten, uns fünf Fragen über unsere Reise zu mehr Weltoffenheit zu beantworten. Ihre Perspektive kann uns helfen, zu erkennen, wie wir unsere Reise weiter gestalten sollten.

Wir haben gefragt:

- Joachim Reinelt, katholischer Bischof von Dresden-Meißen
- Harald Bretschneider, Kirchenrat und Jugendpfarrer a. D. der Evangelischen Landeskirche Sachsen
- Nabil Yacoub, Journalist und ägyptischer Mitbürger mit Verwandtschaft in vielen Ländern der Welt, der seit über dreißig Jahren in Sachsen zu Hause ist
- Sebastian Krumbiegel, Sänger der Prinzen und engagierter Mitbürger für mehr Weltoffenheit

Sie haben alle ihre eigenen Perspektiven, und doch ergeben sich aus dem Lesen der vier Beiträge gemeinsame Einsichten. Allen geht es um Ermutigung auf unserer Reise zu mehr Weltoffenheit.

**Joachim Reinelt** ist Bischof des Bistums Dresden-Meißen. Er ist das geistliche Oberhaupt der etwa 141 000 Katholiken in Sachsen und steht dem Bistum seit 1988 vor. Bischof Reinelt lud mit zum zentralen Eröffnungsgottesdienst der Interkulturellen Woche ein, bei dem er die Predigt hielt. Die Christen im Bistum tragen durch geistliche, gemeindliche und karitative Arbeit zur Integration bei.

Frage 1: Kurz nach der Wende entwickelte sich in Sachsen eine gewaltbereite rechte Szene, die besonders Migrantinnen und Migranten im Visier hatte. Die Zivilgesellschaft wehrte sich nur sehr zögerlich gegen diese Gewalt an unseren ausländischen Mitmenschen, manchmal schwieg sie auch ganz. Was war für Sie das schlimmste Erlebnis der 90er Jahre?

Die Zeit nach der Wende war eine sehr bewegte Zeit. Sie war geprägt von grundlegenden Veränderungen für jeden Einzelnen und besonders im existenziellen Bereich. Viele Neuorientierungen waren erforderlich und es gab keinen Plan – keine Vorlage -, was im Einzelnen passieren wird und wie man sich verhalten sollte. Dies hat die Menschen verunsichert.

Zu den schlimmen Ereignissen dieser Jahre gehören zweifellos die Angriffe auf Menschen. Auf Menschen, die anders aussehen und leben, obwohl sie hier schon etliche Jahre gelebt oder aus großer Not bei uns Zuflucht gesucht haben.

Als in Dresden Lebender ist da insbesondere der Angriff und letztlich der Mord an Jorge Gomondai zu nennen. Einem Mocambiquaner, der von einer Gruppe Rechtsradikaler angegriffen und in den Tod getrieben wurde.

Aber dazu gehört auch die unzulängliche Ermittlungsarbeit und die ausgebliebene Reaktion der Zivilgesellschaft.

Dieser Fall war allerdings nur die extreme Spitze eines unrühmlichen Eisbergs. Zahlreiche auch Übergriffe auf Asylbewerberheime sind zu nennen oder die Angriffe, die „nur“ Körperverletzungen zur Folge hatten oder Menschen beleidigten.

Frage 2: Wie erklären Sie sich die damalige Situation?

Ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass es in dieser Zeit sehr viele Veränderungen gab. Die Menschen waren verunsichert. Vieles was bis dahin galt, hatte keine Grundlage mehr. Die Menschen mussten neue Werte suchen. Der Sozialismus hat eine unsägliche Gleichmacherei verfolgt. Daher waren die Menschen auf die Vielfalt nicht vorbereitet. Wer hatte denn Kontakte zu Ausländern? Selbst die ausländischen Gastarbeiter lebten ja separiert und ohne Kontakte zur Bevölkerung.

Dazu kommt noch, dass viele Menschen Rattenfänger aus der rechten Szene auf den Leim gegangen sind und ihre Hoffnung auf einfache und platte Antworten setzten. Die „Ausländer raus“-Parole konnte so in weiten Teilen Fuß fassen und sich in den Köpfen vor allem junger Menschen festsetzen.

Und es gab zu wenige Menschen und Gruppierungen, die für die Betroffenen Partei ergriffen, sie schützten und ihnen zur Seite standen. Da fehlte aus meiner Sicht auch die Achtung vor der Würde des Menschen. Gerade als gläubiger Christ (Bischof), der als Anwalt für das Leben steht, ist mir dieser Aspekt wichtig. Man sah in den Ausländern nur Konkurrenten und eben nicht Menschen.

Frage 3: Was hat sich seit dieser Zeit bis heute verbessert?

Vielleicht gar nicht mal so viel, wenn ich daran denke, dass es immer noch Fälle gibt wie der von Frau Sherbini in Dresden oder einer im Landtag vertretenen NPD.

Aber es hat sich doch auch sehr viel geändert. Es gibt inzwischen eine hohe Sensibilität. Viele Menschen gerade in den Kirchen engagieren sich für unsere ausländischen Mitbürger. Bei Caritas und Diakonie gibt es Beratungsstellen. Es gibt ehrenamtliche Helfer, die Asylsuchende unterstützen, die sich als gesellschaftliche Anwälte solidarisieren usw. Die Interkulturellen Wochen sind inzwischen zu bunten Festen in den Städten geworden, wo wir die Kulturen kennenlernen können und sie als Reichtum erfahren.

Wir haben auch viel dazu gelernt, wenn man an die politische Diskussion denkt. In einer globalisierten Welt werden wir auch immer mehr zusammenrücken. Inzwischen gibt es eine Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“, in der die verschiedenen kirchlichen Ebenen sich für eine starke Demokratie engagieren und sensibel jegliche Form von Extremismus beobachten.

Sicher, wir haben noch einen langen Weg vor uns und es ist auch noch nicht alles gut, aber wir sind auch schon einen Schritt vorangekommen.

Seite 13 von 78

Frage 4: Hinter Fremdenfeindlichkeit steckt häufig Angst vor dem Fremdartigen und Andersaussehenden. Wie kann man – aus Ihrer Erfahrung – Menschen diese Angst nehmen und sie zu mehr Offenheit und Menschlichkeit gegenüber unseren ausländischen Mitmenschen ermutigen?

Ich glaube der erste und wichtigste Schritt ist das Aufeinander zugehen und sich kennenlernen. Wir müssen Menschen mit ausländischen Wurzeln begegnen und sie als Menschen mit vielen Talenten schätzen lernen. Dazu brauchen wir Programme und Konzepte. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen haben wir mit Initiativen wie „Lade deinen Nachbarn ein“ zu Besuchen und Begegnungen eingeladen, um Religion, Kulturen und Lebensart kennenzulernen und natürlich auch von uns zu erzählen. Diese Begegnungen sind ja keine Einbahnstraße.

Wichtig ist natürlich auch der Bereich Schule. Im Religionsunterricht und mehr noch im Ethikunterricht muss dieses Thema mit all seinen Facetten behandelt werden.

Erfreulich ist, dass die Wirtschaft die vielfältigen Fähigkeiten unserer ausländischen Mitbürger wahrnehmen und nutzen. Die Kontakte zu Arbeitskollegen überwindet Schranken und baut Vorbehalte ab. Dies gilt auch für Schulen bei ausländischen Mitschülern. Der tägliche Umgang ist wichtig.

Auf alle Fälle sind jegliche Formen von Gettoisierung zu vermeiden – egal ob selbst gesucht oder erzwungen.

Frage 5: Was bedeutet für Sie ein weltoffenes Sachsen?

Als Katholiken sind wir eine Weltkirche. Also eine Gemeinschaft in der wir alle Brüder und Schwestern im Glauben sind. Wir tragen füreinander Verantwortung und das schafft Offenheit füreinander. Dies können wir bei der Integration ausländischer Mitbürger in unsere Pfarrgemeinden feststellen.

Ein weltoffenes Sachsen steht für eine Gastfreundschaft und Offenheit allen Menschen gegenüber.

**Harald Bretschneider** ist evangelischer Pfarrer im Ruhestand. Er ist ein maßgeblicher Vertreter der kirchlichen Friedens-, Umweltschutz- und Menschenrechtsbewegung in der DDR. Er initiierte die Friedensdekade mit, war über Jahrzehnte in der Jugendarbeit aktiv und bis zu seinem Ausscheiden aus dem Kirchendienst im Jahre 2007 Oberlandeskirchenrat der evangelischen Landeskirche.

Frage 1: Kurz nach der Wende entwickelte sich in Sachsen eine gewaltbereite rechte Szene, die besonders Migrantinnen und Migranten im Visier hatte. Die

Zivilgesellschaft wehrte sich nur sehr zögerlich gegen diese Gewalt an unseren ausländischen Mitmenschen, manchmal schwieg sie auch ganz. Was war für Sie das schlimmste Erlebnis der 90er Jahre?

Das schlimmste Ereignis der 90er Jahre war für mich das furchtbare Geschehen um den Tod von Joseph Kantelberg-Abdulla in Sebnitz. Als sechsjähriger Junge war er im Sebnitzer Bad 1997 ums Leben gekommen. Drei Jahre später veröffentlichten die Eltern ihren schrecklichen Verdacht, dass Joseph nicht ertrunken, sondern durch Neonazis ermordet worden wäre.

Das furchtbare Geschehen um den Tod von Joseph wurde ein "mediales Debakel". Es traf bei vielen auf einen "fertigen Bezugsrahmen". "Je östlicher, umso rechtsradikaler seien die Leute".

Am Ende stellte sich sogar die Frage, ob die Mutter von Joseph - blind vor Schmerz - auch getäuscht und getrickst, vielleicht sogar gelogen hat. Damit bekam der "Fall" eine rechtlich äußerst komplizierte Gemengelage und machte die Komplexität der Problematik deutlich.

Eine gewaltbereite rechte Szene und Ausländerhass gab es punktuell schon in der DDR. Sie entwickelte sich in Sachsen nicht erst kurz nach der friedlichen Revolution.

Als Landesjugendpfarrer habe ich zur Synode 1988 über "die kirchliche Jugendarbeit besonders tangierende Phänomene der Jugend in der Gesellschaft" und "Jugendliche Gewalt" berichtet.

Frage 2: Wie erklären Sie sich die damalige Situation?

Damals formulierte ich, dass die beunruhigend zunehmende jugendliche Gewalt nur ein Produkt von Erziehungsfehlern unfähiger Eltern ist. In der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" 5/88 wurde die jugendliche Gewalt als "Folge der Seelenlosigkeit" des Zweiten Weltkrieges bezeichnet; denn durch den Weltkrieg wurde menschliches Leben zerstört. Die Vaterlosigkeit vieler Nachkriegskinder förderte eine seelische und körperliche Verhärtung, und allzu große Worte über hohe Moral, Gewissen, Güte und Uneigennützigkeit, die nicht durch das persönliche Leben gedeckt wurden, machten viele Jugendliche misstrauisch.

Misstrauen aber vergiftet die menschliche Seele und verwandelt sich in Unglauben, der die Erwachsenen gerne provoziert; durch deren endlose "Selbstbeklatschung" und die überhöhte Darstellung der eigenen Erfolge sind leere, verzichtbare Rituale entstanden, die zu einer Atmosphäre des "Alles-erlaubt-seins" führten. Besonders schwierig waren Jugendliche, die Hakenkreuze malten.

Erziehungsziele der DDR waren Toleranz und Solidarität. Aber die "geschlossene Gesellschaft", deren Jugendliche in der Schule anderes sagten, als sie dachten und oft anders "erscheinen" mussten, als sie waren, wurde krank.

Die Jugendlichen wurden empfänglich für Radikalismus jeder Art. So tauchten schon in der DDR die "deutschen Grüße" und die "gehisste Reichsflagge" vereinzelt auf Campingplätzen wie an Stammtischen auf. Solche "politischen Sündenfälle" wurden einerseits mit unverhältnismäßig hohen Strafen hart geahndet und andererseits streng verschwiegen.

Nach 1989 nahm die Gewaltbereitschaft und Gewalt besonders gegen Migranten zu.

Nachdem der "vormundschaftliche Staat" durch die freiheitlich demokratische Gesellschaft abgelöst war, wurde Freiheit oft mit totaler Bindungslosigkeit verwechselt. Es ist erstaunlich, wie die Mehrheit sich auf die neue Situation schnell, besonnen und reif eingestellt und ihre Chancen ergriffen haben.

Aber auch die Gewaltbereitschaft einer kleinen Minderheit besonders gegen Migranten wuchs. Menschen erlebten jetzt die "berühmt, berüchtigten Widersprüche" zwischen den Hoffnungen der Wiedervereinigung und der ostdeutschen Wirklichkeit.

„Wer weder Arbeit noch einen Ausbildungsplatz hat und nur über wenig Geld verfügt, aber jeden Tag die Schweinereien derer sieht, die ihre Schäfchen längst wieder ins Trockene gebracht haben, der hat Wut im Bauch und ist empfänglich für brutale Antworten" sagte mir ein 19-Jähriger.

Auch mit der zunehmenden Gewaltakzeptanz zeigen Jugendliche seismografisch soziale Verunsicherungen, Missstände und Verwerfungen.

Sie machen wieder "mit aller Gewalt" auf sich aufmerksam. In einer freien Gesellschaft, deren Leitbild das "ungebundene Leben" zu sein scheint, signalisieren junge Menschen Sehnsucht nach Verlässlichkeit und Vertrauen, die eben auch Schutz und Grenzen braucht.

Frage 3: Was hat sich seit dieser Zeit bis heute verbessert?

Diese Wahrnehmungen haben zu Lernprozessen geführt und erstaunliche Aktivitäten ausgelöst. Durch Studien und Arbeit mit Jugendlichen, die Gewalt akzeptieren, wurden die Kenntnisse über die Probleme wesentlich erhöht.

Bei einer breiteren Öffentlichkeit wuchs das Problembewusstsein. Die gesellschaftlichen Kräfte, die sich dem Extremismus zur Wehr setzen, haben sich intensiv vernetzt und dadurch ihre Kraft potenziert.

Der damalige Landtagspräsident inszenierte und moderierte einen "Landesweiten Runden Tisch gegen Gewalt".



Viele Aktivitäten und Initiativen wurden durch Gewerkschaften und Kirchen angeregt und umgesetzt. Hervorzuheben sind das "Bündnis gegen Rechts" und die "Menschenketten gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit".

Besonders gewürdigt müssen auch die Sozialpädagogen werden, die als Streetworker oft unter großem persönlichem Einsatz mit verhaltensauffälligen Jugendlichen und rechtsextremen Gruppen arbeiten und Veränderungen bewirken.

Auch strategisch und pädagogisch klügeres Verhalten von Politikern wie von Ordnungskräften hat zur Verbesserung in den Auseinandersetzungen mit extremistischen Gruppen geführt.

Frage 4: Hinter Fremdenfeindlichkeit steckt häufig Angst vor dem Fremdartigen und Andersaussehenden. Wie kann man -aus Ihrer Erfahrung -Menschen diese Angst nehmen und sie zu mehr Offenheit und Menschlichkeit gegenüber ausländischen Mitmenschen ermutigen?

Alle Gewaltausübung braucht die Angst der Opfer, um das Bewusstsein der eigenen Macht zu stützen. Zivilcourage aber führt aus diesem Bannkreis heraus und entlarvt die innere Schwäche von Gewalt. Zu solcher Zivilcourage finden viele durch den Glauben.

Das biblische Menschenbild würdigt jeden Menschen als Gottes Ebenbild. Es zwingt aber auch wahrzunehmen, dass jeder Mensch zu Größenwahn und Gewalt verführbar ist und Versöhnung braucht.

Es ist immer dasselbe! Aus Angst, das Leben zu verpassen, sind Evas Töchter wie Adams Söhne bis heute lebensgefährlich verführbar und verfeinden sich mit Gott und der Welt. Wie Kain ergrimmen die Menschen über die Ungerechtigkeit des Schicksals. Der scheinbare Vorzug des Bruders geht an die Nieren. Neid verstrickt in mörderisches Unrecht.

Wie beim biblischen Turmbau zu Babel führt maßloses Geltungsbedürfnis zu unverständiger Verwirrung. Misstrauen wächst zur Feindschaft auch zwischen Völkern.

Der biblische Jesus "durchkreuzt" diese Entzweiung und verwandelt mit seiner Praxis der Feindesliebe Feindschaft in Freundschaft, ohne vor den Schattenseiten der Menschen die Augen zu verschließen. Er hilft uns, den Menschen ins Gesicht zu sehen und zu entdecken:

Das Gesicht meines Feindes, wenn ich es ganz nahe sehe, ängstigt mich nicht mehr, weil es dem meinen so ungeheuer ähnelt.

Diese erlebte Zuwendung befähigt uns zur Zivilcourage, die sich der "Gewalt" entgegenzustellen wagt.

Frage 5: Was bedeutet für Sie ein "weltoffenes Sachsen"?

Weltoffenes Sachsen bedeutet für mich, dass der Einzelne, die Kirche und die Gesellschaft das Wohl Sachsens im Blick haben müssen, aber nicht auf Sachsen fixiert sind, sondern die Augen offen halten für die Welt mit allen menschlichen Artgenossen und Verantwortung wahrnehmen.

Ich bin froh über alle Fantasie und Geisteskraft sächsischer Forscher, über alle Tatkraft unserer Handwerker und über alle verantwortliche Umsetzung in der Industrie und Wirtschaft. Die politische Führung hat unserem Freistaat eine günstige Entwicklung beschert. Dazu gehörten die weltoffene Ansiedlung von Betrieben aus dem In- und Ausland, ihre klare Akzeptanz ausländischer Mitbürger, und die Einhaltung geringer Staatsverschuldung.

Auch die kulturellen Schätze unseres Landes verdanken wir der großen Weltoffenheit vieler Künstler auf fast allen Gebieten und sächsischen Herrschern auch früherer Zeit.

Die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik und die Verfassung des Freistaates Sachsens wären nicht möglich geworden, wenn nicht die Weltoffenheit des "Neuen Denkens" des russischen Staatsmannes Gorbatschow, das ungeduldige Drängen der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc auf politische Veränderung wie das tschechische Streben nach Freiheit und der ungarische Mut zur Öffnung der Grenze des Eisernen Vorhangs mit dazu beigetragen hätten.

Dem gegenüber stehen die Sorgen vor einer Überfremdung und die Angst vor unbeherrschbaren Folgen des politischen, wirtschaftlichen und technischen Komplexes Europa und seiner weltweiten Verflechtung. Andere sind verwurzelt in der Tradition des christlichen Abendlandes und haben Angst vor einer islamischen Überfremdung. Es gibt Wünsche nach Begrenzung.

Allerdings gibt das nicht das Recht zu Gewalt, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft.

Ich unterstütze viele Akzente des Programmes "Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz", mit dem der Freistaat Sachsen Projekte und Maßnahmen fördert, die die demokratische Kultur in Sachsen und die freiheitlich demokratische Grundordnung stärken.

**Nabil Yacoub** ist Vorsitzender des Sächsischen Migrantensrates und ehemaliger Geschäftsführer des Ausländerrates der Stadt Dresden. Der Dolmetscher und Übersetzer stammt aus Ägypten und lebt seit über 30 Jahren in Sachsen. Ein besonderes Anliegen ist für ihn die politische Mitwirkung der Ausländerinnen und Ausländer an der Entwicklung der Stadt und des Landes.

Frage 1: Kurz nach der Wende entwickelte sich in Sachsen eine gewaltbereite rechte Szene, die besonders Migrantinnen und Migranten im Visier hatte. Die Zivilgesellschaft wehrte sich nur sehr zögerlich gegen diese Gewalt an unseren ausländischen Mitmenschen, manchmal schwieg sie auch ganz. Was war für Sie das schlimmste Erlebnis der 90er Jahre?

Mit der Wende entstand eine neue demokratische Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands, die sich von Anfang an gegen die Verbreitung nationalistischer und rechtsextremistischer Ideologien positionierte. Militante rechte Gruppen mit verfassungsfeindlichen Ansichten und gesetzeswidrigen Aktivitäten profilierten sich durch xenophobe und rassistische Ideologie und verbreiteten sich sehr schnell unter der Jugend.

Was viele Migranten in der damaligen Zeit erlebt haben, war, dass die in der Entstehung befindliche Zivilgesellschaft (Gewerkschafter, Mitglieder von Kirchgemeinden, Intellektuelle, Künstler und Studentengruppen, Vereine u.a.) die erste gesellschaftliche Kraft, auf die Welle ausländerfeindlicher Angriffe reagierten. Es wurden Solidaritätsmaßnahmen für die in Not geratenen AusländerInnen organisiert. Die Zeit nach der Wende erlebte die unfreiwillige Rückführung von Tausenden Vertragsarbeitern aus Vietnam, Mosambik und Kuba. Das Gemeinsame der Aktivitäten all dieser Vereine und Gruppen war der Schutz der Menschenrechte und Verteidigung der Demokratie. Anders war die zögerliche Haltung der neuorganisierten Verwaltungen und Sicherheitsorgane, die die wahre Dimension der entstehenden Gefahr nicht erkannten und nicht konsequent bekämpft haben.

Die Welle rassistischer und ausländerfeindlicher Übergriffe in Dresden erreichte Anfang der 90er Jahre ihren Höhepunkt mit der Tötung des jungen mosambikanischen Arbeiters Jorge Gomondai. Er starb in Dresden am 6. April 1991. Die Gewalt, die am Anfang hauptsächlich gegen Afrikaner und Vietnamesen gerichtet war, weitete sich kurz danach gegen die erstmalig in den neuen Bundesländern aufgenommenen Asylbewerber aus. Der Widerstand gegen Rassismus und die Unterstützung der Flüchtlinge wurde zu einer Hauptaufgabe einiger Vereine. Die Zivilgesellschaft und die Dresdner Ausländerbeauftragte unterstützten die Initiative des Ausländerrates Dresden e.V., einen Gedenktag für Jorge Gomondai zu organisieren, sowie die Arbeit der Vereine der Flüchtlingsarbeit.

Frage 2: Wie erklären Sie sich die damalige Situation?

Der alte Staat mit seinem Rechtssystem existierte nicht mehr und der neue war in der Phase seiner Entstehung nicht voll funktionsfähig, auch weil viele Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen im Osten in der Phase der Systemtransformation politisch verunsichert, mit dem neuen System noch nicht vertraut waren und offensichtlich

keine klaren Anweisungen aus ihren Leitungsebenen erhielten, wie sich aus Gesprächen mit den Behörden zeigte.

Die Regierungsorgane waren mit anderen Fragen beschäftigt und die demokratischen Parteien waren verwickelt in harte Konkurrenz- und Profilierungskämpfe. Sie hatten damals noch nicht verstanden, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus als ein gesamtgesellschaftliches Anliegen aller demokratischen Kräfte gesehen werden muss und nur parteienübergreifend geführt werden kann. Es fehlte an konsequenter politischer und rechtlicher Bekämpfung von rassistischer Propaganda und Übergriffen. Das war die erste Beschäftigung der Migrantenselbstorganisationen mit der Politik in der Stadt Dresden. Wir fragten nach der Position des Landes und seiner Hauptstadt zu all diesen entstehenden Problemen. Trotz häufiger brutaler Übergriffe der Neonazis und ihrer menschenverachtenden Propaganda haben sächsische Behörden lange mit der Förderung von Programmen gegen Rechtsextremismus gewartet.

Die Parole „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ verführte die Politik zur Realitätenverweigerung, bedeutete „kein Handlungsbedarf“ und somit wurden lokale Bemühungen, die Lösungen für Probleme des Zusammenlebens suchten eingeschränkt bzw. gelähmt. Trotzdem wurden vom Fall zu Fall Maßnahmen zwingend notwendig, sie hatten meistens Feuerwehr-Charakter um Schlimmeres zu verhindern (z. B. Schutz von Asylbewerberheimen). Allein das zwei Jahrzehnte Fehlen eines Integrationskonzepts für Sachsen verhinderte eine bewusste und planmäßige Gestaltung des Zusammenwachsens von Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung. Heute sprechen wir von Nachholender Integration!

Frage 3: Was hat sich seit dieser Zeit bis heute verbessert?

Es hat sich vieles geändert vor allem im Denken. Die Wahrnehmung der Realität Deutschlands als Einwanderungsland öffnete die Tür für die Gestaltung der Integrationspolitik. Um Inhalt des Begriffes Integration und um die Umsetzung von ernsthaften Fortschritten auf Bundes-, Landes- und Kommunalen Ebene mit Beteiligung der Migranten wird noch gerungen. Dazu einige meiner Feststellungen bezüglich Sachsen:

Das demokratische Bewusstsein unter den Migranten und ihre politischen Erfahrungen sind sichtbar gewachsen. Sie fordern das Recht auf Teilhabe in gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten. Für sie ist Mitbestimmung eine Bedingung für eine demokratische Integration.

Die Arbeit in einigen sächsischen Ausländerbeiräten erhält neue qualitative Merkmale durch selbstbewusstes und kompetentes Auftreten der Migrantenvvertreter. Zwar haben wir nun vier Ausländerbeiräte in Sachsen, aber diese politischen Vertretungsgremien der Migranten sind mit sehr geringen Mitteln und Kompetenzen ausgestattet, um ihre Aufgaben wahr zu nehmen. So sind ihre Stellungnahmen nicht verbindlich für die Verwaltung. Die Migranten fordern eine Novellierung der sächsischen Gemeindeordnung, um die demokratische Bildung von Ausländerbeiräten und die Sicherung ihrer Arbeitsfähigkeit zu ermöglichen.

Die Zivilgesellschaft ist aktiver im Kampf gegen Rechtsextremismus geworden. Auch kommunale Strukturen nehmen mehr als in der Vergangenheit daran teil. Nach dem Mord an Marwa El-Sherbini kann sich niemand ein „weg schauen“ und „weiter so!“ leisten.

Nach dem gescheiterten Experiment mit dem nicht umgesetzten Integrationskonzept von 2004 hat die Landeshauptstadt wieder ein neues Integrationskonzept. Es wird um seine Umsetzung gerungen.

Bei allen Versäumnissen gelang es dem Kultusministerium in den unmittelbaren Jahren nach der Wende, das Sächsische Integrationskonzept in Schulen zu beschließen. Ein Glücksfall für Sachsen.

Im Kulturentwicklungsplan der Stadt Dresden finden wir ein deutliches Bekenntnis zur Anerkennung der Vielfalt und der integrativen Funktion der Integration. Auf die Konsequenzen für die Förderpolitik warten wir immer noch.

Das Dresdner Jugendamt gehört zu den ersten Verwaltungsgliedern, die sich ernsthaft mit den Erfordernissen der Integration beschäftigt und integrative Projekte gefördert hat und fördert.

Ende 2009 wurden in Sachsen zum ersten Mal inhaltliche Gespräche über ein Integrationskonzept zwischen Migrantenvertretern und dem Sozialministerium eröffnet. Die Migranten erwarten eine Zusage für die Partizipation von Migranten am gesellschaftlichen und politischen Prozess als Bedingung für eine zielführende Integrationspolitik.

Die Kommunikation zwischen dem Sächsischen Landtag und den Migranten hat sich durch das Herangehen des neuen Sächsischen Ausländerbeauftragten qualitativ verbessert.

Frage 4: Hinter Fremdenfeindlichkeit steckt häufig Angst vor dem Fremdartigen und Andersaussehenden. Wie kann man - aus Ihrer Erfahrung – Menschen diese Angst nehmen und sie zu mehr Offenheit und Menschlichkeit gegenüber unseren ausländischen Mitmenschen ermutigen?

In einer wirklich demokratischen und menschlichen Gesellschaft müssten Offenheit und Menschlichkeit gegenüber Anderen die Normalität sein. In unserer sich zunehmend globalisierenden Welt gehören Angst vor Andersaussehenden vergangenen Epochen an. Das Problem besteht darin, dass unter bestimmten sozioökonomischen und politischen Bedingungen sich rassistische Ideologien ständig in neuen und alten Masken reproduzieren. Armut, Unterdrückung, soziale und kulturelle Ausgrenzung sind der Sumpf, in dem Hass, Rassismus und Gewalt gedeihen können. Dieser Sumpf muss ausgetrocknet werden. Das ist die Aufgabe aller Demokraten und Humanisten weltweit. Migranten müssen auf die Menschen und Institutionen zugehen. „Misch mit!“ hieß einmal das Motto der Interkulturellen Woche.

Frage 5: Was bedeutet für Sie ein weltoffenes Sachsen?

Weltoffenheit ist nicht nur eine Öffnung nach außen. Sie erfordert vor allem eine Öffnung nach innen. D. h. die Anerkennung von Vielfalt, die Anerkennung anderer Kulturen und die Akzeptanz der „kulturellen Freiheit“, d. h. das Grundrecht auf die Wahl der Lebensweise innerhalb eines anerkannten demokratischen Rechtssystems. Ein Staat, ein Land, eine Stadt müssen für alle ihre Bürgerinnen und Bürger sein. Das heißt für Sachsen vor allem: Mut zum neuen Denken! Eine neue Sicht auf die Begriffe „Zuwanderung“ und „Zusammenleben“. Gesellschaften, die einen nachhaltigen Erfolg bei der Zuwanderungspolitik folgen der Devise: Partizipation schafft demokratische Integration, schafft das Zugehörigkeitsgefühl, schafft Identifikation. Das dadurch entstehende gesellschaftliche Klima ist das Klima eines weltoffenen Landes!

**Sebastian Krumbiegel** wurde als Sänger der Leipziger „Die Prinzen“ bekannt. Er engagiert sich als Initiator und Künstler seit Jahren für eine demokratische und menschliche Kultur in Deutschland.

Frage 1: Kurz nach der Wende entwickelte sich in Sachsen eine gewaltbereite rechte Szene, die besonders Migrantinnen und Migranten im Visier hatte. Die Zivilgesellschaft wehrte sich nur sehr zögerlich gegen diese Gewalt an unseren ausländischen Mitmenschen, manchmal schwieg sie auch ganz. Was war für Sie das schlimmste Erlebnis der 90er Jahre?

Die ersten Fernsehbilder und Berichte aus Hoyerswerda, wo im September 1991 mehrere Tage lang ein Asylbewerberheim angegriffen und belagert wurde, haben sich schon eingebrannt. Oder, ein knappes Jahr später, die Bilder aus Rostock Lichtenhagen. Einerseits die Gejagten, die sich irgendwann in Todesangst verbarikiert hatten, andererseits die Jäger und vor allem diejenigen, die daneben standen, zugesehen, oder sogar applaudiert haben. Das waren wirklich schockierende Bilder, es war aber eben auch die Spitze eines Eisberges. Solche oder ähnliche Dinge passierten und passieren nach wie vor häufig, aber nur besonders spektakuläre Fälle finden in der Öffentlichkeit Gehör.

Frage 2: Wie erklären Sie sich die damalige Situation?

Das ist, glaube ich, sehr vielschichtig, es gibt sicherlich verschiedene Ursachen. Erstmal war es wirklich sehr lange so, dass Rechtsradikalismus in Deutschland bagatellisiert wurde. Solche Vorfälle wurden oft als „ganz normale Schlägereien zwischen Jugendlichen“ abgetan, auch die Polizei und die Justiz waren oft auf dem sprichwörtlichen „rechten Auge blind“. Politische Fehler sind auch gemacht worden, als, gerade im Osten, an den falschen Stellen gespart wurde. Anfang der 90er Jahre sind extrem viele Jugendclubs geschlossen worden. Mit dem Ergebnis, dass viele Jugendliche, die sowieso schon mit Zukunftsängsten zu kämpfen hatten, weil die Aussicht auf eine Lehrstelle, geschweige denn, einen Job immer schwieriger wurde, allein gelassen worden sind. Kluge Menschen verweisen an dieser Stelle immer wieder darauf, wie wichtig es ist, dass wir uns um die Kinder, die Jugend kümmern

müssen, dass eine ausgewogene Bildung für jeden die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft ist. Für mich ist gerade deswegen besonders befremdlich, dass aus den damaligen Fehlern scheinbar wenig gelernt wurde – auch dieses Jahr hat es in Sachsen wieder erhebliche Kürzungen im Jugend- und Bildungsbereich gegeben.

Frage 3: Was hat sich seit dieser Zeit bis heute verbessert?

Zunächst müssen wir feststellen, dass seit dem Fall der Mauer in Deutschland mehr als 130 Menschen durch rechtsradikale oder rassistisch motivierte Gewalt zu Tode gekommen sind. Erst kürzlich wurde in Leipzig wieder ein Iraker von einem Nazi erstochen, in dieser, meiner Stadt der sechste Tote seit der Wiedervereinigung. Ich will damit erstmal nur sagen, dass Entwarnung definitiv das falsche Signal wäre.

Ich bin ein positiv denkender Mensch, und ich wehre mich natürlich dagegen, auch nur zu denken, dass das Kind in den Brunnen gefallen ist. Es gibt so viele Leute, die es sich nicht gefallen lassen, die sich offensiv (und sehr bewusst öffentlich) diesen Dingen entgegenstellen. Ich habe zum Beispiel einen guten Draht zur „Aktion Zivilcourage Pirna“ – die haben es wirklich geschafft, ihre Stadt vom Stigma „braun“ oder „Nazistadt“ zu befreien, indem sie das Thema mit einem breiten Bündnis aus Parteien, Kirchen und Bürgern auf die Tagesordnung brachten. Es gibt Stiftungen, wie die Amadeu-Antonio-Stiftung (benannt nach dem gleichnamigen Angolaner, der am 6. Dezember 1990 in Eberswalde Opfer eines tödlichen Naziüberfalls wurde) und es gibt Bundes- und Landesprogramme, die solche Institutionen unterstützen. Es gibt jede Menge Schulen, die sich um den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beworben haben und diesen Titel auch praktizieren. Es gibt zahlreiche Bürgervereine, die sich engagieren, die sich eben nicht darauf verlassen, dass Vater Staat es schon richtet.

Unterm Strich glaube ich sowieso, dass jeder Einzelne dafür sorgen kann, dass sich etwas ändert. In Leipzig veranstalten wir seit mittlerweile zwölf Jahren das Musikfestival „Leipzig – Courage zeigen“. 1998 ins Leben gerufen, weil Nazis am Völkerschlachtdenkmal aufmarschieren wollten, was wir damit verhindert haben. Überhaupt sind die Leipziger diesbezüglich sehr fit, sehr wach. In Leipzig sind dank einer breiten bürgerlichen, parteiübergreifenden Gegenbewegung lange keine Nazis mehr marschiert. Ich hoffe, dass die Dresdner es am 13. Februar auch schaffen, sich vereint gegen den geplanten Naziaufmarsch zu stellen. Für viele bedeutet „Gegen Nazis“ gleichzeitig linksradikal, und überhaupt – links- und rechtsradikal in einem Atemzug zu nennen, beleidigt mich und viele andere, die sich friedlich, aber in der Sache eindeutig aufstellen. Auch die Politik sollte da mit gutem Beispiel vorangehen und endlich offen sagen, dass wir in Sachsen ein Problem mit Rechtsradikalismus haben.

Aber all das ist am Ende eben ein Kampf gegen Windmühlen, wenn wir es nicht schaffen, den fast schon im Mainstream angekommenen rassistischen oder antisemitischen Bestrebungen erfolgreich entgegen zu treten. Wenn nach wie vor

Seite 23 von 78

Personen mit verantwortungsvollen Posten, Politiker, Journalisten oder Bundesbanker öffentlich und medienwirksam missverständliche Thesen äußern, wenn solche Leute Öl ins Feuer gießen und damit gefährlich zündeln, dann müssen wir das offen kritisieren.

Für mich sind die zweifelhaften Thesen von Thilo Sarrazin regelrecht beleidigend, teilweise auch wirklich einfältig. Am meisten aber ärgert mich, dass er aus breiten Teilen der Bevölkerung so viel Zuspruch bekommt. Über Sarrazin könnte man aber auch sagen, er hat einen Standpunkt, schreibt ein Buch und verbreitet damit seine persönliche Meinung – ob ich das nun gut finde oder nicht, das ist meine Sache. Schlimmer, oder eben wirklich gefährlicher finde ich dann Leute wie Horst Seehofer, der auf genau dieser Stammtischwelle surft und, wie ich fürchte, genau weiß, was er da tut: Am rechten Rand um eine Klientel buhlen, die ihn wieder wählen soll. Das haben vor ihm schon Jürgen Rüttgers (Kinder statt Inder) oder Otto Schily („Das Boot ist voll“) praktiziert, und selbst Gerhard Schröder sagte irgendwann in den 90ern: „Kriminelle Ausländer raus“ – das sind Sprüche, die leider auf fruchtbaren Boden fallen, und keiner sollte sich deshalb darüber wundern, dass rassistische und fremdenfeindliche Übergriffe zunehmen.

Frage 4: Hinter Fremdenfeindlichkeit steckt häufig Angst vor dem Fremdartigen und Andersaussehenden. Wie kann man - aus Ihrer Erfahrung – Menschen diese Angst nehmen und sie zu mehr Offenheit und Menschlichkeit gegenüber unseren ausländischen Mitmenschen ermutigen?

Das sächsische Bildungs- oder Schulsystem könnte sicher eine zeitgemäße Erneuerung vertragen. Wenn Ali und Max oder Aischa und Paulina in einer Klasse zusammen lernen, wird ihnen automatisch die Angst vor einander genommen. Natürlich gibt es das schon, aber gerade in Sachsen haben wir einen Ausländeranteil von nicht mal 3 Prozent, und trotzdem (oder besser - gerade deswegen) liegen wir bei Statistiken, was rassistische oder rechtsradikale Übergriffe betrifft, unrühmlich weit vorn.

Es geht auch um Vorbildwirkung von Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen. Ich freue mich über Christian Wulff, den Bundespräsidenten, der die Probleme klar anspricht und gleichzeitig so wertet, dass er das Verbindende sucht und nicht das Trennende. Ein Satz wie: „Der Islam gehört zu Deutschland“ ist deshalb ein richtiges Zeichen.

Ich denke auch, dass das Auftreten und die Wahrnehmung von Mesut Özil, „unserem deutschen Türken“ bei der WM mehr bewegt hat, als viele pädagogisch wertvolle Bemühungen von Lehrern. Es geht um Normalität und nicht um Spielen mit Ängsten. Ich habe mich selbst dabei beobachtet, dass ich, als ich nach den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 das erste Mal wieder geflogen bin, anders aussehende Mitreisende mit anderen, vielleicht sogar ängstlichen Gefühlen beobachtet habe, und ich war darüber selbst erschrocken.

Natürlich spielen auch die Medien eine große Rolle. Eigentlich bin ich kein Freund von allgemeiner Medienschelte, aber man stelle sich vor, dass an Stelle der vielen reißerischen, boulevardesken Berichte über kriminelle Ausländer (die es



zweifelsohne gibt, und gegen die man genauso vorgehen muss, wie gegen deutsche Kriminelle), positive Berichte über gelungene Integration transportiert würden. Es geht um einen normalen, respektvollen und trotzdem kritischen Umgang miteinander, es geht nicht darum, den Leuten zu sagen: „Nun kümmert euch doch mal ein bisschen um die armen Ausländer, reicht ihnen die Hände, seid tolerant und habt keine Angst“. Das wäre auch wieder beleidigend und blauäugig – der moralische Zeigefinger geht meistens nach hinten los. Eine aufgeklärte, fortschrittliche, moderne Haltung muss sich langsam entwickeln und passiert dann ganz automatisch. Ich bin fest davon überzeugt, dass es in 50 oder 100 Jahren keine Rolle mehr spielt, woher jemand kommt oder wie er aussieht.

Frage 5: Was bedeutet für Sie ein weltoffenes Sachsen?

Zum Beispiel, dass dieses Interview jetzt ohne Zensur auf der Internetseite des Freistaates steht. Auch wenn das jetzt phrasenhaft klingen mag, alle Menschen sind gleich, alle Menschen haben die gleichen Chancen verdient, und alle Menschen sollten einander erstmal mit aufgeschlossener Neugier begegnen. Wenn wir es schaffen, diese Grundhaltung in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren, dann haben rassistische „Ausländer raus“ – Sprüche keine Chance mehr, ernst genommen zu werden. Ein weltoffenes Sachsen bedeutet für mich deshalb vor allem, dass die Regierenden mit diesen Fragen offen und inhaltlich klar positioniert umgehen, dass sie sich öffentlich auf die richtige Seite stellen und nicht auf den rechten Rand schielen. Damit würden sie der großen Mehrzahl der Bevölkerung Mut machen und den anderen, den Nazis und Rassisten klar die rote Karte zeigen.

### ***1.2. Wolfgang Donsbach & Martin Degen: „Dresden – weltoffene Metropole oder fremdenfeindliche Problemstadt?“***

Seit dem Mordanschlag auf Marwa El Sherbini im Juli 2009 im Landgericht Dresden erhält die Diskussion um Fremdenfeindlichkeit in Dresden viel Aufmerksamkeit. War der Anschlag nur ein Einzelfall oder zeigt sich darin ein fremdenfeindliches Bild in den Köpfen der Dresdner? Diesen Fragen sind wir am Institut für Kommunikationswissenschaft mit mehreren repräsentativen Befragungen auf den Grund gegangen.

Zu Beginn stellt sich die Frage, wie viele Menschen in Dresden denn eigentlich „fremd“, also Ausländer sind. Es sind sehr wenige, nämlich nur 3,9 Prozent der Bevölkerung. In ganz Sachsen sind es sogar noch weniger, nur 2 Prozent. Das ist ein Bruchteil des Ausländeranteils in anderen Großstädten wie Berlin oder Frankfurt am Main. Fragt man aber die Dresdner Bevölkerung, (Fußnote: „Wenn Sie einmal schätzen müssten: Was glauben Sie, wie groß der Ausländeranteil in der Dresdner Bevölkerung ist? Bitte geben Sie eine Prozentzahl an.“ IfK-Barometer, Dez. 2009, n=506] wie hoch sie den Ausländer-Anteil in Dresden einschätzt, so sind es 11,4 Prozent, das sind fast 3x mehr als in der Realität. Offensichtlich wird dieser Anteil also dort besonders hoch eingeschätzt, wo es wenige Ausländer gibt – und sie daher besonders auffallen. Umgekehrt ist das ein eindeutiges Plädoyer für mehr Ausländer

hier in Dresden. Der türkische Nachbar, der russische Kollege oder der nigerianische Arzt müssen zur Selbstverständlichkeit in Dresden werden.

Wie viele sind eigentlich „fremd“?

Deutschland: Deutsche 91,8 % Ausländer 8,2 %

Sachsen: Deutsche 98,0 % Ausländer 2,0 %

Dresden: Deutsche 96,1 % Ausländer 3,9 %

TU Dresden: Deutsche 90,1 % Ausländer 9,9 %

Dazu passt auch das Ergebnis einer weiteren Frage, bei der die Dresdner angeben sollten, ob sie eher in einer homogenen Gesellschaft, in der alle den gleichen kulturellen Hintergrund haben oder eher in einer multikulturellen Gesellschaft leben wollen.

[Fußnote: „Wenn Sie die Wahl hätten: In was für einer Gesellschaft würden Sie lieber leben?“ Antwortmöglichkeiten: „In einer Gesellschaft, in der Menschen aus vielen verschiedenen Kulturkreisen leben?“; In einer Gesellschaft, in der Menschen der gleichen kulturellen Herkunft leben, die sich sehr ähnlich sind?“ IfK-Barometer, Dez. 2009, n=426]

Stadt geteilt hinsichtlich Multikulti oder Homogenität

Frage: „Wenn Sie die Wahl hätten: In was für einer Gesellschaft würden sie lieber leben?“

Fragewortlaut deutsche Studierende leicht abgewandelt: „Wenn du die Wahl hättest: In was für einer Gesellschaft würdest du lieber leben?“

Antwortmöglichkeit: „In einer Gesellschaft, in der Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen leben?“

Antwortmöglichkeit: „In einer Gesellschaft, in der Menschen der gleichen kulturellen Herkunft leben, die sich sehr ähnlich sind?“

IfK-Barometer (n=426)

56 % Multikulturalisten

44 % Ethnozentristen

deutsche Studierende (n=4665)

68 % Multikulturalisten

32 % Ethnozentristen

Fast die Hälfte Prozent der Dresdner (44 Prozent)– bevorzugt hier „eine Gesellschaft, in der Menschen der gleichen kulturellen Herkunft leben, die sich sehr ähnlich sind“ Andererseits gibt es eine leichte Mehrheit für eine eher multikulturelle Stadt, „in der Menschen aus vielen verschiedenen Kulturkreisen leben“. Ob das berühmte Glas

damit eher halb voll oder halb leer ist, ist eine Frage der Erwartung. Auf jeden Fall gibt es in der Stadt noch Potenzial für mehr Aufgeschlossenheit gegenüber fremden Kulturen.

Wie kommt es dazu, dass Ausländer oder andere „Fremde“ in der Stadt nicht gerade mit offenen Armen empfangen werden? Ist es Angst oder Unwissenheit? Immerhin 17 Prozent der Dresdner haben Angst, nachts Ausländern auf der Straße zu begegnen und 18 Prozent fühlen sich in Gegenwart verschleierter Frauen unwohl. [Fußnote: „Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, überwiegend zustimmen, teils/teils, sie überwiegend ablehnen oder sie völlig ablehnen. Wie ist das mit der Aussage...“: „Ich habe Angst, wenn ich nachts Ausländern in der Stadt begegne.“; „In Gegenwart verschleierter Frauen fühle ich mich unwohl.“; „Wenn ich einer Gruppe von Fußballfans auf der Straße begegne, fühle ich mich unsicher.“; Antworten jeweils „stimme voll und ganz / überwiegend zu“. IfK-Barometer, Dez. 2009, n=501]

Sind das aber Hinweise auf ausländerfeindliche Einstellungen? Erstaunlich ist hierbei, dass die Dresdner sogar mehr Angst vor Fußballfans haben. Hier sind es immerhin 28 Prozent, die sich unsicher fühlen, wenn sie solchen Gruppen auf der Straße begegnen. Würden die Dresdner also lieber in einer Gesellschaft leben, in der Fußball nicht zum kulturellen Gemeingut gehört? Vermutlich nicht.

Die Sicht der Dresdner: Skepsis gegenüber Ausländern – aber mehr Angst vor Fußballfans

Frage: „Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, überwiegend zustimmen, teils/teils, sie überwiegend ablehnen oder sie völlig ablehnen. Wie ist das mit der Aussage...“

„Ich habe Angst, wenn ich nachts Ausländern in der Stadt begegne.“ (N=483)

stimme voll und ganz zu 11 %

stimme überwiegend zu 6 %

teil/teils 23 %

lehne überwiegend ab 17 %

lehen völlig ab 43 %

„Wenn ich Gruppen von Ausländern begegne, fühle ich mich bedrängte.“ (N=492)

stimme voll und ganz zu 4 %

stimme überwiegend zu 5 %

teil/teils 19 %

lehne überwiegend ab 20 %

lehen völlig ab 52 %

„In Gegenwart verschleierter Frauen fühle ich mich unwohl.“ (N=484)

stimme voll und ganz zu 8 %

stimme überwiegend zu 8 %

teil/teils 11 %  
lehne überwiegend ab 16 %  
lehen völlig ab 52 %

Zum Vergleich:

„Ich habe Angst, wenn ich angetrunkene Jugendliche an einer Bushaltestelle antreffe.“ (N=497)  
stimme voll und ganz zu 30 %  
stimme überwiegend zu 25 %  
teil/teils 21 %  
lehne überwiegend ab 12 %  
lehen völlig ab 13 %

„Wenn ich einer Gruppe von Fußballfans auf der Straße begegne, fühle ich mich unsicher.“ (N=496)  
stimme voll und ganz zu 28 %  
stimme überwiegend zu 21 %  
teil/teils 27 %  
lehne überwiegend ab 11 %  
lehen völlig ab 14 %

Basis: IfK-Barometer Dez 2009 (N=501)

Offensichtlich muss es also noch andere Urteile bzw. Vorurteile geben, die solche Einstellungen beeinflussen. Immerhin 11 Prozent der Dresdner sind der Meinung, Ausländer kämen nach Deutschland, um unseren Sozialstaat auszunutzen. [Fußnote: Gleiche Frageformulierung wie zuvor. Antwortmöglichkeiten: „Ausländer kommen hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“; „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in Ihre Heimat zurückschicken.“ IfK-Barometer, März 2009, n=494]

Noch einmal deutlich mehr, nämlich 15 Prozent – also jeder Siebte – würde Ausländer bei Knappheit von Arbeitsplätzen abschieben wollen. Fremdenfeindlichkeit beruht vielfach auf Vorurteilen, Unwissenheit, fehlender Erfahrung und – wie wir am Beispiel der Arbeitsplätze gesehen haben – vielfach auf Existenzängsten. Zumindest der letzte Punkt lässt sich vermutlich nicht durch mehr Ausländer aus den Köpfen der Menschen verbannen. Alle anderen Gründe für Fremdenfeindlichkeit lassen sich jedoch – wie schon zu Beginn erwähnt – am besten durch eine insgesamt kulturell buntere Stadt beseitigen und dazu gehören auch mehr Ausländer – und zwar aus allen gesellschaftlichen Schichten. Nur dort, wo es einen nennenswerten Anteil an Ausländern gibt, ist Integration überhaupt möglich. Und nur, wo die Möglichkeiten der Integration bestehen, können Vorurteile abgebaut, Erfahrungen gesammelt und dann gemeinsames, friedliches Miteinander - nicht Nebeneinander – realisiert werden.

## **2. Mitmenschlichkeit als Zeichen für Weltoffenheit**

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So beginnt unser Grundgesetz. Der Satz ist uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Doch wenden wir ihn auch auf die Menschen an, die auf fragwürdige Weise zu uns nach Deutschland kommen, weil es legitime Wege für sie nicht gibt? Gilt es für die, die dann hier ihr Asyl beantragen und bei uns leben, bis wir über ihr Anliegen entschieden haben? Gilt es auch für die, die bei uns nach einer rechtskräftigen Ablehnung ihres Antrages aus Angst und Sorgen an ihrer Aufenthaltsbeendigung nicht mitarbeiten und deshalb als Geduldete auf Abruf bei uns leben dürfen?

Wir denken, die Antwort lautet: ja; denn unser Grundgesetz meint alle Menschen und lässt keine Unterscheidungen zu.

Wir in Sachsen haben – gerade auch in der jüngsten Vergangenheit – Zeichen für mehr Mitmenschlichkeit gesetzt. Es sind Entscheidungen der öffentlichen Stellen, sowie auch die Aktivitäten der vielen haupt- und ehrenamtlich Tätigen, die hier unseren Weg zu mehr Weltoffenheit in Sachsen belegen.

Was der Bericht nicht abbildet und nicht abbilden kann, sind die vielen Anfragen von Menschen, die sich mit ihren Fragen, Sorgen und Bitten täglich an uns wenden. Wir versuchen, den Anfragenden nach unseren Mitteln und Möglichkeiten wo angemessen zu unterstützen. Wir intervenieren auch bei Behörden und Ministerien, wenn wir dort Möglichkeiten der Abhilfe wahrnehmen.

Dieser Abschnitt spricht verschiedene Themenfelder an, die für unser Selbstverständnis und unseren Wertekanon wichtig sind; denn Werte beweisen sich nicht im Reden oder Offensichtlichem sondern im Handeln, auch im Unbequemen.

### ***2.1. Die Sächsische Härtefallkommission***

Der Ausländerbeauftragte ist zugleich Vorsitzender der Sächsischen Härtefallkommission. [Fußnote Die Mitglieder sind im Anhang aufgeführt. Siehe Seite...]. Dieses Gremium wurde 2005 auf Grundlage des Zuwanderungsgesetzes gebildet und ist eine wichtige Ergänzung zum Ausländerrecht; denn es berücksichtigt individuelle Notlagen, die vom Gesetz nicht unmittelbar erfasst sind. Hier gilt das Prinzip: zuerst die Menschlichkeit, dann die Regeln.

Die Sächsische Härtefallkommission behandelt Fälle, die ein Mitglied des Gremiums einbringt. Ausländer, die ihren Fall vor die Härtefallkommission bringen wollen, wenden sich zunächst an eines der Kommissionsmitglieder und versuchen, es für ihren Fall zu gewinnen und ihn in die Härtefallkommission einzubringen. Dabei können sie sich von Vertrauenspersonen begleiten lassen.

Als unmittelbarer Vorteil gilt, dass mit der Antragstellung ein Abschiebestopp für die Dauer des Verfahrens verbunden ist.

Die Kommissionsmitglieder beurteilen gemeinsam, ob humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen, die eine Ausreise aus Deutschland zu einer besonderen Härte machen würden und eine Aufenthaltserlaubnis erwirkt werden kann.

### **Die Integrationsprognose spielt eine große Rolle**

Dabei achtet die Kommission vor allem darauf, wie gut sich die Familien oder Einzelpersonen in unsere Gesellschaft integriert haben. Natürlich spielen auch andere menschliche Härtefälle eine Rolle.

Stellt die Härtefallkommission mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder derartige Gründe fest, ersucht der Vorsitzende der Härtefallkommission den Sächsischen Staatsminister des Innern eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Es ist dann der Innenminister, der sich entscheidet, ob er sich der Empfehlung der Härtefallkommission anschließen möchte oder nicht.

Seit Bestehen der Sächsischen Härtefallkommission konnten insgesamt 212 Personen (Stand: 19. November 2010) auf dieser Grundlage einen Aufenthaltstitel erhalten.

Die Fälle vor der Härtefallkommission betreffen häufig Menschen, die sich im Durchschnitt seit zehn Jahren hier aufhalten und lediglich geduldet sind.

Beispiele für akzeptierte Härtefälle sind Familien mit Kindern, die in Deutschland aufgewachsen sind oder hier ihre Schulzeit verbracht haben. Wenn diese sich in der Schule ausgezeichnet haben und sich an Sport und Kultur aktiv und dauernd beteiligt haben, liegen einige Argumente vor, für einen Härtefall zu plädieren.

Was auch noch dazugehört ist, die Fähigkeit der Familie bzw. der einzelnen Person, für den eigenen Unterhalt zu sorgen. Die genehmigten Härtefälle sollten in unserer Gesellschaft zu engagierten Mitgliedern und nicht zur finanziellen Last werden.

### **Erneuerungen in der Sächsischen Härtefallkommissionsverordnung**

Die Sächsische Härtefallkommission arbeitet seit dem 1. August 2010 auf einer neuen Rechtsgrundlage [Fußnote Sächsische Härtefallkommissionsverordnung SächsHFKVO vom 6. Juli 2010 ] und ist seitdem auf Dauer angelegt.

In der neuen Verordnung wurde dem Integrationsgedanken ein noch größeres Gewicht als bisher verliehen. Seit diesem Jahr wird eine positive Integrationsprognose als Bedingung für die Zuerkennung eines Härtefalls explizit benannt, wie oben schon formuliert.

### **Andere Veränderungen der neuen Verordnung:**

Erleichternd ist, dass im Hinblick auf die Erfüllung von Mitwirkungspflichten und die Sicherung des Lebensunterhalts nach vorne geschaut wird. Mit anderen Worten, Bedingung für die Zuerkennung eines Härtefalls ist, dass die Ausländer erst mit der Zuerkennung ihre volle Identität lückenlos aufdecken müssen.

Lagen vor dem Antrag die Papiere noch nicht vollständig vor, so muss sich der Ausländer nach Zuerkennung zügigst/unmittelbar um einen gültigen Pass bemühen. Gelingt das nicht, wird die Zuerkennung nicht erteilt.

Bei der Sicherung des Lebensunterhaltes muss klar gemacht werden, wie sie mit der Zuerkennung erreicht wird. Wer vorher seinen Lebensunterhalt nicht sichern konnte, ist nicht mehr ausgeschlossen.

Mit der Zuerkennung erhalten die Betroffenen natürlich die vollständige Arbeitserlaubnis und haben damit Zugang zum Arbeitsmarkt. Antragsteller können

mit dem Antrag ihre Arbeitsangebote mit einreichen und so darstellen, welche Erwerbsmöglichkeiten sich ihnen bieten (§ 4 Abs. 6 Satz 2 bzw. § 3 Abs. 2 Nr. 3).

Die neuen Regeln verweigern aber die Zuerkennung bei der Begehung bestimmter Straftaten ohne Rücksicht auf die § 3 Abs. 1 Nr. 5). Die spezifische Verjährungsfrist beim Vorliegen von Straftaten wurde von drei auf fünf Jahre verlängert (§ 3 Abs. 2 Nr. 1).

Die Härtefallkommission ist nicht daran interessiert, Straftätern mit schweren Vergehen die Tür zum Daueraufenthalt in Deutschland zu öffnen. Dazu wurde jetzt ein Straftatenkatalog aufgestellt, der zu absoluten Ausschlussgründen und damit zur Abschiebung führt.

Erwähnenswert ist auch, dass die Abschiebestoppwirkung einer Anrufung der Härtefallkommission nunmehr in die Verordnung aufgenommen ist (§ 4 Abs. 5). Die Mitglieder der Kommission achten darauf, dass der Abschiebestopp nicht missbraucht wird.

		Davon Betroffene Personen
Härtefallersuchen insgesamt	81	255
Aufenthaltserlaubnis § 23a AufenthG	66	212
kein Härtefall festgestellt	21	53
Antragsrücknahme	15	30
anderweitige Lösung	7	13

## ***2.2. Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften: Unsere Werte und der „Heim-TÜV“***

Wir haben im Jahr 2010 alle 30 sächsischen Gemeinschaftsunterkünfte (GU) besucht, um uns ein genaues Bild von der Unterbringung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldeten in Sachsen zu machen. Bei den Besuchen wurden wir regelmäßig von Vertretern des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und Sport und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern begleitet.

Wie angemessen und sicher ist die Unterbringung der Asylbewerber und Geduldeten in Sachsen? Entspricht die Unterbringung den allgemeinen Prinzipien der Mitmenschlichkeit und Humanität? In wieweit sollten die Zustände in den Gemeinschaftsunterkünften verbessert werden?

### **Der Ausländerbeauftragte als „Revisor“**

Die Rolle des Ausländerbeauftragten kommt der einer Innenrevision zu. Sie überprüft, in wieweit sich die Unterbringung der Asylbewerber und Geduldeten an den Wertestandards messen lassen kann. Wird die Würde geachtet? Sind die Bewohnerinnen und Bewohner angemessen geschützt? Wie sind die Bedingungen für Kinder? Wo die Behandlung inadäquat ist, erhält der Landkreis die Gelegenheit, das Bemängelte zu korrigieren. Danach erfolgt ein zweiter Besuch, um die Heime noch einmal zu beurteilen. Der Landtag und die Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, über den Zustand der Heime informiert zu werden. Das erfolgt bei verbesserungswürdigen Heimen nach dem zweiten Besuch.

Die Verantwortung für die Heime liegt bei den zuständigen Landkreisen und Kreisfreien Städten. Deshalb waren sie bei den Besuchen vor Ort immer dabei. Nach einer ausführlichen Auswertung wurden die Ergebnisse der Besuche mit den betreffenden Landräten und Oberbürgermeistern besprochen. In diesem Zusammenhang wurden auch konkrete Anregungen für Verbesserungen gemacht. Auch Beispiele für vorbildliche Unterbringung in Sachsen wurden ausgetauscht. Jeder Landkreis sowie jede Kreisfreie Stadt wird den Einschätzungen nachgehen und kann Verbesserungen vornehmen.

Die Gemeinschaftsunterkünfte der Landkreise und der Kreisfreien Städte wurden anhand der folgenden zehn Kategorien beurteilt:

1. Grad der dezentralen Unterbringung von Familien und Hilfsbedürftigen im Landkreis und in der Kreisfreien Stadt
2. Innere Sicherheit im Heim
3. Betreuung im Heim
4. Berücksichtigung der Belange von Frauen und Familien
5. Unterstützung der Integration von Kinder
6. Bildungsangebote für Bewohner (z. B. Sprachkurse in Deutsch)
7. Mitwirkungsmöglichkeiten der Bewohner an der Heimverwaltung
8. Lage und Infrastruktur des Heimes
9. Zustand des Heimes und des Umfeldes
10. Angebote zur Einbindung der Bewohner in das gesellschaftliche Umfeld von Seiten des Heimes und des Landkreises bzw. der Kreisfreien Stadt

Die ersten fünf Kategorien sind stärker gewichtet als die letzten fünf.

Für die Bewertung der Heime wird ein Ampelsystem angewandt: Grün signalisiert hierbei einen vorbildlichen Zustand, gelb akzeptable, aber weiterhin zu beobachtende Verhältnisse. Rot signalisiert unakzeptable Bedingungen, die mit unserem Werteverständnis schwer vereinbar sind.

### **Beispiele für GRÜNE Heime, die unserem Werteverständnis entsprechen:**

#### **Chemnitz – Selbstverwaltung und Sozialarbeit**

Eine der Chemnitzer Gemeinschaftsunterkünfte ist in einem soliden Plattenbau mit individuellen Wohnungen in der Stadt untergebracht. Die Infrastruktur im Umfeld ist gut. Die Belegung der einzelnen Wohnungen wird sorgfältig und anhand des Einzelfalls geplant. Einen besonderen Schwerpunkt setzt die Stadt Chemnitz auf die



Schulung der Sozialarbeiter, die Asylbewerber und Geduldete betreuen. Ihre Beratung ist klar und umfassend und baut Vertrauen und Verständnis auf. Die vorausschauende Sozialarbeit in der Unterkunft ermöglicht ein frühzeitiges Intervenieren beim Entstehen von Problemen oder Konflikten. So wird verhindert, dass sie zu großen Problemen werden. Eine Hausaufgabenbetreuung für die Schulkinder ist ebenso selbstverständlich wie die Vermittlung der Bewohnerinnen und Bewohner zu den Vereinen und Initiativen der Stadt.

Eine andere Gemeinschaftsunterkunft wird seit fünf Jahren als Wohnprojekt geführt. In diesem Gebäude gibt es zahlreiche kleine und einige größere Wohnungen. Einzigartig und vorbildhaft ist hier der gewählte Heimbeirat.

Es gibt keine externe Heimleitung, sondern der Heimbeirat fungiert als Selbstverwaltungsgremium. Mehrere gewählte Heimbewohnerinnen und Heimbewohner arbeiten zusammen im Beirat, dessen Aufgabe es ist, die Sauberkeit und Sicherheit hausintern zu organisieren und das Zusammenleben zu gestalten.

Auch der täglich anwesende Sozialarbeiter ist Mitglied des Heimbeirates. Durch diese Möglichkeit des Heimbeirates können die Bewohner selber Verantwortung für ihr Zuhause übernehmen und sich aktiv für ihr Umfeld einsetzen. Das wirkt sich in der Unterkunft unmittelbar positiv aus: es herrscht ein gutes Klima, das Gebäude ist sehr sauber und gepflegt. Mehrere Bewohnerinnen und Bewohner engagieren sich außerdem ehrenamtlich in Chemnitzer Vereinen.

In beiden Chemnitzer Unterkünften ist die gute Zusammenarbeit zwischen dem Chemnitzer Sozialamt, der Ausländerbeauftragten und den ansässigen Vereinen und Initiativen spürbar. Die grundsätzliche Herangehensweise, die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner in die Gestaltung und Verwaltung des Heimlebens mit einzubeziehen ist vorbildlich, weil sie die Bewohner in die Lage versetzt, lösungsorientiert zu handeln, sich einzubringen und ein selbstverantwortetes Leben zu führen, auch wenn ihre Rechtsstellung noch unsicher ist. Gutes Verhalten ist kostensparend! Das Heim trägt sich finanziell selbst.

### **Dresden – Zentral dezentral für Familien**

Das Dresdner Beispiel betrifft eine Dresdner Unterkunft mit zwölf Wohnungen. Hier leben ausschließlich Paare und Familien. Durch die Größe der Unterkunft und die abgeschlossenen Wohnungen ist die Art der Unterbringung ähnlich der in einer dezentralen Privatwohnung.

Die Unterkunft profitiert sehr vom Engagement der Heimleiterin. Sie begreift ihre Rolle als Brückenbauerin zwischen den unterschiedlichen Lebensweisen und Kulturen, die in einer Gemeinschaftsunterkunft aufeinander treffen. Dabei geht es ihr auch darum, den Bewohnerinnen und Bewohnern grundlegende Werte unserer Gesellschaft nahe zu bringen und sie zu ermutigen, sie im Alltag zu berücksichtigen. Dazu zählen zum Beispiel der verantwortungsbewusste Umgang mit Wasser, Strom und Heizung und der pflegliche Umgang mit der Ausstattung.

Außerdem vermittelt sie den Bewohnern Angebote, mit denen sie die Stadt näher kennen lernen können. Sie sieht sich auch als Brückenbauerin zwischen Eltern und Schule, denn sie unterstützt nicht nur die Kinder bei den Hausaufgaben, sondern auch die Eltern bei der Begleitung ihrer Kinder.

Die aufgeschlossene und kulturell sensible Haltung der Heimleiterin gegenüber den Bewohnern der Unterkunft ist das Fundament des guten Klimas in dieser Gemeinschaftsunterkunft, welches durch die Struktur der Unterkunft mit den abgeschlossenen Wohneinheiten unterstützt wird.

### **Leipzig – Vertrauen und Vernetzung**

Die Gemeinschaftsunterkunft, ein Gebäude mit abgetrennten Wohnungen, befindet sich am Rande eines Plattenbaugebietes. Aufgrund des städtischen Umfeldes ist die Infrastruktur der Umgebung besonders gut. Abgetrennte Wohneinheiten gewährleisten einen Intimbereich und Rückzugsmöglichkeiten trotz zentraler Unterbringung.

Heimleiter und Heimleiterinnen von Gemeinschaftsunterkünften haben zumeist mit einer Vielzahl von Herausforderungen kultureller, sozialer, aber auch psychischer Art zu tun:

Engagement und Kompetenz des Leipziger Heimpersonals zeigen sich in der guten Atmosphäre in der Unterkunft. Es herrscht eine offene und konstruktive Kommunikation zwischen dem Personal und den Bewohnern, aber auch zwischen den Bewohnern.

Die Heimleitung betreibt gute Vernetzung zu Leipziger Vereinen, Initiativen und zur Leipziger Universität. Ziel ist es, die Bewohnerinnen und Bewohner in ihrem Alltag zu unterstützen. Dritte werden im Ehrenamt oder auf der Basis von Ein-Euro-Jobs mit einbezogen. Es gibt Angebote für die Kinder, sportliche und kulturelle Möglichkeiten für alle Bewohner, Sprachkurse, ein Frauen-Café und Hausaufgabenhilfe.

Die Beratung im Heim verfolgt den Ansatz, den Ratsuchenden Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Über die Vermittlung zu den Vereinen können die Bewohnerinnen und Bewohner Kontakt und Anschluss in der Zivilgesellschaft außerhalb des Heimes finden und ihre Fertigkeiten und Talente einbringen und entwickeln. Eine Gruppe von Bewohnern wurde bei der Gründung eines Vereines unterstützt. Ehemalige Bewohner kommen bei Problemen oder Fragen immer wieder zurück und holen sich Rat und Hilfe. Die unterschiedlichen Ansätze sowie die Vielfalt und Komplexität der Betreuungsansätze sind besonders vorbildlich und zeigen vor Ort äußerst positive Ergebnisse.

### **Vogtlandkreis, Plauen – Behörden Hand in Hand**

Die Unterkunft befindet sich in einem Gebäudekomplex von vier Gebäuden, eines davon ausschließlich für Frauen, welches ursprünglich als Lazarett für eine Kaserne gebaut wurde. Die Lage ist zentral und die umgebende Infrastruktur ermöglicht es den hier lebenden Familien, ihre Kinder sicher in Kindertagesstätten und Schulen zu begleiten.

Besonders hervorzuheben ist die ermutigende Zusammenarbeit zwischen der Ausländerbehörde, den Sozialbehörden und den zuständigen kommunalen Ausländerbeauftragten in diesem Landkreis, die schon seit der Wende für Mitmenschlichkeit sorgen.

Hier werden Anliegen gemeinsam geprüft und Lösungswege gemeinsam gesucht. Diese Art der Zusammenarbeit schafft Vertrauen und Verständnis für die

behördlichen Belange untereinander. Außerdem erhöht sie die Akzeptanz von Behördenentscheidungen bei den Betroffenen.

In Plauen wird darauf geachtet, die Bewohnerinnen und Bewohner über Projekte, Vereine oder Arbeitsteilnehmungen in das Heimleben einzubeziehen und ihnen sinnvolle Beschäftigungsangebote zu machen (z. B. Reinigungsarbeiten, Pflege der Außenanlage, Aufbau eines Spielplatzes, Angebot eines Sportraumes). Außerdem wird in der Unterkunft Sprachunterricht angeboten.

Trotz der Größe der Unterkunft können das konstruktive Miteinander der Behörden und die aktive Einbeziehung der Bewohner in das Heimleben so ein sehr gutes Klima in der GU ermöglichen.

### **Landkreis Zwickau, Werdau – Kommunikation mit und ohne Migrationshintergrund**

Die Unterkunft befindet sich in einem ehemaligen Verwaltungsgebäude einer Fabrik in städtischer Umgebung.

Eine engagierte Heimleiterin und ein kompetenter Sozialarbeiter - mit Migrationshintergrund - ergänzen und unterstützen sich bei der Betreuung und Begleitung der Bewohnerinnen und Bewohner.

Kommunikation steht dabei an erster Stelle – mit guten Argumenten und trotz aller Schwierigkeiten sprachlicher und emotionaler Art.

Es gelingt ihnen, die Bewohnerinnen und Bewohner dazu zu motivieren, Verantwortung für eine saubere und sichere Unterkunft mit zu tragen, indem sie einerseits auf ein Gleichgewicht bestehen, was die Erledigung von Aufgaben anbelangt und andererseits Vorteile aufzeigen, die mit gutem und kooperativem Miteinander erreicht werden können.

So bietet das Heimpersonal beispielsweise an, Wäsche zu waschen und erwartet dafür im Gegenzug, dass die Bewohner die Reinigung der Gemeinschaftsräume übernehmen. Dieses Ausbalancieren der Interessen setzt Ausdauer und kommunikatives Geschick voraus. Das Werdauer Beispiel zeugt vom Erfolg dieses Ansatzes.

### **Gute Beispiele zum Nachmachen**

Diese Beispiele zeigen, dass eine humanitäre und unseren eigenen Werten entsprechende Gemeinschaftsunterkunft mit finanziell vertretbarem Aufwand im Freistaat Sachsen betrieben werden kann.

Entscheidend sind nicht die zur Verfügung stehenden Mittel, entscheidend ist die menschliche und zugewandte Haltung gegenüber den Asylbewerbern und Geduldeten.

Außerdem zeugen diese Beispiele durchweg vom guten Willen und der Absicht der Landkreise und Kreisfreien Städte, aus den gegebenen und zum Teil eingeschränkten Umständen das Beste zu machen. Diese Haltung spiegelt sich auch darin, dass alle Landkreise und Kreisfreien Städte, denen diese Beispiele entstammen, zur Bargeldzahlung übergegangen sind und ihre Wege gefunden haben, Familien und Menschen in besonderen Lagen tatsächlich dezentral oder dezentral zentral unterzubringen.

Wir freuen uns auf einen weiteren regen Erfahrungsaustausch unter den Landkreisen und Kreisfreien Städten. Landkreise und Kreisfreie Städte sind gern bereit, ihre Erfahrungen weiterzugeben. Lassen wir diese Beispiele Schule machen: In ganz Sachsen!

### **2.3. Aufenthalt ohne Perspektive? Eine etwas andere Sicht**

Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist in Deutschland ein in Artikel 16a des Grundgesetzes verankertes Recht. Das Asylrecht zum Grundrecht zu machen, war nach 1945 die einzig richtige und die einzig mögliche Antwort auf den Nationalsozialismus – aus vielerlei Gründen.

Einer davon lautet: Hunderttausende Deutsche hätten das nationalsozialistische Deutschland nicht überlebt, wenn ihnen andere Staaten kein Asyl gegeben hätten.

Wir als Deutsche können gar nicht anders, als uns auch weiterhin zu einem Asylrecht zu bekennen, mit dem wir bedrängten Menschen aus aller Welt Schutz und die Hoffnung auf ein unversehrtes Leben geben.

Ebenso wird Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention und nach der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährt.

Nun kommen trotz der verschiedenen Barrieren gegen eine Einreise, viele Menschen zu uns, weil sie der politischen Verfolgung, den Kriegswirren oder der Perspektivlosigkeit im eigenen Land entkommen wollen.

1.264 von ihnen wurden 2009 dem Freistaat Sachsen zugeteilt. Gegenüber 1992 ist das ein Rückgang von über 90 Prozent. Damals wurden fast 20.000 Asylbewerber Sachsen zugewiesen.

In der Mehrzahl der Fälle beantragen Flüchtlinge in westdeutschen Großstädten Asyl und werden dann entsprechend des „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Lediglich fünf Prozent aller nach Deutschland kommenden Flüchtlinge gelangen so nach Sachsen.

#### **Entscheidungen dauern länger als vorgesehen**

Der Gesetzgeber hatte es ursprünglich so vorgesehen, dass die Asylbewerber nach ihrem Antrag innerhalb eines halben Jahres eine Entscheidung erhalten sollen.

Die Realität kann jedoch anders aussehen: Bei vielen Anträgen dauert es mehrere Jahre bis zur abschließenden Entscheidung – je nach Sachverhalt und je nach Art der vorzubringenden Dokumente. So kommt es immer wieder vor, dass sich dieser Prozess über vier und mehr Jahre hinzieht. Wenn am Ende dieses Prozesses der abschlägige Bescheid steht, werden die Asylbewerber aufgefordert, Deutschland zu verlassen. Tun sie es nicht, so droht ihnen die Abschiebung.

Die meisten von ihnen aber wollen Deutschland nicht verlassen, weil sie um ihr Leben oder ihre Existenzgrundlage im Heimatland fürchten.

Es gibt acht verschiedene Gründe, warum wir Abschiebungen nicht vollziehen und Geduldete in Deutschland verbleiben lassen:

1. wenn Bewerber ihre Identität nicht durch Dokumente belegen können, diese vernichtet haben oder sie verstecken;
2. wenn es keine Flugverbindungen zum Ursprungsland gibt;
3. wenn der Asylbewerber oder eines seiner Familienmitglieder an einer Krankheit leidet, die zu schwer ist, um adäquat im Ursprungsland therapiert zu werden;
4. wenn die Asylbewerber gesundheitlich zu schwach sind, um die Reise anzutreten;
5. wenn die Innenminister einvernehmlich wegen einer kritischen Situation im Herkunftsland keine Rückführungen durchführen (wie derzeit z. B. in den Irak)
6. wenn eine Anbindung an Deutschland bevorsteht, etwa durch Heirat oder Geburt eines deutschen Kindes;
7. wenn Länder die Rücknahme von Flüchtlingen verweigern. Iran beispielsweise nimmt nur Menschen zurück, die schriftlich bestätigen, dass sie freiwillig in den Iran zurückkehren möchten; das ist bei den wenigsten Asylbewerbern der Fall;
8. wenn ein Asylfolgeantrag gestellt wird, weil sich die Situation im Herkunftsland deutlich verschlechtert hat, in diesem Fall beginnt der Prozess von vorn.

Vor dem Hintergrund dieser Bundesgesetzgebung wird versucht, Geduldete durch verschiedene Vergrämungsmethoden zu einer freiwilligen Ausreise „zu ermutigen“. Dabei wird nicht nur auf alles verzichtet, was als Anreiz zur Integration missverstanden werden könnte, wie zum Beispiel Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache. Sondern es werden auch Strategien eingesetzt, die das Leben von Geduldeten möglichst unattraktiv machen sollen. Dazu gehören z. B. ortsferne Gemeinschaftsunterkünfte, Heime, in denen die Bewohner größtenteils sich selbst überlassen werden, Taschengeldkürzungen, die Verweigerung von Arbeits-, Reise- und Bildungserlaubnissen oder auch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Zweierlei Fragen sind erlaubt, Erstens: Sind diese Strategien mit unserem eigenen Werteverständnis zu vereinbaren?

Und zweitens: Halten die Strategien, was wir uns von ihnen versprechen? Reisen die Geduldeten tatsächlich aus?

Wenn wir ehrlich sind, lautet die Antwort für die meisten Fälle: Nein.

Die Asylbewerber und Geduldeten leben über Jahre in unseren Heimen. Dort sollen sie nach unserem Wunsch kein Deutsch lernen. Als Konsequenz dessen, sehen sie heimische Fernsehsendungen.

Viele von ihnen würden gerne arbeiten. Das aber verbieten wir den Geduldeten. Also bleiben ihnen vor allem gesellschaftsschädliche Wege offen. Da locken die Verdrängungsmittel Alkohol und Drogen, da bieten Schwarzmarktbetreiber und kriminelle Vereinigungen Beschäftigungsmöglichkeiten, wie man die drohende Langeweile verjagen und sich gleichzeitig mehr Geld verdienen kann, da winken fundamentalistische Religionen mit Sinngebung durch ein geordnetes Leben in Unterordnung unter die Disziplin starrer Regeln.

Dort, wo sich das Nichts-Tun-Dürfen nicht gesellschaftsschädigend entlädt, da kann es anfänglich zu Verzweiflung und dann geistiger „Verdampfung“ führen. Wo keine Bargeldversorgung gewählt wird, entwickeln sich zumindest Schwarzmärkte, um den

Bewohnern die gelegentliche Zigarette oder den gelegentlichen Alkohol zu ermöglichen.

Eine menschenwürdige Behandlung der Asylbewerber und Geduldeten sollten wir aufgrund unserer eigenen Werte fordern! Unsere Mitmenschlichkeit und unsere Weltoffenheit zeigen sich am Umgang mit den Schwächsten. Außerdem ist eine solche Behandlung nicht nur in ihrem, sondern auch in unserem eigenen Interesse.

Richtiges Handeln heute

vermeidet morgen:

Menschenwürdige Behandlung  
Gute schulische Chancen  
Finanzielle Eigenverantwortung  
Vermeidung von Heimgewalt  
Vermeidung von Illegalität

unsoziales Verhalten  
Arbeitslosigkeit  
Schwarzmarktmentalität  
Spirale der Kriminalität  
Fremdenfeindlichkeit

### **Was ist zu tun?**

Ein sehr langer Aufenthalt ohne einen Aufenthaltstatus schafft Bedingungen, die mit unseren eigenen Werten und unserer Mitmenschlichkeit in Konflikt stehen.

Alle Beteiligten sind sich darüber einig, dass die Wartezeiten bis zu einem Aufenthaltstitel bzw. zu einer effektiven Abschiebung verkürzt werden müssen. Es ist für Menschen kaum erträglich, sie über zehn und mehr Jahre über ihre Zukunft im Unklaren zu lassen. In meinen Gesprächen mit den Landräten und Oberbürgermeistern war das Thema Nummer eins.

Wir brauchen neues Denken über effektivere Abschiebung und den mitmenschlichen Umgang mit den dennoch bei uns Bleibenden. Hier ist der Dialog aller Beteiligten auch auf Bundesebene gefragt, um Abhilfe zu schaffen.

### ***2.4. Die Grenzen unserer Menschlichkeit?***

Ein jüdischer Junge, nennen wir ihn hier Daniel, überlebt wie durch ein Wunder den Holocaust in der Ukraine. Dort lebt er weiter, heiratet, hat aber keine Kinder, von Verwandtschaft ganz zu schweigen, die in Massenerschießungen durch Nazis umgekommen ist.

Im Jahre 1990 öffnet die Bundesregierung den überlebenden jüdischen Opfern des Naziregimes die Grenze. Sie dürfen nach Deutschland einwandern. Die Frist für Daniel und seine Frau gilt bis 2003. Einige seiner Freunde nehmen das Angebot der Bundesregierung an und leben heute in der Region Dresden. Auch Daniel und seine Frau möchten von diesem Angebot Gebrauch machen, doch sein lebensbedrohlicher Gesundheitszustand versagt ihm die Strapazen der Reise. Er leidet an einer chronischen und sehr schweren Lungenkrankheit, und sein Arzt rät ihm von der Reise ab.

Wider Erwarten lässt Daniels schwere Krankheit nach. Jetzt wäre er in der Lage, das Angebot anzunehmen. Doch die Frist ist abgelaufen und die Botschaft in Kiew

verweigert seine Einreise. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verweigert die Verlängerung der Einreisefrist, verweigert eine Aufnahme.

### **Mit langem Atem**

Seine Freunde in Dresden erkennen die menschliche Tragik: Allein aus Gesundheitsgründen konnte er damals das Angebot der Bundesregierung nicht annehmen. Die Reise hätte ihn das Leben kosten können, doch nun sind die bürokratischen Schranken geschlossen.

Also wenden sie sich an den Petitionsausschuss des Sächsischen Landtags mit der Bitte um Hilfe. Der leitet den Antrag zur Stellungnahme an uns weiter.

In Gesprächen mit der Dresdner Oberbürgermeisterin, Helma Orosz, in Erörterungen mit dem Sächsischen Staatsminister des Innern, Markus Ulbig, und in Diskussionen mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer, erklären sie sich alle bereit, die Einreise Daniels und seiner Frau in Dresden zu unterstützen.

Eine entsprechende Aufnahmezusage an die Botschaft in Kiew bringt aber leider eine Ablehnung.

Daraufhin wendet sich der Sächsische Ausländerbeauftragte an das Außenministerium. Dort wird ihm gesagt, dass die Empfehlungen und Zusagen der Oberbürgermeisterin, des Sächsischen Innenministers und der Bundesbeauftragten nichts zählen.

Die Frist sei abgelaufen und es gäbe keinen erkennbaren Anlass, hier Menschlichkeit walten zu lassen. Die einzige Ausnahme sei, wenn ein deutsches medizinisches Gutachten bezeugen würde, dass eine medizinische Versorgung hier wesentlich besser für das Weiterleben Daniels sei.

Der Leiter der Universitätsklinik in Dresden bescheinigt das aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Informationen sofort, doch das Außenministerium weist das Gutachten wieder zurück: Die Bescheinigung sei zu pauschal, es müssten mehr Details benannt werden.

Daraufhin wird ein Besuchsvisum vorgeschlagen, das es der Klinik erlauben würde, hier in Dresden die gewünschten Daten über Daniel zu diagnostizieren und dann dem Außenministerium vorzulegen. Dieses Visum könne nicht genehmigt werden, weil Daniel damit ja zu einer Einreise nach Deutschland käme, die man aber auf alle Fälle unterbinden wolle.

### **Szenen wie in Köpenick**

Also befinden wir uns damit mitten in der 2010er Version des Dramas „Der Hauptmann von Köpenick“: Um ein Einreisevisum zu erhalten, braucht er zunächst ein präzises medizinisches Gutachten aus Deutschland. Aber um das Gutachten zu bekommen, braucht er vorher ein Einreisevisum.

Mit dieser Abweisung rät das Außenministerium, sich an das Bundesinnenministerium zu wenden. Die hätten mehr Freiraum. Gesagt, getan.

Doch das Bundesinnenministerium sagt, es könne eine Einwanderung nur befürworten, wenn eine Verweigerung der Einreise zu außenpolitischen Problemen führen könnte. Die seien nicht erkennbar. Wir können uns doch zurück an das Außenministerium wenden, denn die hätten mehr Freiräume.

Um diesem bürokratischen Perpetuum Mobile zu entkommen, steht jetzt ein Anliegen an die Bundeskanzlerin im Raum.

Ist eine schwere lebensbedrohende Krankheit weniger wichtig als die Einhaltung von bürokratischen Regeln? Oder gilt, dass Menschlichkeit auch hier ihr Recht haben sollte? Wenn die Bundesbeauftragte, der Sächsische Innenminister, die Dresdner Oberbürgermeisterin und der Sächsische Ausländerbeauftragte das Gebot der Menschlichkeit dieses Falles erkennen, sollten dann die entscheidenden Stellen auf Bundesebene nicht offen für deren Meinung sein?

An diese Stelle passt eine Weisheit, die dem Talmud entlehnt ist: „Wer nur ein einziges Menschenleben rettet, der rettet die ganze Welt.“



### 3. Weichen stellen für Zugewinn

Die Weltbevölkerung wächst, aber die europäische und die deutsche Bevölkerung werden kleiner. Auch die Zahl der Sachsen sinkt. Das mag auf den ersten Blick nicht schlimm sein, aber durch die Altersstruktur und die bisherige Abwanderung steuern wir auf eine gefährlich Schieflage zu: Ab 2013 werden deutlich mehr Menschen den Arbeitsmarkt aus Altersgründen verlassen, als junge Menschen nachrücken. Die Zahl der Erwerbsfähigen wird deutlich sinken. Wir werden dann jede und jeden brauchen, der Talente einbringen will, und wir werden uns dafür engagieren müssen, dass alle ihre Talente auch einbringen können.

Aber das wird nicht reichen. Deshalb werden wir uns auch der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte öffnen.

In vielen Ländern werden heute mehr Menschen gut ausgebildet, als Arbeitsplätze vorhanden sind. Die Hälfte der nigerianischen Ärzte beispielsweise arbeitet in den Vereinigten Staaten, weil es in Nigeria nicht genügend Arbeitsplätze für Ärzte gibt. Es gibt Länder, denen es sehr entgegenkäme, wenn wir einen Teil ihrer hochqualifizierten Menschen in unsere Wirtschaft übernehmen würden. Das ist der Fall zum Beispiel bei Vietnam.

Mit anderen Worten, es gibt viele Talente und engagierte Menschen in der Welt, die gern helfen würden, eine positive Zukunft in Deutschland mit zu gestalten – wenn wir es nur erlauben. Doch genau das war bisher fast unmöglich oder aus verschiedenen Gründen falsch angepackt.

#### **Green Card reicht nicht**

Da ist die viel diskutierte Green Card. Sie sollte jungen und engagierten Hochqualifizierten die Möglichkeit geben, in der deutschen Wirtschaft mitzumachen – bis zu fünf Jahre. International gesehen war das eine Mogelpackung. Die ursprüngliche Green Card wird in den USA vergeben, und dort ist sie verbunden mit einer unbegrenzten Niederlassungserlaubnis. Wer die Green Card hat, darf sein Leben lang in den USA wohnen und arbeiten, wenn er nicht auswandert.

Vor nicht allzu langer Zeit konnte man ein Interview mit jenem indonesischen Wissenschaftler lesen, der die erste deutsche Green Card erhalten hat. Er kam nach Deutschland wegen der „...deutschen Ingenieurskunst...“ und wäre gern geblieben. Aber er fühlte sich auf den Ämtern wie ein „...lästiger Bittsteller.“ [Fußnote: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.09.2010]. Jetzt lebt er als erfolgreicher Unternehmer wieder in Indonesien. Das heißt konkret: Unsere Zögerlichkeit hat die deutsche Green Card zum Scheitern verurteilt.

Der Freistaat Sachsen stellt jetzt die Weichen neu, um einen neuen Anfang beim Thema Zugewinn durch qualifizierte Zuwanderung mit zu gestalten und hat eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die die Einkommensgrenze für eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung von 66.000 Euro auf 40.000 Euro herabsetzen soll.

Von dieser Weichenstellung können alle profitieren:

Wir Sachsen profitieren, weil wir damit klugen Köpfen Türen öffnen und offen halten und mit ihnen gemeinsam unseren Wohlstand sichern können.

Es profitieren die bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten, weil wir erkennen, dass auch sie sich für unser gemeinsames Land engagieren.

Und letztlich profitieren auch jene Menschen, die als Asylbewerber oder Geduldete bei uns leben von einem weltoffeneren Klima in Sachsen, denn Weltoffenheit bedeutet immer auch Mitmenschlichkeit.

Wir wollen Ihnen in diesem Kapitel weitere Initiativen vorstellen, die diese Weichenstellung unterstützen und Zugewinn möglich machen: Zugewinn durch die, die kommen werden und durch die, die bereits bei uns leben.

### **Ausländerbehörden mit Qualitätsanspruch**

Die Weichenstellung beginnt schon an der Eingangstür nach Sachsen. Die Ausländerbehörden im Freistaat Sachsen haben ein neues Leitbild erarbeitet, das auf einen dienstleistungsorientierten und menschlichen Umgang mit Migranten zielt – unabhängig davon, ob sie schon bei uns leben oder erst zu uns kommen werden.

Als nächstes stellen wir eine Initiative der Staatsregierung vor, die der Ausländerbeauftragte koordiniert: der Runde Tisch „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“. Diese Initiative wendet sich an die vielen bei uns lebenden Migranten, die ihre akademischen oder Berufsausbildungen im Ausland erworben haben und die sich bei uns durch einen wahren Anerkennungsdschungel kämpfen müssen, dabei oft jahrelang stecken bleiben und häufig aufgeben.

Welche Möglichkeiten haben ausländische Studierende, wenn sie nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums gern in Sachsen bleiben würden? Auch hier gibt es einen Dschungel von Regeln und Hürden. Dabei kennen diese Studenten unser Land, und wir kennen sie. Warum helfen wir ihnen nicht, diese Hürden zu überwinden, damit sie hier bleiben und in Forschung, Entwicklung oder in sächsischen Unternehmen mitwirken können? Das Wissenschaftsministerium ist im Jahr 2010 dieser Frage nachgegangen, was wir ausdrücklich begrüßen.

Die deutsche Sprache ist unser letztes Thema. Über die Integrationskurse des Bundes gibt es hier finanzierte Angebote für den Erwerb erster Sprachkompetenzen. Wir sollten uns fragen, ob das tatsächlich ausreichend ist und welche Möglichkeiten wir noch sehen. Dazu stellen wir unser Projekt „99 Wege zu gutem Deutsch“ vor.

### ***3.1. Willkommengesellschaft in Sachsen - Leitbild der Ausländerbehörden***

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat ein Leitbild für die Ausländerbehörden vorgestellt. Mit diesem Leitbild weiß nun jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter einer Ausländerbehörde im Freistaat, an welchen Grundwerten sich ihre Arbeit zu orientieren hat.

Natürlich wirkten die Ausländerbehörden selbst beim Erstellen des Leitbildes mit. Die Erarbeitung fand in einem langen und ausgewogenen Arbeitsprozess statt, in den die verschiedenen Ebenen vom Minister bis zum Sachbearbeiter einbezogen waren. Dies erhöht dessen Akzeptanz und Selbstverständnis.

Das Leitbild reflektiert die neuen Realitäten im Freistaat. Sachsen braucht Zuwanderung. Und Zuwanderung braucht ein weltoffenes Klima.

Mit diesem Leitbild verstehen sich die Mitarbeitenden als Dienstleister und Botschafter einer Willkommensgesellschaft – nicht nur für Fachkräfte. Ihr Ziel ist es, für Menschen aus anderen Kulturen zügig und kompetent zu handeln, zu beraten und Entscheidungen zu treffen - trotz des schwierigen Rechtsgebietes und trotz der sprachlichen Barrieren. Im Umgang mit Menschen aus allen Ländern repräsentieren die Mitarbeitenden der Ausländerbehörden die Weltoffenheit Sachsens.

### **Mitarbeiter repräsentieren Sachsen**

Ausländerbehörden sind Aushängeschilder unserer Gesellschaft. Sie sind das erste Gesicht, das Ausländer in Sachsen sehen, ganz unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Eine mitmenschliche und freundliche Grundhaltung kommt damit allen zugute und formt das Bild, welches das Ausland von uns hat.

Wir freuen uns besonders über die Einbeziehung der kommunalen Ausländerbeauftragten in das Leitbild, weil ihnen in den Landkreisen und (Kreisfreien) Städten eine wichtige Rolle zukommt. Eine gute Zusammenarbeit aller relevanten Akteure vor Ort bringt Effizienz im Verfahren, fördert unser Selbstverständnis als weltoffene Gesellschaft und fördert den wirtschaftlichen Fortschritt im Freistaat.

Der Text des Leitbildes ist im Anhang wiedergegeben.

Welche positiven Wirkungen eine eindeutige Ermutigung der Ausländerbehörden zu würdevollem und weltoffenen Umgang mit Ausländern haben kann, zeigt die Studie des Instituts für Kommunikationswissenschaft der TU Dresden unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Donsbach zur Zufriedenheit der Nutzer der Ausländerbehörde in Dresden.

Wir setzen uns dafür ein, dass ähnliche Studien auch in den anderen sächsischen Ausländerbehörden durchgeführt werden.

Eine Zusammenfassung dieser Studie stellen Wolfgang Donsbach und Robert Trosse im Anhang vor.

### ***3.2. Der Runde Tisch „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“***

Ab 2013 öffnet sich eine Schere am sächsischen Arbeitsmarkt: Es verlassen deutlich mehr Menschen den Arbeitsmarkt als junge Menschen nachrücken.

Wie wird es uns gelingen, dennoch unsere Wirtschaftskraft zu erhalten?

Dafür werden wir viele neue Ideen brauchen, mit denen es uns gelingt, allen Talenten in Sachsen eine Chance am Arbeitsmarkt zu geben und sie ins Erwerbsleben zu integrieren. Dazu gehören neben denen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, neben Jugendlichen, Frauen und älteren Arbeitnehmenden auch gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten.

Für deren Integration ist die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen und eine entsprechende Nachqualifizierung eine ganz wesentliche Grundlage. Diese Anerkennung ist allerdings ein langwieriger und durch bürokratische Hürden erschwerter Prozess, der klarer und einfacher gestaltet werden muss, ohne dass dabei die Anforderungen an ein den deutschen Qualifikationen entsprechendes Niveau aufgegeben werden soll.

Im Freistaat Sachsen wurden dafür bisher zwei wesentliche Schritte gegangen:

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz hat 2009 eine Situations- und Bedarfsanalyse zum Thema Anerkennung in Sachsen in Auftrag gegeben. Die ANSA-Studie [Fußnote: Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Sachsen – eine Situations- und Bedarfsanalyse, einsehbar unter <http://www.soziales.sachsen.de>] wurde im Oktober 2010 vorgestellt. Sie zeigt, dass derzeit etwa 10.000 ausländische Erwerbsfähige keinen anerkannten Berufsabschluss haben – eine Zahl, die verdeutlicht, dass es dringend notwendig ist, den Anerkennungsdschungel zu lichten.

### **Sachsen beschleunigt Anerkennung**

Deshalb will die Sächsische Staatsregierung die Anerkennungssituation in Sachsen unabhängig von der Bundesgesetzgebung und für die Berufe in Landeszuständigkeit beschleunigen und verbessern.

Zu diesem Zweck hat im August 2010 ein Runder Tisch „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“ seine Arbeit aufgenommen. Er ist ein gemeinsames Vorhaben der Sächsischen Staatsministerien des Innern, Kultus, Soziales und Verbraucherschutz, Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Wissenschaft und Kunst, der sächsischen Industrie- und Handelskammern, der sächsischen Handwerkskammern, des DGB Sachsen, des Verbandes der sächsischen Wirtschaft VSW und der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit.

Der Sächsische Ausländerbeauftragte leitet und moderiert die Arbeit des Runden Tisches. Der Runde Tisch „Anerkennung“ soll bis Ende 2011 arbeiten.

### **Typische Barrieren werden ermittelt**

Arbeitsgrundlage des RTA sind konkrete Beispielfälle von bereits laufenden Anerkennungsverfahren, die auf Hindernisse hin untersucht werden. Die Ergebnisse der ANSA-Studie werden dabei als empirischer Hintergrund in die Arbeit des Runden Tisches „Anerkennung“ mit einbezogen.

Der Runde Tisch verfolgt bei seiner Arbeit zwei Ziele:

Zum einen wird die Analyse der Beispielfälle zeigen, an welchen konkreten Stellen der Freistaat Sachsen unabhängig von der Bundesgesetzgebung aktiv werden kann, um Anerkennungsverfahren zu beschleunigen und die Anerkennungslandschaft transparenter zu gestalten.

Zum anderen sucht der Runde Tisch bei den konkreten Fällen nach neuen und zielführenden Lösungsansätzen.

Die Anträge können von Personen, die sich in einem Anerkennungsverfahren befinden, direkt beim Sächsischen Ausländerbeauftragten eingereicht werden. Alle dazu notwendigen Unterlagen finden Sie unter [www.offenes-sachsen.de](http://www.offenes-sachsen.de).

Bis Ende des Jahres 2011 erarbeitet der Runde Tisch ein Gesamtkonzept mit konkreten Vorschlägen für die Verbesserungen landesspezifischer Vorschriften, Gesetze, Organisationsansätze und für ein entsprechendes Verwaltungshandeln.

### ***3.3. Professor Sabine von Schorlemer, Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst: Kluge Köpfe – Willkommen!***

Sachsen ist reich an starker und international sichtbarer Wissenschaft und Forschung. Sowohl eine große Anzahl an außeruniversitären Instituten als auch unsere Universitäten und Hochschulen werben um international renommierte Wissenschaftler und wissenschaftlichen Nachwuchs. Wir konkurrieren mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen weltweit um ‚Kluge Köpfe‘. Hochqualifizierte Wissenschaftler und wissenschaftlicher Nachwuchs sichern langfristig die Leistungs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes.

Doch sind wir als Freistaat wirklich darauf eingestellt? Wie fühlen sich die hier lebenden ausländischen Studierenden und Wissenschaftler? Welche Wünsche und Probleme haben sie?

Immer wieder suche ich auch bei meinen Besuchen in den Einrichtungen auch das Gespräch mit Forschern und Wissenschaftlern aus dem Ausland. Sie sind mit viel Elan zu uns gekommen und bereichern unsere Wissenschaftslandschaft.

Im März 2010 lud ich zahlreiche ausländische Studierende und Wissenschaftler aus ganz Sachsen ins Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Die diskutierten Probleme waren vielschichtig. Zwar fühlen sich die meisten sehr wohl hier, doch eine wirkliche internationale Atmosphäre vermissen sie noch. Gerade die Forschungseinrichtungen haben hier jedoch bereits hervorragende Anstrengungen unternommen, um die neuen Mitbürger bei notwendigen behördlichen Schritten zu unterstützen.

Doch es sind viele, oft bürokratische Hürden oder Regelungen, die bei den von uns umworbenen klugen Köpfen oft nur für Kopfschütteln sorgen.

So dürfen zum Beispiel ausländische Studierende nur eingeschränkt Nebentätigkeiten ausüben. Das macht es aber für Unternehmen schwer, die dringend gebrauchten Fachkräfte bereits während des Studiums anzuwerben. Geschildert wurde uns auch, dass ausländische Absolventen erst eine Arbeit aufnehmen dürfen, wenn sie vorher ausreisen, ein Visum beantragen und dann wieder nach Deutschland zurückkehren.

Insgesamt sind solche Gespräche sehr fruchtbar, schulen sie doch den Blick auf die Situation der ausländischen Hochqualifizierten.

Ergebnisse der Gespräche fanden Eingang in die Bundesratsinitiative zur qualifizierten Zuwanderung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern. Weiterhin wurde angeregt, das in Bearbeitung befindliche Sächsische Integrationskonzept des Sozialministeriums auch um das Thema „Förderung von ausländischen Fachkräften“ zu erweitern.

Doch darüber hinaus muss es unser aller Anliegen sein, für eine aktive und ehrliche Willkommengesellschaft in Sachsen zu sorgen. Weltoffenheit und Toleranz dürfen kein Lippenbekenntnis sein, sondern müssen von allen durch Hilfsbereitschaft und

Freundlichkeit im Alltag sowie einem ehrlichen Willen zur Integration unserer ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen in einer für sie vielfach neuen, auch sprachlich fremden Umgebung gelebt werden. Oft sind es die kleinen, auch nachbarschaftlichen Gesten, die dazu führen, dass man sich als Ausländer in Sachsen willkommen fühlt.

### **3.4. Sprache baut Brücken - 99 Wege zu gutem Deutsch**

Sprache ist der Schlüssel für Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben.

Unsere These ist, dass alle Menschen, die in Deutschland leben, eine Chance bekommen sollten, deutsch zu lernen.

Das gilt für die Hochqualifizierten genau so wie für diejenigen, die sich nach Erlangen eines Aufenthaltstitels auf den Weg machen, die deutsche Sprache zu erlernen. Das gilt aber auch für die Geduldeten, denen wir keinen Aufenthalt geben wollen, deren Ausreise wir aber auch nicht verwirklichen können. Denn wer über Jahre bei uns lebt, sollte unsere Sprache sprechen können, ansonsten ist keine Verständigung möglich. Wie soll er Kontakt mit uns aufnehmen können, wenn er unsere Sprache nicht spricht? Wie soll er in den Behörden mitwirken? Wie seinen Alltag organisieren?

#### **Sprache lernen hilft immer allen**

Wir sind überzeugt: Sprachkenntnisse erleichtern das Zusammenleben, auch wenn es nur vorübergehend ist. Und wer am Ende seines Aufenthaltes mit Deutschkenntnissen in sein Heimatland zurückkehrt, der bringt etwas mit, was seine Chancen im dortigen Arbeitsmarkt verbessern kann. Mehrsprachigkeit ist immer ein Vorteil – für die, die es können, und für die Gesellschaften, in denen sie leben.

Migrantinnen und Migranten können heute in den Integrationskursen Deutsch lernen. Dabei gibt es allerdings zwei Einschränkungen.

Die erste Einschränkung betrifft das Sprachniveau, das in diesen Kursen erreicht wird und vor allem die Nachhaltigkeit des Sprachenlernens. Die Sprachlernangebote der Integrationskurse führen bis zum Niveau B1. Auf diesem Niveau kann man sich selbstständig in einfacher und zusammenhängender Sprache über vertraute Dinge äußern und allgemeine Themen aus Arbeit, Schule und Freizeit verstehen, sofern langsam und deutlich gesprochen wird.

Über den tatsächlichen Lernerfolg entscheidet aber letztlich, wie gut es gelingt, das Gelernte in den Alltag zu übertragen und dort auch täglich anzuwenden. Haben jedoch die Absolventen allerdings nach Beendigung des Kurses wenig oder keine Möglichkeiten, die deutsche Sprache anzuwenden, dann geht das einmal Erreichte verloren.

#### **Sprache muss angewandt werden**

Das bedeutet: Sprachkurse werden immer nur so erfolgreich sein, wie die Möglichkeiten des Sprachgebrauchs vielfältig sind. Das ist eine Herausforderung

sowohl für die Migrantinnen und Migranten als auch für die Mehrheitsgesellschaft. Denn wer Sprache lernt, muss auch ins Gespräch kommen können.

Zum anderen haben Asylbewerber und Geduldete auf Grund der bundesdeutschen Gesetzgebung kein Anrecht auf den Besuch eines geförderten Sprachkurses.

Integrationsmaßnahmen und damit Sprachlernangebote sind leider erst für jene vorgesehen, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus vorweisen können. Gleichzeitig sind die finanziellen Mittel der Betroffenen oft so gering, dass sie sich keinen privaten Deutschkurs leisten können.

Deutschkenntnisse jedoch brauchen auch sie, um sich im deutschen Alltag zurechtzufinden, um mit den Behörden zusammenzuarbeiten, ihre Anliegen vorzubringen, Rechtsauskünfte zu verstehen, ihren Alltag zu organisieren.

Die Dringlichkeit mag die folgende Zahl verdeutlichen: Zehn Jahre ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer jener Geduldeten in Sachsen, die 2009 einen Antrag bei der Sächsischen Härtefallkommission gestellt haben. Das sind zehn Jahre, in denen man auf die Sprache der Mehrheitsgesellschaft angewiesen ist – und die man besser eher denn später lernen sollte.

### **Kinder sind keine Dolmetscher**

Gesellschaftspolitisch besonders brisant wird diese Situation beim Blick in Familien von Geduldeten und Asylbewerbern. In Sachsen gilt Schulpflicht für alle Kinder unabhängig vom Status der Eltern, d.h. in den Schulen lernen diese Kinder die deutsche Sprache. Sie wachsen zweisprachig auf. Können die Eltern kein Deutsch, dann sind sie auch nicht in der Lage, ihre Kinder in Vorschule und Schule zu begleiten – sei es bei den Hausaufgaben oder in der Zusammenarbeit mit den Lehrern.

Bei Behördengängen nehmen die Kinder die Rolle der Übersetzer ein und haben Kontrolle über ihre Eltern. Die familiäre Hierarchie wird so in vieler Hinsicht auf den Kopf gestellt. Es besteht die Gefahr für dysfunktionale Familien. Therapeuten berichten, dass in solchen Familien die Jungen die dominante Rolle übernehmen, die Mädchen sozial unterdrückt werden und die Eltern ihre Rolle als Vorbilder für sozialgerechtes Verhalten verlieren. Gewaltverhalten der jungen Männer wird in solchen Familien immer wahrscheinlicher. Solche, durch mangelnde Sprachkenntnisse mit verursachten Dysfunktionalitäten, sollten im gesamtgesellschaftlichen Interesse vermieden werden.

Deutschlernen ist also essentiell. Aber Deutschkurse kosten und können bisher nicht flächendeckend finanziert werden. Wie also lässt sich diese Lücke zwischen Angebot und Notwendigkeit pragmatisch und ohne erhebliche finanzielle Mittel schließen?

Wir haben kreative Ansätze gesucht und zusammengestellt, wie sich Migrantinnen und Migranten deutsche Sprachkenntnisse auch außerhalb starrer und kostenintensiver Kurse aneignen können und wie sie das Erlernte in ihrem Alltag kontinuierlich anwenden können.

### **Kreative Wege zur Sprache finden**

Die Ergebnisse dieser umfangreichen Vorarbeit werden wir 2011 in unserer Broschüre „99 Wege zu gutem Deutsch“ veröffentlichen. Sie wird im ersten Quartal

2011 herausgegeben und über unsere Internetseite und unsere Netzwerkpartner der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Wir werden auf die vielen Möglichkeiten aufmerksam machen, die auch ohne große finanzielle Anstrengungen machbar sind. Deutsch hören, -sprechen, -schreiben und -lesen ist überall möglich: auf der Straße, im Café, mit Hilfe von Zeitungen oder durch Kreuzworträtsel.

Auch das Internet bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten, Deutsch zu lernen oder seine Deutschkenntnisse zu vertiefen. So bietet die Internetseite der Deutschen Welle neben Deutschkursen für verschiedene Zielgruppen auch Nachrichten in langsam gesprochener Sprache.

Sprache ist der wichtigste Baustein bei der Integration. Eine Sprache zu beherrschen braucht allerdings mehr, als einen Sprachkurs oder Fleiß beim Lernen.

Wer eine Sprache lernen will, braucht auch inspirierende Gelegenheiten, sie zu benutzen. Hier können wir alle wichtige Weichen stellen: in dem wir versuchen, mit denen, die unsere Sprache lernen, ins Gespräch zu kommen. Das hilft ihnen, das hilft unserer Verständigung und das fördert unser gegenseitiges Verständnis.



## 4. Vernetzung und Mitwirkung

Wer für Mitmenschlichkeit und Integration arbeitet, braucht einen langen Atem. Es gibt im Freistaat Sachsen viele Akteure, die sich bereits über lange Jahre engagiert einbringen und Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedensten Lebenslagen unterstützen.

Eine wichtige Basis bilden die kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten und die zahlreichen Vereine und Initiativen auf dem Gebiet der Migrations- und Integrationsarbeit. Zum Netzwerk gehören auch die Migrantenvereine und Migrantenselbstorganisationen in Sachsen, die sich für ein offenes und integrationsfreundliches Sachsen engagieren.

Diese Akteure bilden ein Netzwerk, das sich seiner Stärke immer wieder vergewissern muss. Denn auch bei Integrationsfragen geht es um diese Einsicht: Wir müssen unsere Stärken stärken und unsere Chancen wahrnehmen.

Wir haben verstanden, dass in der Vielfalt auch ein großes Potenzial für unsere Gesellschaft liegt, und wir setzen uns gemeinsam für diese Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen ein. Wir haben ebenso verstanden, dass Mitmenschlichkeit eine entscheidende Basis für diese Weltoffenheit ist.

Unsere gemeinsame Reise zu mehr Weltoffenheit für Sachsen ist wie eine gesellschaftliche Karawane:

An der Spitze gehen die Vorreiter, die neue Wege und Möglichkeiten sehen und sich mit aller Kraft dafür einsetzen, sie Wirklichkeit werden zu lassen. Das sind etwa fünf Prozent der Bevölkerung. Diese fünf Prozent gilt es, zu unterstützen und zu ermutigen. In einigem Abstand folgen die frühen Trendaufgreifer. Sie sind offen für Neues und lassen sich gern von den Chancen der neuen Wege überzeugen. Sie machen etwa 15 Prozent der Bevölkerung aus. In weiterem Abstand folgt mit etwa 60 Prozent die große Mehrheit, die mitgeht, wenn sie erkennt, dass der eingeschlagene neue Weg für unsere Gesellschaft Sinn stiftet. Am Ende bewegen sich, im Schneckentempo, die Nachzügler, Zweifler und Ewig-Gestrigen.

Wer auf diese Nachzügler einwirken will, um ihre Skepsis zu überwinden, reitet oft gegen Windmühlen. Es ähnelt der Aufgabe, einem Pessimisten Optimismus einzureden.

Wer Zukunft positiv mit gestalten will, tut stattdessen gut daran, die Vorreiter zu begleiten, die frühen Trendaufgreifer zum Mitmachen zu ermutigen und mit der breiten Bevölkerung über Sinn und Zweck der Reise zu mehr Weltoffenheit zu kommunizieren.

Darauf richten wir unsere Energie, und deshalb haben wir im vergangenen Jahr einige Anstrengungen unternommen, um das Netzwerk der sächsischen Integrations- und Migrationsakteure zu stärken. Wir haben uns darum bemüht, neue Mitstreitende zu finden und wir haben uns in die öffentliche Kommunikation eingebracht.

### **Einigkeit in Vielfalt**

Im öffentlichen Dialog sprechen wir heute vom Konzept der Integration. Anscheinend weiß jeder, was das bedeutet, doch viele haben sehr unterschiedliche Meinungen über deren Bedeutung. Die amerikanische Politik glaubt zum Beispiel hinter dem von der deutschen Politik benutzten Wort Integration den Begriff der Assimilation zu erkennen: Da wird von der deutschen Politik oft erwartet, dass sich die Neuankömmlinge der deutschen Kultur anpassen und ihre Werte übernehmen. Wenn dabei die Kultur der Ankömmlinge verdrängt wird, kann das nicht als Integration bezeichnet werden. Das allein wäre Assimilation, die einseitige Anpassung.

Unser Dialog mit Menschen aus anderen Kulturen kann auf vier Weisen stattfinden.

- Die Abgrenzung zwischen uns und Anderen gibt uns die falsche Sicherheit, dass wir so weiterleben können wie bisher und sich nichts ändert. Dieser Eindruck ist falsch, wenn der Andere auf Dauer in unserer Gesellschaft lebt. Unsere Ausgrenzung von ihm führt spiegelbildlich zu seiner Ausgrenzung von uns. Wo das systematisch passiert, kommt es zu Parallelgesellschaften, die in anderen Bundesländern entstanden sind und deren negative Konsequenzen wir immer besser erkennen.
- Die Assimilation zwingt den Neuankömmlingen die Dominanz der „Leitkultur“ auf und diese führt bei Inkompatibilität der Werte zu einer Verdrängung der Fremdwerte in das Unterbewusste.
- Bei der Akkomodation übernimmt die Leitkultur die Werte der Fremdkultur und gibt sein eigenes Werteverständnis auf. Sie ist die Assimilation unserer Kultur an die der Neuankömmlinge.
- Bei der Einigkeit in Vielfalt schließlich, kommt es zur konstruktiven Auseinandersetzung der verschiedenen Werte miteinander. Es kommt zu gegenseitigem Lernen und, wenn erfolgreich, zu einer Kombination der besonderen Stärken der verschiedenen Kulturen zu etwas Neuem, das den Einzellösungen gegenüber überlegen ist.

Wir denken, dass die wünschenswerte Option die vierte ist: Einigkeit in Vielfalt, durch die unsere Gesellschaft reicher, vielfältiger und überlebensfähiger in einer immer globaleren Welt wird. Natürlich wird sie auch komplexer, aber das macht sie auch interessanter.

Wenn wir in unserem Bericht über Integration schreiben, dann im symmetrischen Sinne der Einigkeit in Vielfalt.

Die Mitwirkung Aller für ein gemeinsames, weltoffenes und tolerantes Sachsen ist ebenso wichtig wie unsere Integrationsangebote und braucht unsere Akzeptanz. Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht nur Experten für die eigenen Lebenslagen, sie bringen wichtige Kompetenzen, Perspektiven, Werte und Wissen in unsere Gesellschaft ein. Sie sind Handelnde in unserer Gesellschaft. Integration gelingt dann, wenn wir mit Ihnen gemeinsam unsere Gesellschaft und unsere Zukunft gestalten. Definieren wir gemeinsame Ziele und bringen wir Sachsen voran!

Dieses Kapitel beschreibt, wie wir bundesweit aufgestellt sind, was wir im vergangenen Jahr dazu beigetragen haben, um die sächsischen Integrationsakteure weiter zu vernetzen und welche Schritte unternommen wurden, um die Arbeit der

kommunalen und ehrenamtlichen Ausländer- und Integrationsbeauftragten weiter zu unterstützen. Darüber hinaus berichten wir von den Workshops, die im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Sächsischen Zuwanderungs- und Integrationskonzeptes stattgefunden haben. Sie waren ein wichtiger Schritt, um den in Sachsen lebenden engagierten Migrantinnen und Migranten Mitwirkungsmöglichkeiten zu eröffnen.

#### ***4.1. Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten und den Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder***

Am 26. und 27. April 2010 fand in Oldenburg die Bundeskonferenz der Ausländer- und Integrationsbeauftragten sowie der Integrationsakteure statt. Bei dieser Bundeskonferenz ging es um die Themen „Bildung und Arbeit: Weg und Ziel erfolgreicher Integration“. In diesem Zusammenhang kritisierten der Sächsische Ausländerbeauftragte und seine Amtskolleginnen aus den anderen neuen Bundesländern, dass Studien und Statistiken die besondere Situation der neuen Bundesländer teilweise nicht auswiesen bzw. dass die Ergebnisse der Studien die Situation in den neuen Bundesländern weder berücksichtigten noch widerspiegeln. Die Situation in den neuen Bundesländern ist eine andere als in den alten Bundesländern. Die Zahl der Migranten, die hier leben, liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt. Auch die Herkunftsländer und die Bildung unterscheiden sich grundlegend: Die größten Gruppen kommen aus Vietnam und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die zum Teil mit höheren Schul- und Studienabschlüssen zu uns kamen als die Migranten in anderen Bundesländern.

#### **Sondersituation Neue Länder**

Die Integrationsherausforderungen der neuen Bundesländer resultieren eher aus einem Zuwenig denn aus einem Zuviel an Migranten. Die Fremdendistanz gehört ebenso dazu wie Förderbedingungen, die sich an der Bevölkerungszusammensetzung in den alten Bundesländern orientieren und damit die Integrationsarbeit in den neuen Bundesländern erschweren.

Diese Sondersituation hat auf der anderen Seite auch viele Potenziale, die wir nutzen wollen. Auf Anregung des Sächsischen Ausländerbeauftragten kamen deshalb die Ausländerbeauftragten und die mit Integration befassten Fachreferate der Ministerien der neuen Bundesländer im Juni und November 2010 zu eigenen Arbeitstreffen zusammen. Der Fachaustausch dient der Vernetzung und der Förderung der besonderen Integrationsarbeit in den neuen Bundesländern. Hier ist beispielsweise die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen ein wesentliches Thema, weil die hier lebenden Zuwanderer prozentual gesehen über höhere Bildungsabschlüsse verfügen, die sie in unsere Gesellschaft einbringen wollen und die wir absehbar brauchen.

Im Jahr 2010 trafen sich die Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Bundesländer außerdem zu ihrer Frühjahrs- und Herbstkonferenz.

Die eintägige Frühjahrskonferenz der Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Bundesländer am 18. Mai in Berlin bot den Beauftragten die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch. Professor Dr. Klaus Bade hielt als Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration einen Fachvortrag, in welchem er das Integrationsbarometer 2010 vorstellte. Diese Studie zeigt, dass allem Gerede von der gescheiterten Integration zum Trotz ein Vertrauensverhältnis zwischen Mehrheits- und Einwandererbevolkerung besteht und dass viele Einwanderer den Deutschen mehr vertrauen als der eigenen Herkunftsgemeinschaft und mitunter sogar mehr als die Deutschen sich selbst.

Die Herbstkonferenz der Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder fand am 6. und 7. Dezember 2010 in Erfurt statt. Im Ergebnis verabschiedeten die Teilnehmer einen „Aufruf zur Versachlichung der Integrationsdebatte in Deutschland“. Sie wiesen darauf hin, dass ein objektiver Blick in die Bundesländer und in viele Kommunen zeigt, dass es schon seit Jahren eine differenzierte Integrationspolitik mit vielen positiven Lösungsansätzen und Erfolgen gibt.

Gleichwohl gibt es nach wie vor große Probleme im Bereich der schulischen und beruflichen Ausbildung von jungen Menschen ausländischer Herkunft sowie solcher aus unteren sozialen Schichten. Diese Problemfelder sind inzwischen längst bekannt und benannt, ausführlich im Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung von 2007 sowie in den Integrationskonzepten der Länder. An ihnen wird zielgerichtet gearbeitet. Die Beauftragten der Länder forderten alle gesellschaftlichen Akteure dazu auf, zu einer sachlichen Auseinandersetzung über die Lösungen bestehender gesellschaftlicher oder sozialer Probleme zurückzukehren und über neue Wege der Integration nachzudenken.

#### ***4.2. Zusammenarbeit mit den kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten***

Die Zusammenarbeit mit den sächsischen kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten (KAIB) und deren Unterstützung gehört zu den gesetzlich verankerten Aufgaben des Sächsischen Ausländerbeauftragten.

Im Freistaat Sachsen arbeiten insgesamt 19 Ausländer- und Integrationsbeauftragte der Städte und Landkreise in den Bereichen Migration, Flüchtlinge und Integration. Ihre Arbeitsgrundlage ist die Sächsische Landkreisordnung bzw. die Sächsische Gemeindeordnung. Nach dieser Gesetzesgrundlage sollen bzw. können die Gemeinden Beauftragte für spezielle Aufgabenbereiche bestimmen. Die Landkreise sollen zur Wahrung der Belange der im Landkreis lebenden Ausländer Ausländerbeauftragte bestellen.

Ausgehend von dieser gesetzlichen Grundlage sind die Ausgestaltung und die Ausstattungen dieser Stellen sehr ungleich. Von den 19 Ausländer- bzw. Integrationsbeauftragten sind derzeit acht ehrenamtlich und elf hauptamtlich tätig.

Fünf der hauptamtlich Tätigen nehmen die Aufgaben als KAIB parallel zu den Aufgaben von Gleichstellungs- oder Behindertenbeauftragten wahr. Drei der fünf Beauftragten in Doppelfunktion arbeiten in Teilzeit.

Bei den elf ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten gibt es große Unterschiede hinsichtlich der Budgets und der verwaltungsinernen Verfahren beispielsweise bzgl. der Reisekosten und der Ausstattung. Damit ist natürlich auch das Leistungsspektrum, das in den verschiedenen Kreisen angeboten werden kann, breit gefächert.

### **Landkreise brauchen andere Strategien**

Darüber hinaus wirken sich die unterschiedlichen regionalen Bedingungen (z. B. Größe der Landkreise) sehr unterschiedlich auf die Arbeit der Beauftragten aus.

Während die Beauftragten in den Kreisfreien Städten ihre Arbeit tatsächlich auf eine Stadt begrenzen können und hier auch die meisten Menschen mit Migrationshintergrund leben, stehen die Beauftragten der Landkreise vor anderen Problemen: Die Klienten sind einerseits auf den ganzen Landkreis verteilt, was eine hohe Mobilität entweder auf Seiten der Klienten oder auf Seiten der Beauftragten erfordert. Andererseits erreicht die Zahl der hier lebenden Migrantinnen und Migranten selten jene Größe, ab der sich beispielsweise um eine Projektförderung des Bundes bemüht werden kann.

Gegenwärtig nehmen wir eine Zurückdrängung des Amtes der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten in die Ehrenamtlichkeit wahr.

Aus dieser Situation heraus hatten wir uns für das Jahr 2010 folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt: Wir wollten

- die gegenseitige Information verbessern,
- die Vernetzung intensivieren und
- gemeinsam mit den KAIB und anderen sächsischen Integrationsakteuren auf eine gemeinsame Definition der Aufgabenstellungen der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten in Sachsen hinarbeiten.

### **Netzwerktreffen**

Neben den Informationen, die wir über den Newsletter in unser Netzwerk geben (mehr dazu finden Sie im Kapitel „Öffentlichkeitsarbeit“, setzen wir auch auf den direkten Austausch in unseren Netzwerktreffen.

2010 fanden drei solcher Netzwerktreffen statt. Eingeladen waren etwa 130 sächsische Akteure der Migrations- und Integrationsarbeit. Dazu gehören neben den kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten auch:

- Die 23 Jugendmigrationsdienste, die junge Menschen mit Migrationshintergrund, welche das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, beraten. Ziele der Arbeit sind die Verbesserung der Integrationschancen (sprachliche, schulische, berufliche und soziale Integration besonders an der Nahtstelle Schule/Ausbildung/Beruf), Chancengerechtigkeit und die Förderung der

Mitwirkung junger Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens.

- Die 35 Migrationsberatungsstellen für Erwachsene. Die bundesgeförderten Migrationsberatungsstellen für Erwachsene (MBE) sind neben den Integrationskursen fester Bestandteil des Regelungsrahmens nach dem Zuwanderungsgesetz. Die MBE sollen Zuwanderer zeitnah zu selbstständigem Handeln in allen Bereichen des täglichen Lebens befähigen und sie an das Beratungsangebot der Regeldienste heranführen.
- Die etwa 50 Vereine, die ebenfalls auf diesem Feld tätig sind.

Beim gemeinsamen Treffen im April wurden die „Sieben Anregungen für ein weltoffenes Sachsen“ vorgestellt und deren Umsetzungsmöglichkeiten in der Praxis diskutiert. Im anschließenden Workshop erarbeiteten die Teilnehmer in verschiedenen Arbeitsgruppen Eckpunkte für eine einheitliche Aufgabenbeschreibung der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten heraus. Diese Eckpunkte wurden in einer kleineren Expertenrunde nochmals geprüft und überarbeitet und als Entwurf in mehreren Fassungen in das zweite Netzwerktreffen im Juni eingebracht.

Über die Endfassung wurde bei diesem Treffen nach eingehender Beratung mehrheitlich abgestimmt. Der Sächsische Ausländerbeauftragte wurde von den Teilnehmern beauftragt, sie bei der Implementierung dieser Aufgabenbeschreibung zu unterstützen. Die Stellenbeschreibung ist im Anhang beigefügt.

Die KAIB verständigten sich auch über die aus ihrer Sicht wesentlichen Voraussetzungen, um ihre Arbeit zu professionalisieren und zu verstetigen. Dazu gehören z. B.

- eine eindeutige gesetzliche Grundlage
- das Bekenntnis zur Hauptamtlichkeit der Beauftragten
- die angemessene personelle und finanzielle Ausstattung
- die Ausstattung des Amtes mit entsprechenden Kompetenzen und Wertigkeiten (z. B. über die organisatorische Anbindung an Oberbürgermeister bzw. Landrat).

### **Mit dem Thema Zugewinn wächst die Bedeutung der KAIB**

Sie verwiesen darauf, dass mit der Neuausrichtung der sächsischen Ausländerpolitik auf das Thema Zugewinn die Bedeutung der KAIB wächst. Gemeinsam mit den Jugendmigrationsdiensten, Migrationsberatungsstellen für Erwachsene und den anderen Vereinen bilden sie eine Infrastruktur für Integration in Sachsen, die nicht nur für die Unterstützung der Zuwanderer zur Verfügung stehen muss, sondern auch an einem integrationsfreundlichen und weltoffenen Klima in Sachsen arbeitet.

Ein weiteres Thema dieses Treffens war die stärkere Vernetzung der Integrationsakteure. Lokale und überregionale Netzwerke sind unabdingbar für eine erfolgreiche Integrationsarbeit. Integration „macht“ sich nicht allein und braucht viele Akteure an allen Stellen der Gesellschaft. Dazu gehören die Migrantinnenorganisationen ebenso wie Behörden, Beratungsstellen und Vertreter aus dem politischen Leben. Zunehmend wollen sich die Netzwerkpartner auch um die

Einbeziehung von Akteuren aus der Wirtschaft bemühen, denn hier liegt eine wichtige Schnittstelle zum Thema Zugewinn und Fachkräftemangel.

Auf der Tagesordnung des dritten Arbeitstreffens im November stand das weitere Verfahren hinsichtlich der Stellenbeschreibung. Die kommunalen Ausländerbeauftragten waren sich einig, dass eine Verankerung in der Sächsischen Landkreisordnung bzw. in der Sächsischen Gemeindeordnung angestrebt werden müsse, um ihre Position und damit die Integrationsarbeit zu stärken. Sie gaben die Empfehlung ab, die Stellenbeschreibung zu einem Bestandteil des Sächsischen Zuwanderungs- und Integrationskonzeptes zu machen.

Ein weiteres Thema des letzten Arbeitstreffens im Jahr 2010 war der Runde Tisch „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“. Sowohl die Migrationsberatungsstellen als auch die Jugendmigrationsdienste und die kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten haben viele Erfahrungen bei der Begleitung von Migrantinnen und Migranten, die sich um die Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse bemühen. Aus dieser Arbeit heraus wissen sie auch um Hemmnisse und Barrieren, die sich aus sächsischen Gesetzen und Regelungen und dem Verwaltungshandeln vor Ort ergeben. Diese Erfahrungen wurden systematisch in Arbeitsgruppen erfasst und werden gebündelt in den „Runden Tisch Anerkennung“ eingebracht.

### **4.3. Mitwirkung am Sächsischen Zuwanderungs- und Integrationskonzept**

Der Freistaat Sachsen erarbeitet unter der Federführung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) ein Sächsisches Zuwanderungs- und Integrationskonzept, in dessen Erstellung alle Ressorts der Staatsregierung und auch der Sächsische Ausländerbeauftragte eingebunden sind. Ende 2009 legte das SMS auf Grundlage der zum Jahresende 2008 fertig erstellten Rambøll-Studie einen ersten Arbeitsentwurf unter dem Titel „Integration durch Toleranz und Achtung“ vor und stellte ihn der Fachöffentlichkeit über das Internet zur Verfügung.

Mit einer Auftaktveranstaltung am 16. Dezember 2009 begann das Sächsische Sozialministerium die Öffentlichkeit und alle Interessierten an der Erarbeitung eines landesweiten sächsischen Integrationskonzeptes zu beteiligen.

Der Auftaktveranstaltung folgten insgesamt zwölf Workshops, die Migrantinnen und Migranten, deren Organisationen sowie allen relevanten Integrationsakteuren offen standen.

#### **Drei interkulturelle Schritte zum Konzept**

Der Arbeitsentwurf folgt inhaltlich der Dreiteilung „Interkulturelle Öffnung“, „Interkultureller Dialog“ und „Interkulturelle Kompetenz“:

Interkulturelle Öffnung will Chancengleichheit im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben für Migranten schaffen. Das Recht auf kulturelle Identität bleibt davon unberührt. Hauptziel der Öffnung ist die Teilhabe von Migranten an

vorschulischer, schulischer und beruflicher Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt sowie interkulturelle Öffnung und Einbindung auf Landesebene.

Interkulturelle Kompetenz bezeichnet die Fähigkeit, mit Menschen aus anderen Kulturen zusammen zu leben und sich mit Respekt und Toleranz zu begegnen. Dazu ist ein umfassendes Wissen über die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Wurzeln und Hintergründe wichtig. Benannt sind sprachliche und gesundheitliche Integration, Integration von Mädchen und Frauen sowie älteren Menschen mit Migrationshintergrund.

Interkultureller Dialog schließlich ist ein aktiver Prozess, der die gesamte Gesellschaft berührt. Sein Ziel ist die Verständigung über die gemeinsamen Ziele. Der Dialog ist auf zwei Ebenen notwendig: zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Migrantinnen und Migranten sowie auch zwischen den verschiedenen Migrantengruppen.

Zu allen drei Themen wurden Workshops konzipiert und angeboten. Von Seiten der Migrantinnenvertreter wurde außerdem ein Workshop zum Thema „Politische Teilhabe“ eingefordert, der daraufhin ebenfalls angeboten wurde.

### **Zwölf Workshops in Sachsen**

Jeder Workshop wurde in den Regionen Chemnitz, Leipzig und Dresden angeboten. Die Workshops waren mit durchschnittlich 20 bis 40 Teilnehmenden gut besucht, und die Themen wurden mit Engagement und großen Detailkenntnissen diskutiert.

Wir wirkten bei jedem der Workshops mit. Wir unterstützten das für die Leitung der Workshops verantwortliche Fachreferat des SMS mit der Leitung einer Unterarbeitsgruppe, beim Erfassen und Gewichten der Beiträge und brachten uns inhaltlich in die Diskussion ein.

Vertreten waren auch die kommunalen Ausländer- oder Integrationsbeauftragten, Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen, Vertreter der Migrantinnenvereine, Bildungsträger, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungseinrichtungen, Beiräte, Arbeitsagentur, Projektmitarbeiter und Vertreter anderer Ämter. Es zeigte sich, dass, neben den Migranten selbst, insbesondere auch die Vertreter der Ämter und Beratungsstellen wichtige Hinweise und Empfehlungen geben konnten.

Das Konzept wurde in den Workshops mit konkreten Handlungsempfehlungen untersetzt, die Ansprechpartner, Zielsetzungen und Zeitrahmen enthalten.

### **Miteinander statt Übereinander**

An diesen Workshops können wir vor allem eines hervorheben: Migrantinnen und Migranten hatten eine direkte Möglichkeit, an dem Entwurf des Sächsischen Integrations- und Zuwanderungskonzeptes und damit an der Gestaltung der künftigen Integrationslandschaft mitzuwirken. Sie betonten, dass sie auch in Zukunft ihr Expertenwissen und ihre Erfahrungen einbringen wollen – eine Forderung, die wir unterstützen.

Integration heißt auch, dass sich die Mehrheitsgesellschaft öffnet und Wege zur Mitgestaltung und Mitwirkung aufzeigt. Die Workshops zum Sächsischen Zuwanderungs- und Integrationskonzept waren ein erster Schritt in die richtige Richtung, weitere müssen folgen.



#### **4.4. Politische Teilhabe im Freistaat Sachsen**

Alle deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben die vollen gesellschaftlichen Rechte und Pflichten. Zu den Rechten gehört das aktive und passive Wahlrecht nach Erreichen des entsprechenden Mindestalters. Zu den Pflichten gehörten bisher die Wehrpflicht und der Zivildienst für diejenigen, die den Dienst an der Waffe ablehnen. Die bei uns lebenden EU-Ausländer können sich an den Kommunal- und Europawahlen beteiligen. Das Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene erhalten Sie nach der Einbürgerung.

Und was ist mit den bei uns lebenden Ausländern, die ein permanentes Aufenthaltsrecht haben? Sie sind bisher komplett ausgeschlossen. Ausländerwahlrecht würde eine Öffnung im Grundgesetz voraussetzen. Bisher ist nicht zu erkennen, dass es einen politischen Konsens für eine derartige Veränderung geben könnte.

Bei uns im Freistaat Sachsen haben wir einen Ausländeranteil von 2,7 Prozent, etwa ein Drittel davon aus EU-Ländern, die schon das Recht der Beteiligung an Kommunalwahlen haben.

Wenn wir die ausländischen Studierenden und ausländischen Mitbürger ohne Aufenthaltsstatus herausrechnen, dann liegt der Ausländeranteil für ganz Sachsen noch bei 1,69 Prozent.

Bei diesen niedrigen Prozentzahlen besteht die große Gefahr, dass die Stimmen der anderen Ausländer mit Aufenthaltsstatus bei Kommunalwahlen in der Gesamtstatistik untergehen.

#### **Ausländerbeiräte schaffen und stärken**

Eine konstruktive Alternative für echte politische Teilhabe der bei uns lebenden ausländischen Mitbürger bietet die Schaffung von Beiräten. Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zittau haben bereits solche Beiräte.

Um die Beiräte effektiv zu gestalten, bedarf es allerdings einer echten Partnerschaft mit der Arbeit der entsprechenden Stadträte.

Wenn Beiräte mit viel Engagement Anregungen machen, diese dann aber vom Stadtrat zwar dankend angenommen, aber danach zu den Akten gelegt werden, führt das oft zu Frustration, Aufgabe oder Zorn.

Beiräte, die respektiert und politisch richtig eingebunden werden, können zur Qualität der Arbeit der Stadträte wesentlich beitragen.

Dabei stellt sich allerdings die Frage nach der Legitimation der Beiräte bei den Migrantinnen und Migranten, die sie repräsentieren sollen. Wie schafft man demokratische und demografische Wege der Legitimation bei einer Vielzahl von Migrantenvereinen?

Ein Ansatz wäre das proportionale Entsendungsprinzip: Jede Gruppe würde einen Prozentsatz der Gesamtsitze zugeordnet bekommen, der ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Ausländer entspricht.

Wenn zum Beispiel in einer Stadt die vietnamesischen Ausländer einen Anteil von 20 Prozent hätten, dann stünden ihnen 20 Prozent der ausländischen Beiratssitze zu. Sie würden dann unter sich Wahlen veranstalten und die gewählten Kandidaten in den Beirat entsenden.

Mit einem solchen Ansatz könnte sichergestellt werden, dass jede Gruppe fair repräsentiert wäre. Gruppen, deren Anteil zu klein für einen Sitz im Beirat ist, könnten so motiviert werden, sich mit anderen Gruppen zusammenzufinden und gemeinsame Kandidaten aufstellen, wenn sie ähnliche Interessenlagen hätten.

Es lohnt sich für Kommunen, darüber nachzudenken, wie sie mit Beiräten konstruktiv zusammenarbeiten und durch diese Partnerschaft das Wohl der Gemeinschaft in der Stadt erhöhen. Die Mitglieder der Beiräte jedenfalls achten sehr genau darauf, wie mit ihren Vorschlägen umgegangen wird.

Jetzt sind auch die Ausländervereinigungen gefragt, konkrete Vorschläge für einen repräsentativen Ansatz einer fairen Vertretung der verschiedenen Migrantengruppen in der Kommune im Beirat zu machen. Wir sind bereit, dabei unterstützend zur Seite zu stehen.

Die Frage der vollen politischen Teilhabe bleibt bei der gegenwärtigen Perspektive unserer Bevölkerung wohl bis auf Weiteres eine Frage der Staatsbürgerschaft. Die sollten wir Allen ans Herz legen, die bei uns auch einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Alles andere hieße, sich etwas vorzumachen.

### **Ausländer- und Migrantenbeiräte in Sachsen Zittau**

Der Ausländerbeirat in Zittau besteht seit 1991.

Er hat zehn Mitglieder: Vier Mitglieder werden aus dem Kreis der Ausländer und Zugewanderten gewählt. Der Stadtrat beruft drei Vertreter aus Vereinigungen und Wohlfahrtsverbänden und zwei Stadträte. Die Hochschulen in Zittau benennen einen Vertreter in den Ausländerbeirat.

Die Koordinierung der Arbeit des Ausländerbeirates übernimmt ein vom Oberbürgermeister beauftragter Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Empfehlungen und Anliegen des Beirats werden von der Stadt oder den zuständigen Ausschüssen aufgegriffen.

### **Dresden**

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Dresden ist seit 1996 tätig.

Von den 20 Mitgliedern sind neun Mitglieder des Stadtrats (proportional jeweils mehrere Mitglieder aus den großen Fraktionen). Elf sind Ausländer oder Eingebürgerte, die von den ausländischen Bewohnern gewählt werden.

Der Ausländerbeirat soll den Stadtrat und die Oberbürgermeisterin beraten und unterstützen und kann Empfehlungen abgeben.

### **Chemnitz**

Chemnitz hat 2002 einen Ausländerbeirat eingerichtet.

Er besteht aus 13 Mitgliedern. Der Stadtrat wählt fünf Vertreter in den Ausländerbeirat, drei sachkundige Einwohner werden gewählt. Diese sollen über Migrationshintergrund verfügen. Zwei Mitglieder gehören Nationalitätenvereinen und

Migrantenorganisationen an, zwei dem Chemnitzer Integrationsnetzwerk und einer einem Wohlfahrtsverband.

Der Ausländerbeirat berät den Stadtrat. Es werden auch Vorlagen erarbeitet, die dann von den Fraktionen in den Stadtrat eingebracht werden können.

### **Leipzig**

Der Migrantenbeirat in Leipzig nahm Anfang 2009 seine Arbeit auf.

Er hat 21 Mitglieder: Jede in der Ratsversammlung vertretene Fraktion entsendet einen Vertreter in den Beirat. Weitere 16 Mitglieder sind in Leipzig lebende Migranten. Sie wurden aus Bewerbern insbesondere unter Berücksichtigung von Nationalität, Alter, Geschlecht und Beruf ausgewählt.

Dem Beirat werden Vorlagen zu Migration und Integration betreffenden Themen aus anderen Gremien der Stadt zur Stellungnahme vorgelegt. Er kann Anliegen, Stellungnahmen und Empfehlungen über die Geschäftsstelle an die Fachausschüsse, den Stadtrat und die Verwaltung weiterleiten.

## 5. Öffentlichkeitsarbeit

„Integration und Migration sind endlich zu politischen Mainstream-Themen geworden. In der öffentlichen Diskussion dominieren dabei aber Vorstellungen von einer weitgehend ‚gescheiterten Integration‘.“[Fußnote: Integrationsbarometer 2010 des Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration]. Integration ist nicht gescheitert, weder in Deutschland noch in Sachsen. Integration macht Fortschritte und bringt uns voran.

### **Gutes Klima – kein Stoff für Skandale**

Das zeigt sich beispielsweise im Integrationsbarometer 2010 des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Demnach halten sowohl die Mehrheits- wie auch die Zuwanderungsbevölkerung kulturelle Vielfalt für einen Gewinn und lehnen Abschottung ab. Vom Integrationsalltag in Deutschland haben sie ein positives Bild und blicken zuversichtlich in die Zukunft. Im Umgang mit Integration und gesellschaftlicher Heterogenität haben sie überwiegend gute Erfahrungen gemacht. Der Bericht konstatiert ein gutes Integrationsklima.

Auch zahlreiche Beispiele bei uns in Sachsen belegen das:

So wurde im Jahr 2009 jedes zehnte Einzelgewerbe in Sachsen durch ausländische Staatsbürger angemeldet und neun Prozent von den durch ausländische Unternehmen in Deutschland geschaffenen Arbeitsplätzen befinden sich in unserem Bundesland.

Auch die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund, die erfolgreich die Allgemeine Hochschulreife erlangen und die Zahl der Studenten mit Migrationshintergrund in Sachsen ist steigend und im Bundesdurchschnitt vergleichsweise hoch – das sind Beispiele für Schritte in Richtung gelungener Integration!

### **Hitze Diskussionen seit dem Sommer 2010**

Natürlich kennen wir auch Negativbeispiele, die in den hitzigen Diskussionen der zweiten Jahreshälfte medial wirksam wurden. Wir haben dabei unsägliche Argumente hören müssen. Trotzdem: Die Debatte um Thilo Sarrazins Buch hat viele aus dem Dornröschenschlaf der Verdrängung geweckt. Die Einen aus dem Traum von der Romantik der Parallelgesellschaften. Parallelgesellschaften sind kein operatives Modell für Europa. Die Anderen träumten davon, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei.

Auf der anderen Seite hat er uns auch gezeigt, dass unsere bisherige Strategie der Ausgrenzung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger für unsere Gesellschaft insgesamt negative Konsequenzen hat. Leider hat er sich mit seinen reißerischen Thesen zum Spaltpilz unserer Gesellschaft entwickelt.

Dem entgegenzuwirken war eines der Themen unserer Öffentlichkeitsarbeit. Wir stehen für einen weltoffenen Dialog, ein ehrliches Bild unserer gegenwärtigen Situation und eine klare Vision für eine integrierte Gesellschaft im Sinne unserer Perspektive „Einigkeit in Vielfalt“.

Dabei bringen wir auf der einen Seite die Leistungen und Potentiale der Migrantinnen und Migranten in das Bewusstsein der öffentlichen Wahrnehmung. Zum anderen stellen wir strittige und kritische Themen nicht nur dar, sondern diskutieren sie auch. Wir setzen in unserer Öffentlichkeitsarbeit auf fünf Schwerpunkte:  
umfassend informieren – und damit Missverständnisse und Vorurteile abbauen;  
ehrlich reflektieren und anregen - den eigenen Standpunkt in den öffentlichen Diskurs einbringen;  
mit Offenheit diskutieren – mit allen relevanten Akteuren und dabei die Mehrheitsgesellschaft mitnehmen;  
neues Denken initiieren – zu Projekten anregen, Aktionen angehen, Erfolge feiern und die Menschen zusammenführen;  
kooperieren– und damit die Verhältnisse und Meinungen vor Ort kennenlernen und ein eigenes Bild formen.  
Einigkeit in Vielfalt ist ein Gewinn für Sachsen! Das ist es, wofür wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Augen öffnen wollen. Über die Presse- und Informationsarbeit, Veranstaltungen und das Agieren im öffentlichen Diskurs streben wir nach jener Aufmerksamkeit, die dafür sinnvoll ist.  
Informieren Sie sich in diesem Kapitel über unsere Presse und Öffentlichkeitsarbeit und über die Veranstaltung des Jahres 2010.

## ***5.1. Presse- und Informationsarbeit, Beteiligung an der öffentlichen Debatte***

### **5.1.1. Pressearbeit**

Die Medien spielen für die Themen Zuwanderung und Integration eine entscheidende Rolle. Sie prägen entscheidend die Bilder, die wir von unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern haben.

Migrantinnen und Migranten sind in den Medien bisher noch deutlich unterrepräsentiert. Leider werden sie häufig nur als negative Stereotype gezeigt. Die Kriminalität von Ausländern wird in den Medien häufiger thematisiert, als es den Statistiken entspricht. So kommen viele Bürgerinnen und Bürger zu einem kriminelleren Bild unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger als fair wäre. Das bestärkt mögliche Vorurteile.

Viel zu selten werden die Leistungen und Erfolge der Migranten für unser Land gewürdigt. Auch das hat eine Reihe von Studien belegt.

Das korrigieren zu helfen, wird eine unserer Aufgaben sein. Im Jahr 2010 traten wir oft an die Presse heran und hielten eine Vielzahl von Hintergrundgesprächen zu Themen der Migration und Integration. Wo wir können, wollen wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Öffentlichkeit ein besseres Bild von der Mehrheit der Migrantinnen und Migranten im Freistaat erhält.

Wir wurden sehr ermutigt durch die gestiegene Zahl von Berichterstattung in den Tageszeitungen, die Nennungen in Hörfunkbeiträgen, die Hinweise und Links in anderen Portalen und die Erwähnungen in Newslettern im Berichtszeitraum.

### **5.1.2. Newsletter des Sächsischen Ausländerbeauftragten**

Unser Newsletter informiert über aktuelle Themen, Tendenzen und Studien in der Migrations- und Integrationsarbeit, sowohl sachsen- als auch bundesweit. Er informiert über gesetzliche Veränderungen, über Fördermöglichkeiten, Weiterbildungsangebote oder weist auf Stellen, Stipendien oder Praktika hin. Außerdem nutzen wir den Newsletter als Möglichkeit, die aktuelle Integrationsdebatte mit zu gestalten (siehe Kapitel Öffentlichkeitsarbeit).

Wichtig ist uns dabei auch die Kolumne „Mit Herz gesehen“. Wir sind überzeugt, dass die wahren Geschichten von Menschen auch die Herzen unserer sächsischen Mitbürgerinnen und Mitbürger erreichen. Seien wir ehrlich: Eine neue Perspektive im Kopf ist meist von einer neuen Einstellung im Herzen begleitet. Hier wollen wir die Herzen der Sachsen erreichen.

Der Newsletter steht auch unseren Netzwerkpartnern offen. Wenn sie sich über wichtige Themen informieren wollen, können sie das auch über unseren Newsletter. Der hat derzeit über 500 Empfänger und wird in einer barrierefreien Version angeboten.

Weitere Anmeldungen sind über unsere Homepage [www.offenes-sachsen.de](http://www.offenes-sachsen.de) jederzeit möglich.

### **5.1.3. Internetauftritt [www.offenes-sachsen.de](http://www.offenes-sachsen.de)**

Unser Internetauftritt wurde in Struktur und Inhalt neu überarbeitet und ist seit Oktober 2010 in neuem Design online. Er ist jetzt in den Internetauftritt des Sächsischen Landtags integriert, barrierefrei [Fußnote: Als Barrierefrei werden solche Web-Angebote bezeichnet, die von allen Nutzern unabhängig von körperlichen oder technischen Möglichkeiten uneingeschränkt genutzt werden können]. und richtet sich an alle Menschen, mit und ohne Migrationshintergrund, an die Politik, die Verwaltung, das sächsische Integrationsnetzwerk sowie an die Presse und weitere Multiplikatoren.

Wir sind begeistert von der bisherigen Annahme dieser Seite durch unsere Öffentlichkeit. Bereits jetzt lassen sich am Aufrufverhalten, den eingehenden Bestellungen und den inhaltlichen Nachfragen ein deutlich gewachsener Zuspruch und eine Annahme durch die Beteiligten belegen.

#### **Legende zum Bildschirm Internetangebot**

1. Die Rubrik „Das Amt des Sächsischen Ausländerbeauftragten“ beschreibt das Amt, das Selbstverständnis des Beauftragten und die Aufgaben der Geschäftsstelle.
2. „Aktuelles & Presse“ enthält, wie der Name verspricht, aktuelle Veröffentlichungen von Pressemitteilungen, Termine und Projekt- und Veranstaltungsankündigungen.
3. Der „Wegweiser“ bietet eine umfangreiche Sammlung und Informationen zu den Integrations- und Beratungsangeboten für Migrantinnen und Migranten im Freistaat Sachsen.
4. „Themen“ ist ein variabel nutzbarer Bereich, der die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit des Beauftragten abbildet.

5. Unter „Service“ sind Broschüren, Jahresberichte, Statistiken und vor allem rechtliches Basiswissen zusammengefasst.
6. „Kontakt“ listet die unterschiedlichen Kommunikationswege zur Geschäftsstelle und zum Beauftragten auf.
7. Im Kopf des zentralen Inhaltsbereiches der jeweiligen Unterseite kann der Nutzer schnell durch einen Leittext und ein Schmuckbild den Kerninhalt der Unterseite erfassen.
8. Der Inhaltsbereich ist variabel und kann Texte unterschiedlicher Art enthalten.
9. Der zentrale Link in der rechten Marginalspalte ermöglicht es dem Nutzer mit einem Klick von jeder Seite des gesamten Landtagsangebotes [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de) zum Angebot des Sächsischen Ausländerbeauftragten zu wechseln.
10. An dieser Stelle ist Platz für weiterführende Information außerhalb dieser Internetseite. (wird in Graphik integriert)

#### **5.1.4. Öffentlicher Diskurs**

In einer Gesellschaft, in der sich das Thema Integration, also Einigkeit in Vielfalt, ständig in Bewegung befindet, sich wandelt und verändert, ist eine beständige und bedachte Reaktion auf Themen wichtig. Hier zeigt sich unser innerer Kompass. Deswegen beziehen wir ehrliche Positionen zum öffentlichen Diskurs und tragen damit zum Fortschreiten des öffentlichen Diskurses bei. Vor allem durch die zwei Artikelserien „Mit Herz gesehen“ und „Sarrazin seziert“ konnten wir im vergangenen Jahr unsere Standpunkte und Anregungen in den öffentlichen Diskurs einbringen. Beide sind im Anhang wiedergegeben.

##### **„Mit Herz gesehen“**

In dieser Reihe berichtet Martin Gillo von Erlebnissen und Begegnungen aus seinem Alltag, die ihn dazu angeregt haben, die verletzenden und unzeitgemäßen alltäglichen Verhaltensweisen und Lebensformen in unserer Gesellschaft zu hinterfragen.

Die Kolumne gibt dem Leser Denkanstöße zu mehr Offenheit und Vertrauen unseren Mitmenschen mit Migrationshintergrund gegenüber. Denn „die Freiheit, in der wir seit zwanzig Jahren leben, gibt uns auch die Möglichkeit und Verantwortung, offen zu sein – für andere Menschen, für andere Kulturen, für anderes Denken und für unsere Mitmenschen, die einfach nur anders aussehen.“

##### **„Sarrazin seziert“**

Mit dem Erscheinen Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ und den darin vertretenen Thesen, hat sich Martin Gillo der Thematik in Form einer zehnteiligen Artikelserie angenommen. Hier geht er auf die von Sarrazin dargestellten Thesen ein, benennt die Ursachen der darin skizzierten Problematiken und zeigt Visionen und Wege für Lösungen.

## **5.2. Einbürgerungsfest im Sächsischen Landtag „In Sachsen zu Hause“**

731 Männer und Frauen erhielten im Jahr 2009 in Sachsen die deutsche Staatsbürgerschaft. Gemeinsam luden der Sächsische Innenminister Markus Ulbig und der Sächsische Ausländerbeauftragte am 5. Juni 2010 die neuen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu einer Willkommensfeier in den Sächsischen Landtag ein. 300 Gäste folgten der Einladung in den Plenarsaal.

„Die Welt ist Sachsen willkommen und deshalb sagen wir auch Ihnen als neue deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ein herzliches Willkommen.“ So begrüßte Landtagspräsident Dr. Rößler die neuen Bürgerinnen und Bürger im Plenarsaal. Mit Blick auf die geschichtliche Entwicklung hob er die Einflüsse der anderen Kulturen auf die erfolgreiche sächsische Entwicklung hervor. Sachsen brauche Menschen vielfältigster Herkunft, die hier leben und wirken.

Martin Gillo ging in seiner Ansprache besonders auf die Potentiale der Zuwanderer ein. Er betonte, dass mit der Entscheidung deutscher Staatsbürger zu werden, auch eine wichtige Funktion als Brückenbauer zwischen den Welten einherginge. Wer zwei Heimaten besitze, könne auch zwischen ihnen vermitteln, könne für Verständnis und Verstehen werben. Sachsen werde durch die Vielfalt, die unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger einbringen, eine lebendigere und kreativere Heimat, so Martin Gillo. Außerdem drückte er die Hoffnung aus, dass die neuen Staatsbürger ihren sächsischen Landsleuten helfen werden, eine Neugier auf kulturelle Vielfalt zu entdecken und zu leben.

Auch Markus Ulbig richtete seinen Fokus auf dieses Thema. Gerade das Fremde, das Andere habe unsere Gesellschaft schon immer bereichert und das solle es auch weiter tun, so der Innenminister: „Wir sollten miteinander und nicht übereinander sprechen. Daraus entsteht Verständnis und das ist die beste Medizin gegen Fremdenfeindlichkeit, Gleichgültigkeit und Intoleranz.“

Zitat Martin Gillo:

„Mit der Einbürgerung erhalten Menschen mit Migrationshintergrund die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Damit ist auch die politische Partizipation ohne Einschränkung möglich. Ich freue mich auf Vielfalt in Gremien und Parlamenten.“

Den Festvortrag hielt der Dekan der juristischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer. In seiner Ansprache belegte er Sachsens Weltoffenheit historisch: So kündeten allein die Ortsnamen von vielfältigen kulturellen Wurzeln. Sachsen wäre heute nicht, was es ist, wenn nicht über Jahrhunderte Zuwanderung in diesen Raum stattgefunden hätte und es nicht gelungen wäre, die Zugewanderten als bereichernden Teil der Gesellschaft zu verstehen. Gleiches gelte für die Zukunft: In der wissensbasierten



Dienstleistungsgesellschaft von Morgen müssen und werden Arbeitskräfte bereits weltweit gesucht.

Daneben bleibe wichtig, dass ein wohlgeordneter Staat immer auch Raum zur persönlichen Entfaltung geben müsse. „Vaterland ist da, wo es mir gut geht“, bekräftigte er und verband diese Worte abschließend mit allen guten Wünschen für die Zukunft der neuen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Hinweis: Der Festvortrag von Prof. Eichenhofer kann über [www.offenes-sachsen.de](http://www.offenes-sachsen.de) kostenfrei bestellt werden.

### **5.3. „Zusammenhalten – Zukunft gewinnen“ – Die interkulturelle Woche in Sachsen**

Die Interkulturelle Woche ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie wird von den Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Gewerkschaften, Ausländerbeiräten und Integrationsbeauftragten, Migrantenorganisationen und Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen.

An der Interkulturellen Woche beteiligen sich bundesweit Gemeinden, Vereine, Vertreter von Kommunen und Einzelpersonen in mehr als 300 Städten mit insgesamt etwa 3.000 Veranstaltungen.

Die Aktionsformen sind vielfältig. Sie reichen von Lesungen, Musik-, Film-, Theater- und Tanzveranstaltungen, Diskussionen, Workshops, Seminaren, Sportveranstaltungen, Festen sowie „Tag der Offenen Tür“ bei Religionsgemeinschaften, Institutionen, Unterkünften und Schulen bis hin zu Gottesdiensten und Friedensgebeten sowie Andachten.

Die Interkulturelle Woche findet jährlich Ende September vor dem Erntedankfest statt. Sie wird mit einer bundesweiten zentralen Auftaktveranstaltung eröffnet, in diesem Jahr am 24. September 2010 in der Kulturhauptstadt Essen im Ruhrgebiet.

Auch in Sachsen hat sich die Interkulturelle Woche etabliert und ist zu einem festen Bestandteil der Arbeit und Angebote der Vereine, der Kirchen, der Landkreise und Kreisfreien Städte geworden.

#### **Ökumenischer Gottesdienst zum Auftakt**

Die sachsenweite Auftaktveranstaltung zur Eröffnung der Interkulturellen Woche fand am 24. September 2010 in Bautzen statt. Auf Einladung der Bischöfe der beiden großen Kirchen und des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen versammelten sich hunderte Menschen zu einem ökumenischen Gottesdienst im Dom Sankt Petri, einer Simultankirche.

Bischof Joachim Reinelt sprach in seiner Predigt alle Vertreter anderer Religionen mit „Brüder und Schwestern“ an und forderte die Gesellschaft zu mehr offener Aufnahmebereitschaft auf. Wer sich gut aufgenommen und integriert fühle, der sei auch hoch motiviert, die Sprache zu lernen und sich selbst einzubringen.

Ausdrücklich rückte er – auch aus eigener Nachkriegserfahrung - die Kinder und Jugendlichen in den Fokus der Integration und warb dafür, es heute besser zu machen, denn: „Die Ausgrenzung war für uns Kinder förmlich zu riechen“, so Reinelt.

### **Podium „Interreligiöses Zusammenleben“**

Landrat Michael Harig und Martin Gillo begrüßten anschließend die Gäste im Festsaal des Sorbischen Museums zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Interreligiöses Zusammenleben“. Michael Harig stellte das gewachsene und alltagstaugliche Nebeneinander der verschiedenen Volksgruppen und Nationalitäten in der Region in den Vordergrund. Martin Gillo ermutigte zu einem vorurteilsfreien Umgang der Gläubigen untereinander.

Eine Muslima, eine Jüdin und eine Christin berichteten über ihr Verständnis von Religion, Religion in der Migration und das gelebte Miteinander in guter Nachbarschaft.

Die Frauen gehören dem Interkulturellen Frauentreff in Dresden an. Diese Initiative ist ein gutes Beispiel dafür, dass Begegnungen zwischen den Religionen vor Ort möglich sind, wenn Alle bereit sind, dem Anderen offen zu begegnen.

Verständnis und Respekt erwachsen aus einem persönlichen Dialog, in dem man selbst dem Anderen über seine Erfahrungen und sein eigenes Wachsen im Glauben berichtet. Auf diesem Wege sei Leben aus dem Glauben auch in der Fremde und mit Menschen lebbar, die einen anderen Glauben haben.

In der Podiumsdiskussion wurde außerdem der christlich-islamische Dialog des Ökumenischen Informationszentrums Dresden vorgestellt. Das ÖIZ engagiert sich seit 2001 für Bildungsangebote, die den Dialog zwischen Islam und der christlichen Kirche fördern und hat diesen Dialog inzwischen zu einem Dialog erweitert, an dem nun auch die jüdische Gemeinde teilnimmt.

Der Abend klang nach der feierlichen Unterzeichnung von Partnerschaftsverträgen mit polnischen Partnerlandkreisen und einer Vielzahl von Kulturbeiträgen mit einem interkulturellen Kabarett aus.

### **Interkultureller Frauentreff Dresden-Johannstadt**

Nach dem rassistisch motivierten Mord an der Muslima Marwa El Sherbini hatte sich die Atmosphäre des Zusammenlebens in der Stadt Dresden anfänglich durch Angst und Sorge verschlechtert, dann verändert. Muslimische Frauen berichteten von zahlreichen Diskriminierungen auf offener Straße.

Der Ausländerrat Dresden e.V. gründete einen offenen Treff zunächst für muslimische Frauen, denen die Möglichkeit geboten wurde, in einem geschützten Raum sich gegenseitig Erfahrungen aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben zu berichten.

Die Fraueninitiative entwickelte sich zu einem interkulturellen Frauenzentrum. Ihre Veranstaltungen finden einmal pro Woche in den Räumen des Johannstädter Kulturtreff e.V. statt. Das Angebot richtet sich an Frauen aus dem Stadtteil Johannstadt und dem gesamten Stadtgebiet Dresden und zwar unabhängig von dem sozialen Status, ethnischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und Alter.

Hier werden Frauen in ihrem Selbstwertgefühl bestärkt, um ihren Alltag selbstbewusst zu gestalten. Sie werden in die Erstellung des monatlichen

Programms mit einbezogen, engagieren sich in einem hohen Maß an der Umsetzung der Angebote und melden häufig positive Entwicklungen zurück. Insgesamt haben bis jetzt ca. 50 Frauen mit und ohne Migrationshintergrund an Angeboten teilgenommen.

So wurde ein Ort der Begegnungen für und mit Frauen geschaffen, der für das Thema Interkulturalität und Fremdsein sensibilisiert und den Integrationsprozess aktiv unterstützt. Auch die sprachlichen Kompetenzen als wichtige Voraussetzung für Integration konnten gefestigt und erweitert werden.

### **Der Christlich – Islamische Dialog des Ökumenischen Informationszentrum Dresden**

Der Christlich-Islamische Dialog im Ökumenischen Informationszentrum Dresden ist in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Arbeitsschwerpunkt im Ökumenischen Informationszentrum Dresden geworden. Veranstaltungen auf unterschiedlichen Ebenen förderten die Begegnung und das Gespräch von Christen und Muslimen, um das Wissen über die jeweils andere Religion zu vertiefen und um Vorurteilen auf beiden Seiten entgegen zu treten.

Eingeladen und aufgerufen zum Dialog sind alle interessierten Menschen - unabhängig davon, ob sie religiös gebunden sind oder nicht. Ziel ist es, gemeinsam an einer pluralen, weltoffenen und toleranten Gesellschaft zu arbeiten. Seit 2001 haben ca. 60 Veranstaltungen stattgefunden, so zum Beispiel Expertengespräche mit christlichen und islamischen Referenten zu Themen wie „Islam in den Medien“ oder „Bibel und Koran – Entstehung und Auslegung“.

Seit 2007 kommen nicht nur Christen und Muslime bei gemeinsamen Veranstaltungen zusammen, sondern es beteiligen sich auch regelmäßig Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Dresden. Einmal jährlich findet ein Seminartag statt, an dem Vertreter aller drei abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam) teilnehmen.

Zu den Kooperationspartnern gehören unter anderem das Haus der Kirche Dresden, das Islamische Zentrum Dresden, die Türkisch-Islamische DITIB Gemeinde zu Dresden, die Akademie für Interkulturellen Dialog Dresden sowie die Jüdische Gemeinde zu Dresden.

#### ***5.4. Tag der offenen Tür am 3. Oktober***

Der Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag stand in diesem Jahr ganz im Zeichen des zwanzigjährigen Jubiläums der Deutschen Einheit.

20 Jahre Deutsche Einheit bedeutet auch 20 Jahre erfolgreiche Migranten in Sachsen! Dieses zentrale Element bestimmte den Tag der offenen Tür für den Sächsischen Ausländerbeauftragten und seine Mitarbeiter.

Um den Beitrag der Migranten in Sachsen gebührend zu würdigen, hatte Martin Gillo erfolgreiche Unternehmer als Ehrengäste geladen. Auch der Landtagspräsident Dr.

Matthias Rößler ehrte die Unternehmer mit einer persönlichen Einladung zum Festakt im Plenarsaal. Anschließend war Zeit für eine Begegnung und für Gespräche. Gillo betonte dabei den wertvollen Beitrag der Unternehmer zur Entwicklung Sachsens.

Der Stand des Ausländerbeauftragten im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags wurde von den Besuchern gut angenommen und war viel besucht. Fachgespräche, Informationen und Broschüren bildeten die Basis des Standes. Ein Quiz, bei dem es um die Einflüsse vergangener Migrationsbewegungen auf die deutsche und sächsische Kultur ging, wurde von den Gästen des Standes mit viel Humor bewältigt. Als Ergänzung von Martin Gillos Präsentation wurde ein Teil der Ausstellung „Wir in Sachsen“ gezeigt. Sie stellt Menschen mit Migrationshintergrund vor, denen es gelungen ist, sich erfolgreich menschlich und auch wirtschaftlich zu integrieren. Es sind Porträts von Menschen, die im Freistaat Sachsen ihre Heimat gefunden haben und sich den wirtschaftlichen Herausforderungen als Unternehmerin oder Unternehmer stellen.

Die Wanderausstellung wurde durch das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz initiiert. Eine kleine Auswahl der porträtierten Mitbürger sowie eine Kurzbeschreibung wird auch in diesem Jahresbericht vorgestellt.

Viele der zahlreichen Besucher, die das Angebot des Ausländerbeauftragten wahrnahmen, informierten sich in den Gesprächen mit Martin Gillo und seinem Team eingehend über die Situation der Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen. Dabei kam es auch zu konträren Meinungsäustauschen, die jedoch von den meisten der Besucher als sehr bereichernd und informativ eingeschätzt wurden.

„Vielen Dank, dass sie sich meine Bedenken angehört haben. Ich weiß jetzt wirklich mehr.“ – so formulierte es eine Besucherin, die anfänglich im Gespräch ihre Skepsis gegenüber Fremden zum Ausdruck gebracht hatte.

### ***5.5. Der Sächsischer Integrationspreis 2010***

Das Engagement im Bereich der Integration von Zuwanderern in Sachsen ist durch vielfältige Maßnahmen charakterisiert. Dieses vielseitige Engagement hat sowohl für die in Sachsen lebenden Menschen als auch für die gesellschaftliche Entwicklung des Freistaates eine große Bedeutung. Um diesen – oft auch ehrenamtlichen – Einsatz anzuerkennen und zu würdigen, haben die Sächsische Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz Christine Clauß und der Sächsische Ausländerbeauftragte Martin Gillo in diesem Jahr erstmals einen gemeinsamen Integrationspreis für Sachsen ausgelobt.

Unter dem Motto „Gemeinsamkeit in Vielfalt“ luden sie sächsische Vereine, Verbände, Initiativen und Privatpersonen dazu ein, sich für den Integrationspreis zu bewerben. Gefragt waren Ideen, mit denen es in der Praxis und im Alltag gelingt, die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten zu fördern, die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft voranzutreiben und ein gemeinsames Miteinander zu gestalten.

Die 61 eingegangenen Bewerbungen zeigten eine beachtenswerte Vielfältigkeit des Engagements im Bereich der Integration von Zuwanderern. So bewarben sich

Vereine und Initiativen aus den Bereichen Sport, Kunst und Kultur, Freizeit und Bildung, interkulturelles Gärtnern sowie Aufarbeitung von Lebenserfahrungen in Form von Büchern oder Ausstellungen.

Für die Auswahl der Preisträger wurde eine Jury zusammengestellt, deren Mitglieder in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verortet sind und ihre verschiedenen Perspektiven in die Beurteilung einbringen konnten. Zur Jury gehörten:

- Yeşim Sanlı, Vorstandsmitglied Internationale Frauen Leipzig e.V.
- Nabil Yacoub, Sprecher des Sächsischen Migrantenbreirats
- Göran Tranberg, Geschäftsführer der Deutsch-Schwedischen Gesellschaft e.V.
- Dr. Manfred Goedecke, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen
- Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Institut für Kommunikationswissenschaften der Technischen Universität Dresden
- Nguyen Binh Dinh, Geschäftsführer ASIA-Lebensmittelhandel & Gastronomie GmbH Chemnitz

Den gemeinsamen Vorsitz führten die Sächsische Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz sowie der Sächsische Ausländerbeauftragte.

Die Jury hatte schließlich die schwere Aufgabe, aus den 61 Bewerbungen die drei ersten Preisträger und den Gewinner des Sonderpreises für junge Projekte auszuwählen. Da sehr viele Bewerbungen mit inspirierenden Ideen eingereicht wurden, entschied sich der Sächsische Ausländerbeauftragte zusätzlich für einen mit 500 Euro dotierten Anerkennungspreis. Insgesamt wurden für die Preise 6.000 Euro ausgelobt. Der Sächsische Ausländerbeauftragte stiftete dabei 4.500 Euro für den Ersten, Zweiten und Dritten Preis. Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz prämierte mit 1.500 Euro den Sonderpreis, für den sich Projekte bewerben konnten, die sich speziell an Kinder und Jugendliche wenden oder von jungen Akteuren getragen werden.

Die Jury war sich schnell einig: Die Spannbreite des Engagements hatte eindrücklich gezeigt, dass sich in Sachsen viele Menschen engagiert um Integration bemühen. Besonders die Preisträger haben aber beispielhafte Wege gefunden, wie man ein vielfältiges gemeinsames Leben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gestalten kann.

### **Feierliche Preisverleihung im Plenarsaal des Landtags**

Die Verleihung des Sächsischen Integrationspreises fand am 12. November im Plenarsaal des Sächsischen Landtags statt. Sie stand unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Matthias Rößler, der durch den 2. Vizepräsidenten Horst Wehner vertreten wurde. Mit einer kurzen Rede eröffnete Wehner die Veranstaltung. Staatsministerin Clauß lobte in ihrer Rede das herausragende und häufig ehrenamtliche Engagement der sächsischen Integrationsakteure.

Martin Gillo betonte, dass Integration nur dann erfolgreich sein kann, wenn sich beide Seiten aufeinander zu bewegen. Er warb dafür, den Blick für die Chancen und Potentiale von kultureller Vielfalt in einer Gesellschaft zu öffnen.

Die Laudationes wurden diesmal in kreativer Weise und anders als gewohnt von drei Mitgliedern des Schülertheaters des Vitzthum-Gymnasiums Dresden in ausdrucksstarker und herzbewegender Pantomime dargebracht.

Musikalisch umrahmt wurde die Preisverleihung durch das Lao Xao Trio, das durch Jazz inspirierte Interpretation vietnamesischer Folklore darbot.

Zitat: Christine Clauß Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz

„Zuwanderung wird nur gelingen, wenn es in Sachsen ein weltoffenes und integrationsfreundliches Klima gibt.“

Martin Gillo

„Die Projekte zeigen, wie Integration in Sachsen alltäglich gelebt wird. Sie beweisen: Das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Sachsen ist lebendig und ideenreich. Von Parallelgesellschaften kann hier keine Rede sein.“

## **Die Preisträger des Sächsischen Integrationspreis 2010:**

### **1. Preis:**

TU Bergakademie Freiberg, Internationales Universitätszentrum mit dem Projekt „ISIS – Internationale Studenten in Schulen“

Studenten der TU Bergakademie Freiberg, die aus Ländern wie Norwegen, China oder Russland kommen, präsentieren in Schulen ihre Heimatländer und stellen andere Kulturen, Traditionen und Lebensweisen vor. Sie beteiligen sich durch Präsentationen, Diskussionen, gemeinsames Kochen oder das Einüben von Liedern und Tänzen aktiv am Unterrichtsgeschehen. So findet ein direkter Austausch zwischen ihnen und den Schülern statt.

Auf diese Weise lernen die internationalen Studierenden das schulische Leben Sachsens kennen, haben Kontakt zu Menschen aus einem außeruniversitären Bereich und nehmen so am Leben außerhalb der Universität teil. Gleichzeitig wird in den Kindern und Jugendlichen das Interesse an anderen Ländern und Kulturen geweckt sowie Verständnis und Toleranz gegenüber Migrantinnen und Migranten gefördert. Ihnen wird so ein Blick über den Rand ihrer Schulbücher hinaus ermöglicht. Die Welt bekommt für sie Gesichter.

### **2. Preis:**

Internationale Gärten Dresden e.V. mit dem Projekt „Internationale Gärten Dresden“  
Menschen aus 18 verschiedenen Herkunftsländern betreiben gleichberechtigt einen Gemeinschaftsgarten in Dresden. In diesem bauen sie miteinander Obst, Gemüse und Blumen an, organisieren Sprachkurse, Feste, Gemeinschafts- und Länderabende sowie Bildungs- und Informationsveranstaltungen.

Der Ort gibt ihnen die Möglichkeit, sprachliche und kulturelle Barrieren zu überwinden, Ängste und Vorurteile auszuräumen und das Gefühl zu haben, respektiert und gebraucht zu werden. Das gleichberechtigte Miteinander zeigt sich

beispielsweise darin, dass im Vorstand des Vereins sowohl Deutsche als auch Migranten vertreten sind.

Außerdem darf laut Satzung kein Herkunftsland – einschließlich Deutschland – die absolute Mehrheit stellen. Gleichzeitig spielt der ökologische Anbau von Gartenkulturen, die die Gartenmitglieder aus ihren Herkunftsländern mitgebracht haben, eine wichtige Rolle. Gemeinschaftlich werden Obst und Gemüse nach traditionellen Rezepten zubereitet und gegessen. Der interkulturelle Austausch wird so auf vielfältige Art und Weise praktiziert.

Die Preisträger des 2. Platzes, der Internationale Gärten Dresden e. V. - der sich selbst um den Preis beworben hatte - lehnte die Ehrung mit einer dreiminütigen Rede ab. Grund war die immer noch unerreichte dezentrale Unterbringung aller Asylbewerber und Geduldeter in Sachsen.

Die Anwesenden gaben den Internationalen Gärten Dresden e. V. für ihre Aktion stehenden Applaus.

Martin Gillo antwortete mit der Beobachtung, dass in solch einer Situation ein normales Weiter so nicht angebracht ist. Er signalisierte, dass alle Teilnehmer den Schmerz der Geduldeten erkannten und dass er die Ablehnung des Preises

respektiere.

Leider lässt aber die gegenwärtige Bundesgesetzgebung eine dezentrale Unterbringung wie gewünscht nicht zu.

Was jetzt allerdings mit Unterstützung des Innenministeriums möglich sei, sei die dezentrale Unterbringung der Familien mit schulpflichtigen Kindern, die ihrer Schulpflicht nachkommen. In Sachsen mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, in anderen Ländern weniger.

Mittlerweile sind die überwiegende Zahl der Familien der Asylbewerber und der Geduldeten dezentral untergebracht. Das ist umso leichter, da das Innenministerium Familien unter „humanitäre Gründe“ für dezentrale Unterbringung einstuft.

### **3. Preis:**

Verein Wir - Gemeinsam in Zwickau e.V. mit dem Projekt: „Gemeinsam kommunizieren über Kulturgrenzen hinweg – Aufbau eines generationenübergreifenden Migrationszentrums Zwickau“.

Das Migrationszentrum Zwickau hat Angebote und Veranstaltungen entwickelt, um Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenzubringen. Dabei hat es auf die Wünsche und Bedürfnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geachtet. So feiern sie gemeinsam interkulturelle Feste, nehmen unterschiedliche Freizeit- und Bildungsangebote wahr und unternehmen zusammen Exkursionen und Reisen. Dabei wird das respektvolle Miteinander gefördert und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterstützt. Durch eine engagierte Öffentlichkeitsarbeit werden Projektinhalte und –erfolge nach außen hin sichtbar gemacht.

### **Sonderpreis Junge Projekte:**

Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. mit dem Projekt „3-2-1 Mut! Empowerment-Trainings für Jugendliche mit Migrationshintergrund und begleitende Elternworkshops in Sachsen“

In Leipzig erhalten Jugendliche mit Migrationshintergrund in drei aufeinander aufbauenden Workshops die Möglichkeit, eigene Rassismuserfahrungen zu thematisieren und zu reflektieren. Indem ihre Identität und Persönlichkeit gestärkt, Bewältigungsstrategien gegen Diskriminierung und Rassismus eingeübt sowie Möglichkeiten zur Partizipation aufgezeigt werden, legen sie die von ihnen verinnerlichte Rolle des Opfers ab und gehen gestärkt aus den Trainings hervor.

Die Jugendlichen erhalten Selbstbewusstsein und Motivation, die Gesellschaft positiv und aktiv mitzugestalten. Gleichzeitig werden begleitende Elternworkshops durchgeführt, um die Eltern bei der Begleitung des Empowerment-Prozesses ihrer Kinder zu unterstützen und ihre Erziehungskompetenz zu stärken.

Uns ist oftmals nicht klar, wie eingeschüchtert ausländische Jugendliche in Sachsen sind, wenn sie in der klaren Minderheit in Schulen und Nachbarschaften sind.

### **Anerkennungspreis des Sächsischen Ausländerbeauftragten:**

AG In- und Ausländer mit dem Projekt „Sozialpädagogische Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge“

Seite 72 von 78



Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erhalten in Chemnitz Hilfe und Unterstützung, um sich im deutschen Alltag zurechtzufinden. So erhalten sie täglich Deutschunterricht und werden auf einen späteren Schulalltag vorbereitet, indem ihnen neben der deutschen Sprache auch unterschiedliche Lernstrategien vermittelt werden. Außerdem lernen sie, sich selbstständig in Chemnitz zu orientieren und zu bewegen und sammeln Erfahrungen in einer gleichaltrigen interkulturellen Gruppe, wodurch ihr Selbstbewusstsein gestärkt und ihre Kompetenzen in der Sprache und im Sozialverhalten erweitert werden. Unterschiedliche gemeinsame Veranstaltungen in der Freizeit unterstützen dies. Daneben erhalten die Jugendlichen Beratung in nahezu allen Bereichen ihres täglichen Lebens. Menschen, die sonst keine Beachtung in der Öffentlichkeit finden, werden hier unterstützt und gestärkt.

### **Und in der Zukunft?**

Wir lernen von guten Beispielen. Der Sächsische Integrationspreis hat sich nun schon zum zweiten Mal bewährt. Wir geben den kreativsten Initiativen die Gelegenheit, Ihre Ansätze und ihre Erfolge in der Öffentlichkeit zu zeigen. Davon profitieren wir alle. Deshalb werden wir den Integrationspreis auch weiterhin ausloben und vergeben.

Der Preis ist ein Signal an die Vorreiter, dass sie in die richtige Richtung reiten, an die Trendaufgreifer, dass es etwas zum Nachmachen gibt und an die Mehrheitsgesellschaft, dass hier etwas Gutes im Gange ist, das zu unterstützen sich lohnt.

## **6. Ausblick auf das Jahr 2011**

Zurück zum Anfang. Worum geht es in unserem Freistaat? In der Einleitung zu diesem Jahresbericht habe ich es gezeigt: „Dafür brauchen wir jede und jeden aus unserem eigenen Land. Wir brauchen auch jene, die Sachsen verlassen haben und gern zurückkommen möchten. Aber angesichts des Bevölkerungsrückgangs in unserem Freistaat müssen wir gleichzeitig um Talente aus anderen Ländern werben, damit sie hier mit uns eine gemeinsame Zukunft gestalten.“

Wir werden uns deshalb auch 2011 dafür engagieren, dass unakzeptable Barrieren, die diesem langfristigen Ziel im Wege stehen, genannt und überwunden werden. Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen, dass wir unserer Verpflichtung zum Schutz von Flüchtlingen und zum humanitären Umgang mit ihnen nachkommen.

Zuwanderung und das Recht auf Asyl dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der menschenwürdige Umgang mit Flüchtlingen gehört ebenso zu einem weltoffenen Sachsen, wie ein gutes Integrationsklima für die bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten und das Willkommen für neue Talente aus dem Ausland.

2010 haben wir dafür wichtige Initiativen auf den Weg bringen und begleiten können. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

Der Runde Tisch „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“ soll bis zum Jahresende konkrete Anregungen für sächsische Gesetze machen, die eine Teil- bzw. Vollanerkennung innerhalb von wenigen Monaten ermöglichen. Diese Initiative ist ein wichtiger Schritt für die erfolgreiche Integration unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund; damit sie sich entsprechend ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen können.

Die erfolgversprechende Initiative der Staatsregierung für die Erleichterung der Einreise und des Aufenthaltes für ausländische Fachkräfte sollte konsequent weiter verfolgt werden. Sachsen wird klugen Köpfen auch aus Ländern außerhalb der EU offen stehen. Sachsen sollte nicht nur absoluten Spitzenverdienern eine Perspektive zum dauerhaften Aufenthalt bieten. Auch Erfolgreiche ausländische Studierende sind Talente die bereits hier leben und die wir brauchen. Sie kennen unseren Freistaat, und wir kennen sie. Das sind gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft.

Die kommunalen Integrations- und Ausländerbeauftragten brauchen eine nachhaltige und gesicherte Anerkennung ihrer Aufgabenbereiche und eine wirksame Einbindung in die kommunalen Organisations- und Informationsstrukturen. Ihre Arbeit muss ausreichend finanziert werden und braucht ein eindeutiges Bekenntnis.

Die Initiativen aus dem Jahr 2010 für Humanität und Würde im Umgang mit Asylbewerbern und Geduldeten sollen auf das ganze Land ausgedehnt werden. Dazu gehören

- die dezentrale Unterbringung von Familien mit kleinen Kindern und mit Kindern, die der Schulpflicht nachkommen,
- die Bargeldauszahlung und
- die Bewegungsfreiheit für straffreie Geduldete im Freistaat Sachsen.
- Zusätzlich sollten alleinstehende Frauen dezentral in Wohngemeinschaften untergebracht werden, um sie vor Übergriffen zu schützen.

Für die folgenden Bereiche werden wir konkrete Anregungen entwickeln:

Das Thema Willkommensgesellschaft war bisher ein nachgeordnetes Thema. Wie geht es den ausländischen Arbeitnehmern, Selbständigen, Studierenden und Unternehmern bei uns? Wie wohl fühlen sie sich hier mit ihren Familien? Fühlen sie sich willkommen? Wenn wir weiterhin wachsen wollen, dann sind diese Fragen erheblich für uns. Das Team des Ausländerbeauftragten wird diesem Thema deshalb nachgehen und zu gegebener Zeit konkrete Anregungen machen.

Unsere Initiative „99 Wege zu gutem Deutsch“ soll alle bei uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund anregen, die Möglichkeiten für den Erwerb unserer

Seite 74 von 78

Sprache auszuloten und zu nutzen. Das erhöht ihre Lebensqualität und öffnet ihnen den Weg, sich in unserer Gesellschaft konstruktiv einzubringen. Das ist in unser aller Interesse und eröffnet auch der Mehrheitsgesellschaft neue Wege der Verständigung.

Wir werden die Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den sächsischen Gemeinschaftsunterkünften weiterhin konstruktiv begleiten. Das ist ein wichtiger Beitrag, um die Menschenwürde der Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte zu gewährleisten und dies lässt uns leichter in den Spiegel schauen.

Die Arbeit des Sächsischen Ausländerbeauftragten ist vergebliche Liebesmüh ohne die Unterstützung aus der Politik, ohne die Partner auf kommunaler Ebene, ohne die vielen Initiativen und freiwilligen Organisationen in Sachsen, ohne die Zustimmung der Akteure aus Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft. Humanität, Integration und Zuwanderung sind Themen für die gesamte Gesellschaft. Wir sind schon gut vorangekommen.

Gehen wir also weiter auf diesem Weg zu einem weltoffenen Sachsen, mit Ausdauer, Selbstbewusstsein - und natürlich mit Herz. Denn wir wissen ja: „Man sieht nur mit dem Herzen gut.“



## 7. Statistik

Sachsen ist ein vielfältiges und buntes Land, das können auch unsere Zahlen eindrucksvoll belegen:

Von den insgesamt 4,17 Millionen Menschen, die am 31. Dezember 2009 in Sachsen lebten, sind 114.076 Ausländer. Das entspricht einem Anteil von 2,7 %<sup>2</sup>. Dabei ist fast jeder dritte Ausländer (25.258) in Sachsen EU-Bürger.

Der relative Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung in Deutschland beträgt im Vergleich dazu 8,7 %. Der Ausländeranteil in Sachsen liegt damit also etwa bei einem Drittel des Anteils auf Bundesebene.

Herkunftsländer und Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen unterscheiden sich ganz grundsätzlich von denen in den alten Bundesländern. So kommt die größte Gruppe in Sachsen, die über keinen deutschen Pass verfügt, mit 10,5 % aus Vietnam, bundesweit stellen dagegen mit 24,8 % Menschen aus der Türkei die größte Gruppe.

Als stärkstes Symbol der Integration zeigen Einbürgerungen, dass die Menschen sprachlich, gesellschaftlich und beruflich in Deutschland angekommen sind. Im letzten Jahr wurden in Sachsen 713 Menschen eingebürgert. Gemessen an den Daten der Bevölkerungsfortschreibung, welcher zufolge in Sachsen 114.076 Ausländer zum Jahresende 2009 lebten, liegt die Einbürgerungsquote bei 0,63 %. Damit liegt Sachsen seit 2007 auf etwa gleichbleibendem Niveau. Die bundesweite Einbürgerungsquote liegt bei 1,4 %.

Die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund, die in Sachsen die Allgemeine Hochschulreife erlangen, nimmt zu. So absolvierten im vorigen Jahr 34,6 % von ihnen erfolgreich die Abiturprüfungen. Im Jahr 2008 waren es nur 28,7 % von ihnen<sup>3</sup>. In den alten Bundesländern haben 28,1 % der deutschen Schüler 2008 mit dem Abitur abgeschlossen. Von den Schülern mit ausländischer Staatsangehörigkeit erreichten dort 9,9 % die Allgemeine Hochschulreife.

Hier müssen wir allerdings berücksichtigen, dass Sachsen seit dem Abgangsjahr 2008 das Merkmal „Migrationshintergrund“ erfasst, während auf Bundesebene deutsche und ausländische Absolventen erfasst werden. Ein unmittelbarer Vergleich ist somit nicht möglich. Im Vergleich der Absolventenzahlen aus den Jahren zuvor wird jedoch deutlich, dass in Sachsen durchschnittlich mehr ausländische

---

<sup>2</sup> Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

<sup>3</sup> Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2009

Absolventen die allgemeine Hochschulreife erlangen, als deutschlandweit oder auch im Vergleich zu den Neuen Bundesländern (inkl. Berlin):

Abgangsjahr 2007		
Sachsen:		17,8 %
Deutschland		9,6 %
Neue Bundesländer	(inkl. Berlin)	17,4 %
Abgangsjahr 2006		
Sachsen:		18 %
Deutschland:		9,3 %
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	:	17,1 %

Das Land Sachsen wird auch für ausländische Studenten immer attraktiver. Im Wintersemester 2009/2010 studierten 10.506 ausländische Studenten an sächsischen Hochschulen. Das macht immerhin einen Anteil von 9,6 % an allen Studierenden aus. Im Jahr 1993 betrug der Anteil ausländischer Studenten an allen Studenten in Sachsen mit 2.917 Personen knapp 5 %. Dabei verließen im vergangenen Jahr 12.724 Studenten mit erfolgreich bestandener Prüfung die sächsischen Hochschulen, darunter 1.410 ausländische Studenten. Das entspricht einem Anteil von 11,1 %. Die Zahl der Absolventen<sup>4</sup> liegt im Jahr 2009 insgesamt bei 18.063. Der Ausländeranteil liegt mit 1.710 Absolventen bei 9,5 %. Demnach verbleiben nach bestandener Abschlussprüfung 300 ausländische Absolventen an sächsischen Hochschulen (17,5 %), um beispielsweise ein Zweit-, Aufbau- oder Ergänzungsstudiums aufzunehmen. Die Zahl der deutschen Absolventen, die weiterstudieren, beträgt 5.039 und liegt damit bei 44,5 %.

Die meisten Absolventen gibt es in den folgenden Fächergruppen:

Rechts-, Wirtschafts- und Sozialbereich (Deutsche: 25,8 %, Ausländer: 35,9 %)  
Ingenieurwissenschaften (Deutsche: 21,1 %, Ausländer: 20,9 %)  
Sprach- und Kulturwissenschaften für die deutschen Absolventen (18,8%) sowie  
Mathematik/Naturwissenschaften bei den ausländischen Studenten (17%)

---

<sup>4</sup> Kandidaten mit bestandener Abschlussprüfung werden als Absolventen bezeichnet. Die Zahl der Absolventen ist nicht identisch mit der Zahl der Hochschulabgänger, die die Hochschule nach bestandener Abschlussprüfung tatsächlich verlassen. Ein Teil der Studenten, welche eine Abschlussprüfung abgelegt haben, verbleibt z. B. wegen Aufnahme eines Zweit-, Aufbau- oder Ergänzungsstudiums weiterhin an der Hochschule.

Unter den 1.206 Promovierenden im letzten Jahr waren 12,3 % (148) Ausländer. Somit wurde etwa jede achte Promotion durch einen ausländischen Mitbürger abgelegt.

Auch der Arbeitsmarkt profitiert durch die internationalen Zuwanderungen. So wurde 2009 jedes zehnte Einzelgewerbe in Sachsen durch ausländische Staatsbürger angemeldet und von den durch ausländische Unternehmen in Deutschland geschaffenen Arbeitsplätze befinden sich 9 % in Sachsen.

Im Jahr 2009 waren 1.249 ausländische Ärzte aus 82 Nationen in Sachsen gemeldet. Dies entspricht einem Anteil von 6,1 % von allen in Sachsen gemeldeten Ärzten. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um etwa 9 %. Ende 2009 war etwa jeder achte Arzt im stationären Bereich Ausländer. Die meisten von ihnen kommen aus Polen (174), gefolgt von der Slowakei (141) und Tschechien (116).

Im Bundesgebiet betrug im Vergleich dazu 2009 der Anteil der ausländischen Ärzte 5,5% von allen gemeldeten Ärzten. Im stationären Bereich hingegen etwa hat jeder zehnte Arzt einen ausländischen Pass. Hier kamen die meisten ausländischen Ärzte aus Österreich (2.018), gefolgt von Griechenland (1.863) und von Russland/ehemalige Sowjetunion (1.746)<sup>5</sup>.

Mit insgesamt 72 Hochqualifizierten liegt Sachsen, nach Bayern, NRW und Hessen auf Rang vier bei der absoluten Anzahl an ausländischen Hochqualifizierten<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> Bundesärztekammer 2010

<sup>6</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009